

9. Abg. Lamp'1, Aumühle
10. Abg. Maier, Lauenburg
11. Abg. Dr. Müller, Sophiental
12. Abg. Petersen, Wentorf A.W.
13. Abg. Wendicke, Mölln

B. Von der Kreisverwaltung:

1. Landrat Wandschneider
2. Verwaltungsrat Dr. Siebe
3. Kreiskämmerer Buhl
4. Kreisamtmann Haack
5. Medizinalrat Dr. Brandenburger
6. Vet.Rat Dr. Wulfsberg
7. Kreisoberinspektor Duncker
8. Kreissparkassendirektor Körck
9. Kreisbaurat Dr. Nohse
10. Forstmeister Grabenstedt
11. Dr. Häckermann
12. kom. Berufsschuldirektor Prof. Jennet
13. Kreisoberinspektor Becker
14. Kreisflüchtlingsbeauftragter Klingenberg
15. Verw. Angest. Abel
16. Verw. Angest. Schröder
17. Referendar Hecht
18. Referendar von Freedon
19. Verw. Angest. Schumacher als Protokollführer.

Tagesordnung:

1. Einführung und Verpflichtung neuer Kreistagsmitglieder.
2. Beschlussfassung über die Gültigkeit der Kreiswahl.
3. Wahl des 2. Stellvertreters des Kreispräsidenten.
4. Genehmigung des Protokolls über die Kreistagsitzung am 29.5.1951.
5. Bericht über die Durchführung der Kreistagsbeschlüsse.
6. Bericht des Landrats.
7. Geschäftsordnung.
8. Änderung des § 27 (1) der Kreissparkassensatzung.
9. Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Kreissparkassenvorstand.
10. Ersatzwahl für verschiedene Ausschüsse.
11. Aufnahme von Darlehen.
12. Erhöhung der Mitgliederzahl des Steuerausschusses I.
13. Neubesetzung im Wasserschauamt VII.
14. Brennstoffversorgung, insbesondere Hausbrandlage.
15. Antrag der SPD.-Kreistagsfraktion betr. Preiskontrolle auf Kreisebene.
16. Antrag der SPD.-Kreistagsfraktion betr. Erhöhung der Alters-Zusatz- bzw. Invaliden-Zusatz-Renten für ehem. Kreisbedienstete.
17. Antrag der SPD.-Kreistagsfraktion betr. Siedlungen im Kreis e.
18. Anfragen, Anträge, Verschiedenes.

Der Kreispräsident: eröffnet 9.17 Uhr die Sitzung: Meine Dame, meine Herren! Ich eröffne die 206. Sitzung des Kreistags des Kreises Herzogtum Lauenburg und danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Die Vorlagen sind Ihnen allen ordnungsmässig zugesandt. Ich stelle fest, daß der

Der Kreispräsident eröffnet 9.17 Uhr nach Feststellung der Beschlussfähigkeit die 206. Sitzung des Kreistags und stellt fest, daß Einladung und Vorlagen allen Abgeordneten ordnungsgemäss zugegangen sind. Er ernennt zum Mitvollzieher des Protokolls den Abg. Kannacher und zum Protokollführer den Abg. Schumacher. Er verweist auf die um 16.00 Uhr stattfindende Eröffnung der Kreiskulturwoche. Er spricht sodann Herrn Landrat Wandschneider zu seinem heutigen Geburtstag die Glückwünsche des Kreistags aus.

des Kreistags ausspreche. Wir wünschen und hoffen, daß Sie auch im neuen Lebensjahr mit derselben Freude, Kraft und Gesundheit die Arbeiten erledigen können. Meine Damen und Herren, wir kommen dann zu Punkt 1 der Tagesordnung.

Punkt 1 Einführung und Verpflichtung neuer Kreistagsmitglieder.

Der Kreispräsident: Der Kreistagsabgeordnete, Kaufmann Hans Stolpmann, Sandesneben, und der Kreistagsabgeordnete techn. Angest. Kurt Prättsch, Mitglieder der SPD., sind aus dem Kreisgebiet verzogen und haben ihr Kreistagsmandat niedergelegt. Für Herrn Stolpmann, Sandesneben, rückt der Reichsbahnamtmann Eitel Ullrich, Mölln, und für Herrn Prättsch, Sierksrade, rückt der Landwirt Dr. Karl Müller, Sophiental

Der Kreispräsident teilt mit, daß die Abgeordneten Stolpmann und Prättsch aus dem Kreistag ausgeschieden sind und für diese der Reichsbahnamtmann Eitel Ullrich-Mölln und der Landwirt Dr. Karl Müller-Sophiental in den Kreistag nachrücken. Nachdem die Genannten sich bereiterklärt haben, das Mandat anzunehmen, verpflichtet er die neuen Abgeordneten auf gewissenhafte Ausübung ihres Amtes im Interesse des Kreises durch Handschlag.

Stimmhaltung, seiner eigenen, in den Kreistag gewählt ist. Ich frage nun Herrn Ullrich, ob er die Wahl annimmt?

Abg. Ullrich: Ja!

Der Kreispräsident: Und ich frage Herrn Dr. Müller, ob er die Wahl annimmt?

Abg. Dr. Müller: Ja!

Der Kreispräsident: Dann bitte läßt die Herren vorzutreten. Meine Herren, Sie sind in den Kreistag gewählt. Ich verpflichte Sie nun durch Handschlag darauf, daß Sie Ihr Amt gewissenhaft ausüben im Interesse des Kreises. Wir kommen dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

Punkt 2 Beschlussfassung über die Gültigkeit der Kreiswahl.

Der Kreispräsident: Der Kreiswahlausschuss hat in der Sitzung am 5.5.1951 das Ergebnis der am 29.4.1951 abgehaltenen Kreiswahl festgestellt. Das Wahlergebnis wurde durch Aushang und im Amtlichen Kreisblatt veröffentlicht. Die Einspruchsfrist ist am 9.6.1951 abgelaufen. Binsprüche gegen die Gültigkeit der Kreiswahl sind nicht erhoben worden. Die eingehende Prüfung der Unterlagen hat keinen Anhalt dafür ergeben, daß bei der Kreiswahl Unregelmäßigkeiten im Sinne des § 31 Ziff. 1 bis 3 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes vorgekommen sind. Der Beschlusentwurf lautet: Der Kreistag beschliesst, die am 29.4.1951 abgehaltene Kreiswahl gemäss § 31 Ziff. 4 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes vom 3.2.1951 für gültig zu erklären. Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht

der

der Fall. Wer für die Gültigkeit der Kreiswahl ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen? Ich stelle fest, daß die Kreiswahl einstimmig für gültig erklärt worden ist.

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst einstimmig, die am 29.4.1951 abgehaltene Kreiswahl gemäss § 31 Ziff. 4 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes vom 3.2.1951 (GVOBl. Schl.H. S.31) für gültig zu erklären.

Punkt 3 Wahl des 2. Stellvertreters des Kreispräsidenten.

Der Kreispräsident: Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 29. Mai 1951 einstimmig beschlossen, die Wahl des 2. Stellvertreters des Kreispräsidenten zurückzustellen. Nach § 28 der Kreisordnung sind ein oder mehrere Vertreter des Kreispräsidenten zu wählen. Ich möchte die SPD.-Fraktion fragen, welchen Vorschlag sie zu machen hat.

Abg. Lamp'l: Sie wissen, daß meine Fraktion angesichts des Stärkeverhältnisses bei der letzten Kreistagswahl auf den 1. Stellvertreter des Kreispräsidenten Anspruch erhob. Das eingeholte Gutachten des Verwaltungsgerichts hat uns Recht gegeben. Es wäre allerdings im Endeffekt nichts anderes herausgekommen als die Situation...

Der Kreispräsident führt aus, daß die Wahl des 2. Stellvertreters des Kreispräsidenten in der Kreistagsitzung am 29. Mai 1951 zurückgestellt worden sei, und fragt die SPD.-Fraktion, welchen Vorschlag sie nunmehr zu machen habe.

Abg. Lamp'l verweist nochmals auf die seines Erachtens richtige Haltung der SPD.-Fraktion in der Kreistagsitzung am 29.5.1951, stellt jedoch fest, daß bei einer Klage im Endeffekt nichts anderes als der heutige Zustand herausgekommen wäre. Die SPD.-Fraktion schlage daher als 2. Stellvertreter des Kreispräsidenten den Abg. Wendicke vor.

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst mit 44 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, den Abg. Wendicke-Mölln zum 2. Stellvertreter des Kreispräsidenten zu wählen.

Der Kreispräsident verpflichtet den Abg. Wendicke durch Handschlag auf gewissenhafte Ausübung seines Amtes im Interesse des Kreises.

habe sie ja schon angenommen, möchte aber dabei doch eine Feststellung treffen. Ich glaube doch, daß die Funktion dieses Amtes und die meines Vordermannes so aufzufassen ist, daß, solange der Kreispräsident selbst durch seine Anwesenheit im Kreise strahlend da ist, die Stellvertreter nicht in Funktion zu treten brauchen und keine Funktionen haben. Ich glaube, mit dieser Auffassung doch Recht zu haben. Ich glaube auch, daß es ganz gut wäre, wenn dies auch für alle anderen Vertreter so wäre, also auch auf in Bezug auf die Vertreter des Landrats. Es scheint dort aber doch etwas anders zu sein, oder ist hier eine Änderung eingetreten. Wir waren uns bisher darüber einig, daß der stellvertr. Landrat seine Funktion im Kreisausschuss zu übernehmen hatte, wenn der Landrat verhindert war. Sonst, während der Anwesenheit des Landrats, ist doch wohl für den Stellvertreter kein Raum? Oder irre ich mich da?

Der Kreispräsident: Ich glaube auch nicht, daß der Landrat sich irgendwie hat vertreten lassen. Das ist ja nur während seines Urlaubs geschehen.

Abg. Dr. Jüttner: Zum Tatsächlichen eine Bemerkung: Zu der Bereisung in Wentorf A.W. wurde ich von Ihnen gebeten, Herr Wandschneider, weil Sie krank waren.

Der Kreispräsident: Wir kommen dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

Punkt 4 Genehmigung des Protokolls über die Kreistagssitzung
am 29.5.1951.

Der Kreispräsident: Das Protokoll ist Ihnen zugegangen. Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich diejenigen die dafür sind, daß es genehmigt wird, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen.

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst einstimmig, das Protokoll über die Kreistagssitzung am 29.5.1951 zu genehmigen.

Der Kreispräsident: Wir kommen dann zu Punkt 5.

Punkt 5 Bericht über die Durchführung der Kreistagsbeschlüsse.

Der Kreispräsident: Auch dieser Bericht ist Ihnen zugegangen. Wird das Wort dazu gewünscht? ~~Abg~~

Abg. Dr. Herrmannsdorfer: Wir haben die Vorlage bekommen, und ich will auch nicht weiter darauf eingehen, bis auf einen Punkt, den ich zu beanstanden habe. Der letzte Punkt "Torfwerbung im Kreise" lautet, daß die Torfwerbung der Kreisforstverwaltung am 1.9.1951 beendet worden ist mit einem Gesamtaufkommen von rd. 7.000 Ztr., das bis zum genannten Tage auch restlos abgesetzt wurde. Ich finde, das bis zum genannten Tage auch restlos abgesetzt wurde und möchte bitten, daß

Abg. Dr. Herrmannsdorfer bemerkt zu dem schriftlich erstatteten Bericht, daß es zweckmässig sei, den Bericht hinsichtlich der Punkte mit finanzieller Auswirkung genauer zu fassen.

allerdings inzwischen geneigt, was ich nicht ein, daß ich mich als Kreistagsabgeordneter hiernach erst erkundigen muss. Diese Angaben müssten im Bericht enthalten sein. Es müßte drinstehen, so und so sieht die Sache aus. Ich möchte also bitten, dass in Zukunft hinsichtlich dieser Punkte mit finanzieller Auswirkung genauer berichtet wird.

Der Landrat: Ich darf Ihnen antworten, Herr Dr. Herrmannsdorfer, dass Sie grundsätzlich Recht haben. In diesem Falle komme ich jedoch im Rahmen meines Berichts auf diese Angelegenheit zurück.

Der Kreispräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen dann zu Punkt 6 der Tagesordnung, "Bericht des Landrats".

Punkt 6

Punkt 6 Bericht des Landrats.

Der Kreispräsident: Ich erteile Herrn Landrat Wandschneider das Wort.

Der Landrat: Meine Dame, meine Herren! Die Verhandlungen des heutigen Kreistags und die Monate, die vor uns liegen, finden immer noch vor einem düsteren Hintergrund statt. Man hätte eigentlich annehmen sollen, daß der furchtbare Weltkrieg, der zum 2. Mal Tränen, Opfer und Vernichtung über die Erde gebracht hat, mindestens die Welt dazu veranlasst hätte, Frieden zu halten. Trotzdem schwelt und brennt es kalt oder heiss in allen Teilen der Welt, und man weiss manchmal nicht was der nächste Tag bringen wird. Die Rückwirkung auf unsere deutschen Verhältnisse ist furchtbar. Es ist nichts Aussergewöhnliches,

Der Landrat berichtet über

- a) Tätigkeit und Aufgaben der Verwaltung und der politischen Vertretung.
- b) Jugendnot. Schaffung zusätzlicher Lehrstellen in Handwerk und Industrie. Jugendförderung durch öffentliche Mittel, Bundesjugendplan. Erholungsfürsorge.
- c) Umsiedlung. Flüchtlingslager.
- d) Arbeitsvermittlung der Spätheimkehrer.
- e) Wohnraumnot. Wohnungsbau. Tätigkeit der Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften.
- f) Siedlung im Kreise. Domänen und Streuparzellen des Kreises. Ansetzung von Heimatvertriebenen. Forstdienstländereien. Domänenpachten. Kleinsthofbewegung.
- g) Lage des Handwerks im Kreise.
- h) Lage der Industrie im Kreise. Rohstoff- und Absatzkrise. Wumag-Geesthacht. Bauer & Schaurte-Schwarzenbek. Neuansetzung von Industrien im Kreise.
- i) Lage der Kreissparkasse.
- k) Schwarzarbeit. Schaffung von Dauerarbeitsplätzen. Gewerbezulassungen. Bedürfnisprüfung. Filialsteuer.
- l) Torfwerbung im Kreise.

m)

Kriege und daß die ruhigen Zeiten von einst längst vorüber sind. Für jeden, der mit der Not dieser Zeit Bekanntschaft macht und mit ihr Berührung hat, ist es manchmal eine unerträgliche Nervenbelastung, in Dingen nicht helfen zu können, wo jeder menschlich Denkende, da die Not so schreiend ist, daß man als Mensch angesprochen wird, helfen muss und helfen möchte und doch in tausenden Fällen nicht kann. Das, meine Damen und meine Herren, bitte ich doch bei der Beurteilung der Leistungen jedes im öffentlichen Dienst an verantwortlicher Stelle Stehenden zu beachten und diese Tatsache höher zu bewerten als das manchmalige Versagen mancher Kräfte, die mit diesen harten Tatsachen nicht immer in der Weise fertig werden, wie es als selbstverständlich gefordert wird und gefordert werden muss. Denn wer ein öffentliches Amt hat, hat es nicht, um Gehalt zu beziehen, sondern er hat es als Helfer und Freund der Bevölkerung und als derjenige, der vom Kreis, von der Gemeinde oder von staatswegen den schweren Auftrag hat, den Versuch zu machen - und hoffentlich mehr als den Versuch -, mit diesen Dingen fertig zu werden. Ich darf allerdings trotz der Überlastung der Spitzenkräfte, der Dezernenten und Amtsleiter, die nicht annähernd mit der Dienstzeit auskommen, mit Stolz feststellen, daß Beschwerden aus der Bevölkerung an mich oder die Kreisverwaltung nicht nennens-

wert

- m) Fremdenverkehrswerbung. Zustand der Gaststätten im Kreise; Konzessionierung von Gaststätten.
- n) Kreisberufsschule.
- o) Lauenburgisches Heimatmuseum.
- p) Kreiskulturwoche.

Der Kreispräsident dankt dem Landrat für seine Ausführungen und begrüßt den inzwischen erschienenen Brigadier Allison.

Abg. Kette kritisiert die eigenartige Politik der Kreditrestriktionen der Bank deutscher Länder und verweist in diesem Zusammenhang auf die Geldpolitik der Regierung Schwedens.

Abg. Dörries empfiehlt, das Schwergewicht der Jugendförderung durch öffentliche Mittel auf die Schaffung von Jugendheimen zu legen. Zur Frage der Domänenpachten sei zu erwägen, ob es nicht zweckmässig sei, die Domänen in eigene Regie zu nehmen. Hinsichtlich der Wirtschaftsförderung sei zu bedauern, daß die Bundesregierung es bisher noch nicht unternommen habe, die Möglichkeiten und Gegebenheiten im Kreise Herzogtum Lauenburg zu studieren. Die Neuzulassung von Gaststätten bitte er, vorsichtig zu betreiben, da hier eine Übersetzung, wie in jedem Gewerbe, nur zu einer Preiserhöhung führe. Zur Kohlenlage sei zu sagen, daß die öffentlichen Verwaltungen ihren Bedarf unbedingt zugunsten der Wirtschaft einschränken müßten. Er kritisiert abschliessend, daß der DGB. Kreisausschuss Lauenburg zu den Beratungen des Kreisausschusses über die Schwarzarbeit nicht hinzugezogen worden sei.

Abg. Borchert ist der Meinung, dass die wirtschaftliche Situation und insbesondere die Arbeitsvermittlung im Süden des Kreises erheblich gefördert werden könnten, wenn die Verkehrsverbindungen nach Hamburg günstiger gestaltet würden. Vor allem sei es erforderlich, den Vorortverkehr bis Schwarzenbek auszudehnen. Bei der Wiederbesetzung der leerstehenden Hallen solle man sich bemühen, von der jeweiligen Konjunktur unabhängige, möglichst lohnintensive Industrien zu bekommen. Abg. Franck bittet, dem Kreistag auch über die Seuchenlage im Kreise zu berichten.

Abg. Dörries hält es für zweckmässig, durch das Wirtschaftsförderungsamt Unterlagen über die Auswirkungen des Mangels an Kohle und Material erstellen zu lassen, um diesbezügliche Forderungen bei den zuständigen Stellen anbringen zu können.

Der Landrat erwidert auf die Anregungen bzw. Anfragen, daß für die Schaffung von Jugendheimen Mittel aus dem Bundesjugendplan angefordert seien. Eine Übernahme der Domänen in Selbstbewirtschaftung sei bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen nicht zu verantworten. Die Bundesregierung habe er durch einen Besuch persönlich gebeten, hinsichtlich der Wirtschaftsförderung an Schleswig-Holstein einen besonderen Masstab anzulegen. Die entsprechenden Anträge für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im südlichen Kreisgebiet seien bei den zuständigen Stellen bereits gestellt. Die Wünsche des Handwerks und der Industrie auf Kohlen- und Materialzuteilungen würden vom Kreise, soweit er dafür zuständig sei, unterstützt und gefördert. Medizinalrat Dr. Brandenburger berichtet, über den Stand der Kinderlähmung im Kreise. Die Lage sei z.Zt. nicht besorgniserregend.

Abg. Dr. Herrmannsdorfer schlägt vor, daß der Kreistag eine Entschliessung faßt, die Landesregierung zu bitten, dem Kreise bei der Ansetzung von Industrien mehr Hilfe als bisher angedeihen zu lassen.

Abg. Krützmann bittet, diese Entschliessung noch dahingehend zu ergänzen, daß auch eine bessere Rohstoffversorgung und Auftragsheranschaffung für das Handwerk und die Versorgungsbetriebe dringend erforderlich sind. ~~Der Kreispräsident~~

Der Kreispräsident bittet die Abg. Krützmann und Dr. Herrmannsdorfer gemeinsam die Entschliessung zu formulieren, damit der Kreistag dann nachher darüber abstimmen könne.

Verweisung an einen Sonderausschuss auf die lange Bank geschoben haben. Die Lehre im Handwerk war immer eine solide Lehre, weil die Lehrlinge nicht nur zu Gesellen und Meistern sondern auch zu Persönlichkeiten herangebildet werden. Es sollte ein Anliegen aller Verantwortlichen sein, angesichts der jahrhundertelangen Leistungen des Handwerks nicht nur die Industrie, sondern auch diese Seite der Ausbildung des Jugendlichen zu unterstützen. Ich hoffe, daß dieser Ruf endlich auch gehört wird. Der Kreis hat es sich angelegen sein lassen, trotz der Schwierigkeiten in diesem Jahre Mittel für die Jugendförderung zur Verfügung zu stellen und auch auszugeben. Wir haben in diesem Jahr bisher 13.300,-- DM ausgegeben, davon 6.000,-- DM allein für das Jugendwandern. Ich glaube, wir haben damit wenn auch nicht einen grossen, so doch einen wirkungsvollen Beitrag als Kreis dafür geleistet, daß unsere Jugend unsere deutsche Heimat kennenlernt, denn über die Heimatliebe und über die Liebe zum Vaterland führen alle Leistungen, die wir überhaupt vollbringen. Ich möchte an dieser Stelle den Appell an den Bund und das Land richten, endlich mit den Überlegungen aufzuhören und dem Zonengrenzkreis Herzogtum Lauenburg die Mittel aus dem Bundesjugendplan zur Verfügung zu stellen, die uns in den Stand setzen, die Jugendarbeit erheblich zu intensivieren. Wir haben alle Veranlassung, uns gegen das Gift aus dem Osten seelisch aktiv zur Wehr zu setzen und unsere Jugend stark zu machen gegen Einflüsterungen, die ihre Seele von Grund auf zu vergiften geeignet sind. Ich richte den Appell an die Landesregierung, Einfluss zu nehmen auf die Totowetten-G.m.b.H. und nicht nur mit Reden sondern mit Taten die Leistungen der Sportverbände zu unterstützen beim Ausbau von Übungsstätten und Anschaffung von Geräten. Nach der Auflösung des Altersheims in Büchen hat der Kreis das Heim als Kindererholungsheim mit 40 Betten eingerichtet. Kinder von Heimatvertriebenen und Einheimischen haben dort ausgewählt vom Kreisgesundheitsamt 6-Wochen-Kuren absolviert, und wir dürfen mit Freude und Zufriedenheit feststellen, insbesondere durch die Dankesbriefe der Eltern, daß die Kurserfolge gut waren. Wir sind in der Lage, diese Erholungsfürsorge bis zum Ende des Haushaltsjahres fortzusetzen und werden das tun. Wenn ich dann an die Menschen denke, denen unsere wesentliche Sorge gilt, nämlich an die Heimatvertriebenen, so muss ich nocheinmal auf die Umsiedlung zurückkommen, deren Ergebnisse geradezu ein Hohn auf die Segnungen des Föderalismus sind. Meine Dame, meine Herren! Ich will Sie nicht langweilen in der Wiederholung von Presseberichten, die über diese Dinge bekanntgeworden sind. Dass die Umsiedlung ein völliger Versager war, darüber sind wir uns hier alle klar. Der Kreis Herzogtum Lauenburg ist z.Zt. nach der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl mit 75 763 Heimatvertriebenen belegt bei 68 373 Einheimischen. Im Rahmen der Umsiedlungsaktion 1950 haben durch gelenkte Umsiedlung 1.353 Familien mit insgesamt 4.406 Personen das Kreisgebiet verlassen, dazu kommen 556 Familien mit 1.375 Personen, die durch eigene Initiative umgesiedelt wurden. Bei der Aktion 1951 sind bisher 65 Familien mit 234 Personen nach Rheinland-Pfalz und 40 Familien mit 173 Personen nach Württemberg-Baden angenommen worden, eine Zahl, die im Hinblick auf die Notlage des Kreises überhaupt nicht ins Gewicht fällt. Der Kreis hat auch heute noch 2.974 Antragsteller mit 10.502 umsiedlungswilligen Personen. Der vorige Kreistag hatte eine Entschliessung angenommen und darin gefordert, daß die Landesregierung - Sozialministerium - endlich anerkennen möge, daß es nicht auf die Zahl derjenigen ankommt, die sich gemeldet haben, sondern auf die Belegungszahl des Kreises mit Heimatvertriebenen, uns da marschieren wir immer noch an zweiter Stelle im Lande Schleswig-Holstein.

Leider



Leider hat Herr Minister Asbach es noch nicht ermöglichen können, zu dem angekündigten Besuch im Kreise Herzogtum Lauenburg zu erscheinen. Wir hätten ihm nicht nur die Zahlen vor Augen geführt, sondern auch die nackten Tatsachen, daß wir noch immer über 11.500 Menschen in Lagern und Elendsquartieren und Notwohnungen zu wohnen haben. Ich glaube, die hohe Zahl der Lager im Kreise, nämlich 33, - mit die höchste im ganzen Lande Schleswig-Holstein - sollte der Landesregierung Veranlassung geben, im Rahmen der spärlich gewordenen Umsiedlung dafür zu sorgen, daß diese Menschenüberfülle, die besonders auf die Jugend demoralisierend wirkt, bei der Umsiedlung bevorzugt berücksichtigt wird. Für jeden, der im Bundesgebiet herumgekommen ist, wirkt es wie Hohn, wenn uns erklärt wird, die Umsiedlung könne nicht voran kommen, es müßten erst Wohnungen gebaut werden. Meine Dame, meine Herren! Ich war im Weserbergland während meines Urlaubs. Ich habe dort festgestellt, daß es in Landgemeinden mit 1000 Einwohnern 200 Flüchtlinge gibt. Herr Wendicke, der im Siegerland war, hat bestätigt, daß das Verhältnis dort kein anderes ist. Der Kreis Höxter war der Kreis mit der höchsten Arbeitslosenzahl in Nordrhein/Westfalen. Sie beträgt dort 2,8 %, sie ist also praktisch so gut wie nicht da. Ich habe mich selbst davon überzeugt, daß in diesen Gemeinden zusätzliche Zimmer in jeder Menge vorhanden sind für die Unterbringung von Kurgästen, Fremden und Sommerfrischlern. Ich frage hier die Bundesregierung an dieser Stelle, ob sie es sich leisten kann, ihre Autorität auf die Dauer aufs Spiel setzen zu lassen, und frage diejenigen, die den Föderalismus verteidigt haben, ob sie es sich leisten können, daß mit dem deutschen Volk und den deutschen Menschen noch länger Schindluder getrieben wird. Wir haben uns für die Flüchtlingslager nach Kräften eingesetzt und werden dies auch in diesem Jahre tun. Im Rechnungsjahr 1950 wurden an Instandsetzungskosten ausgegeben 467.203,-- DM. Im Rechnungsjahr 1951 sind vorgesehen 492.740,-- DM, davon 75 % Bundes-, 10 % Landes- und 15 % vorläufig aus Kreismitteln. Wir haben bisher in diesem Jahre ausgegeben 58.372,-- DM, weitere Aufträge über weitere 150.000,-- DM laufen z.Ztt Alle Arbeiten, die innen durchgeführt werden können, sind in den Spätherbst und Winter verlegt worden, während die Aussenarbeiten jetzt in Angriff zu nehmen waren und in Angriff genommen werden. Ich darf mit Genugtuung feststellen, daß eine Kommission des Kreisausschusses und der Flüchtlingsausschuss anerkannt haben, daß sich die Dinge im Flüchtlingslager Grüner Jäger erheblich gewandelt haben. Der Grüne Jäger gehört nicht mehr zu den Lagern, die als die schlechtesten Lager des Kreises bezeichnet werden müssen. Es gibt andere Lager, auf die wir die Bauaktionen umgelenkt haben, insbesondere das Lager Sandstrasse in Geesthacht und 2 Lager in Mölln und Schwarzenbek. Man muss doch feststellen - und das sollte Gegenstand der Darlegungen bei dem Besuch des Ministers Asbach sein -, daß es nicht angeht, die Baracken immer noch zu unterhalten, sondern wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß es weit sinnvoller wäre, diese Mittel einzusetzen zum Bau von neuen Wohnungen, die 30 - 50 Jahre halten. Ich hoffe, daß eines Tages der Bürokratismus auch auf diesem Gebiet beseitigt sein wird. Ich habe mich im vorigen Jahr vergeblich darum bemüht. Da helfen auch nicht nur Berichte, sondern nur die Notwendigkeit, daß sich die Herren, die darüber zu befinden haben, an Ort und Stelle von dem Zustand der Lager überzeugen. Die besondere Sorge des Kreises muss den Spätheimkehrern gelten. Wir haben auf Beschluss des Kreisausschusses nicht nur einen Aufruf erlassen, sondern wir haben darüber hinaus ein Rundschreiben an sämtliche Gemeinden und Ämter gerichtet, dem wir ein Verzeichnis der im Gemeinde- und Amtsbezirk noch aufhältlichen arbeitslosen Spätheimkehrer anfügten mit der Bitte, sich dieser Kameraden endlich anzunehmen. Es genügt doch nicht, daß wir die Spätheimkehrer mit Spruchbändern und 150,-- DM empfangen, Spruchbändern, auf denen steht "Wir denken an

Euch

Euch und haben Euch nicht vergessen" und "Herzlich willkommen", sondern es ist erforderlich, daß diese Menschen bevorzugt in Arbeit vermittelt werden. Sie haben schliesslich Jahre hindurch Schwerstes ertragen. Wir haben auf diesem Gebiet erfreuliche Ergebnisse erzielt. Von 452 am 31.12.1950 als arbeitslos registrierten Heimkehrern im Kreise sind bis 31.5.1951 197 in Arbeit vermittelt worden. 255 Heimkehrer waren also an diesem Tage noch ohne Arbeit. Es ist traurig, daß sich in Deutschland das, was man Kameradschaft nennt, doch hier und da in starkem Masse verflüchtigt hat unter dem Eindruck des Existenzkampfes, den jeder einzelne nach diesem furchtbarsten aller Kriege zu führen hat, und daß die Volkskameradschaft, die die Menschen aufrichtet, nicht so stark ist, wie es nötig wäre, sodass sich Heimkehrerverbände bilden müssen, um ihre Rechte durchzusetzen. Ich richte auch hier von dieser Stelle an die Wirtschaft den dringenden Appell, für die Unterbringung dieser unserer Kameraden zu sorgen. Wenn ich nun vom Menschen spreche, dann kann ich das Wohnungselend nicht unerwähnt lassen. Auf 100 Einheimische entfallen 101,6 Heimatvertriebene. 10.000 Personen wohnen in Notunterkünften - Baracken, Lauben, Kornböden, Bodenkammern, Knechtekammern mit Zementfußböden und in baufälligen Katen. In einer Anzahl dörflicher Gemeinden, nicht in allen, entfallen auf den Kopf der Bevölkerung nur 4,5 qm Wohnfläche. Der Landesdurchschnitt beträgt aber 5,4 qm. Die Wohndichte in solchen Gemeinden beträgt 3,2 Personen je Raum - je Raum, nicht Wohnung! - dagegen beträgt die Wohndichte in Kiel 4,6 Personen je Wohnung. In den Ämtern Basthorst, Schwarzenbek-Land, Lauenburg-Land und Wentorf A.S. ist die Wohnraumlage am katastrophalsten. Räumungsurteile können dort nicht mehr vollstreckt werden. Rund 1.500 heimatvertriebene Familien hausen immer noch in ausgesprochenen Elendsquartieren. Der Wohnungsbau hat in den Jahren 1949 und 1950 erhebliche Erfolge gehabt. Nachdem die ERP.-Wohnungen weggefallen sind, ist es in diesem Jahre schwierig geworden, das Programm, das ursprünglich beabsichtigt war, durchzuführen. Trotzdem geschieht im Kreise mit bemerkenswertem Elan alles, um diese Schwierigkeiten, die durch Lohn- und Preiserhöhungen noch besonders dringend werden, zu überwinden. Es soll hier erwähnt werden, daß grössere Bauvorhaben in Gr. Grönau, in Lauenburg, Mölln und Schwarzenbek laufen. Die Kreiswohnungsgesellschaft wird demnächst, sobald die Finanzierung gesichert ist - die Hypotheken habe ich mit 175.000,- DM bereits beschafft, die Landesdarlehen stehen noch aus - mit einem grösseren Bauvorhaben beginnen. Inzwischen sind die Baukosten bis zu 40 %, in einzelnen Fällen bis zu 100 %, gestiegen. Die Wohnungsgesellschaft bemüht sich, ein Schwerpunktprogramm in verschiedenen Gemeinden und Städten des Kreises durchzuführen. Auch hier muss ein Appell an alle gerichtet werden, einsichtig zu sein und das schier unmöglich Scheinende durchzuführen, um auch dieses Programm, jedenfalls in etwa in diesem Jahre zu erfüllen. Wenn ich mich nun mit der Wirtschaft befasse, so möchte ich auf diejenigen Ereignisse eingehen, die seit dem letzten Kreistag Gegenstand der Erörterungen im Kreisausschuss waren, soweit sie nicht einen besonderen Punkt wie z.B. die Siedlungsangelegenheiten der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft der Tagesordnung bildet. Es muss von dieser Tribüne aus festgestellt werden, daß die Ergebnisse des Flüchtlingsiedlungsgesetzes in Schleswig-Holstein mehr oder weniger Makulatur sind, sie sind ungenügend. Es geht nicht an, daß aus einem Kreise in Pommern 36 heimatvertriebene Bauern heute noch in einem Flüchtlingslager im Kreise sitzen. Diese Angelegenheit ist nicht Sache parlamentarischer oder bürokratischer Erörterungen, aus dem Stadium sollte sie längst heraus sein -, sondern Angelegenheit allerer, die es angeht. So sehr der Kreisausschuss auf dem Standpunkt steht, daß eine Aufsiedlung hoch intensiver Betriebe

in

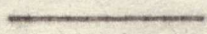
in der heutigen Zeit unvertretbar, unwirtschaftlich und unmöglich ist, so sehr muss das Nötige geschehen, um Heimatvertriebene in erster Linie wieder sesshaft zu machen. Der Kreis hat daher die Domänen Fredeburg und Niendorf zur Siedlung freigegeben. Über die Modalitäten der Siedlung wird z.Zt. noch mit der Landesregierung gerungen. Die Vorschläge, die gemacht sind, diese Siedlungen als Kleinstdomänen pachtweise vorzusehen und durchzuführen, haben bisher noch nicht wegen der Schwierigkeiten der gesetzlichen Verankerung und der Kredithergabe die Zustimmung der Landesregierung gefunden. Der Weg ist neuartig und gut. Man hat nicht die Absicht, die Menschen auf ewig hier sesshaft zu machen, sondern will sie elastisch und einsatzbereit halten für den Tag, wo sie einmal wieder den Heimatboden betreten können. Wir haben die Siedlungsbescheinigungen von der Landesregierung in beiden Fällen schon vor Wochen angefordert, bisher aber noch nicht bekommen. In beiden Fällen ist die Anforderung unter Bezug auf die Bodenreformgesetze erfolgt. Die Kündigungen der Pachtverhältnisse über beide Domänen sind unter Bezugnahme auf die massgebenden Bestimmungen geschehen. Ich glaube, wir haben Anspruch auf die Siedlungsbescheinigungen. Die Verpachtung der Streuparzellen ist auf Beschluss des Kreisausschusses unter anderen Gesichtspunkten als bisher im Gange. In engster Zusammenarbeit mit Bauernkammer, Bauernverband und Landwirtschaftsbehörde wird geprüft, ob die Pächter von Kreisland dieses Land unter Berücksichtigung ihrer sonstigen Landausstattung noch benötigen, oder ob es nicht ebenfalls an Heimatvertriebene verpachtet werden kann. Es geht hier sicherlich nicht ohne Härten ab. Wenn hier von Härten gesprochen wird, dann haben aber diejenigen zunächst das Recht, davon zu reden, die alles verloren haben und seit Jahren darauf warten, jedenfalls etwas wiederzubekommen. Ich richte an alle die Bitte, diesen Bestrebungen, denen der Kreis sein Ohr geliehen hat, das nötige Verständnis und das nötige Herz entgegenzubringen. Ich glaube, dann wird denjenigen, die diese Dinge zu überprüfen haben, die Arbeit wesentlich erleichtert werden. Ebenfalls auf Beschluss des Agrar- und Kreisausschusses hat eine Überprüfung der Forstdienstländereien stattgefunden. Auch hier ist erfreulicherweise auf freiwilliger Basis gelungen, in zwei Fällen bereits Land mit der nötigen Hof- und Wohnraumausstattung an Heimatvertriebene zu verpachten. In drei Fällen sogar, entschuldigen Sie. Die Bemühungen auf diesem Gebiet werden fortgesetzt. Nachdem dem Schleswig-Holsteinischen Landkreistag ein Einspruch des Landesverbandes der Forstbeamten gegen das grundsätzliche Verfahren zugegangen ist, dürfte es zweckmässig sein, auch diese Verhandlungen mit dem Lande und den grösseren Privat- und Kommunalwaldbesitzern durchzuführen. Ich glaube, Sie können es getrost dem Agrar- und Kreisausschuss überlassen, diese Dinge sehr sorgfältig zu prüfen, sodass ich nicht auf Einzelheiten heute einzugehen brauche. Wenn ich jetzt bei der Landwirtschaft bin, kann ich die Domänen und die Pachten für die Domänen nicht unerwähnt lassen. Es ist ein Anliegen des Kreistags, die Domänenpachten anders festzusetzen. Dieses Bestreben ist von den Domänenpächtern freundlicherweise grundsätzlich anerkannt worden. Die Vorverhandlungen, die auf Beschluss des Kreisausschusses von mir eingeleitet worden sind, haben zunächst zu einer Abstimmung mit den niedersächsischen Verhältnissen geführt. Ebenfalls auf Beschluss des Kreisausschusses werden in Kürze 2 Sachverständige zusammen mit Bediensteten des Kreises die Domänen, deren Verwaltungsverhältnisse überholt werden müssen, aufsuchen. Ich habe einige Jahre in der größten deutschen Domänenverwaltung gearbeitet und bin der Überzeugung, daß diese Sachverständigen auch die gerechten Pachten für diese Domänen ermitteln werden. Das gleiche gilt für die Streuparzellen, deren Pacht auf Roggenbasis umgestellt wird.

wird. Meine Dame, meine Herren! Sie müssen bei Beurteilung dieser Dinge Sachlichkeit und Nüchternheit voranstellen. Wir haben eine Erhöhung der Getreidepreise gehabt, die in irgendeiner Form trotz der gestiegenen Löhne und trotz der gestiegenen Fabrikationspreise, auf die die Landwirtschaft angewiesen ist, auch in den Pachten Aus- druck finden muss. Auf welche Weise soll der Kreis seine Aufgaben erfüllen, wenn auf der Ausgabeseite Sozialausgaben, Gehälter usw. erhöht werden, auf der Einnahmeseite aber die Grund- und Gewerbe- steuern konstant bleiben. Bei der Gewerbesteuer muss man bei vielen Gemeinden ein Absinken feststellen. Ich darf Ihnen sagen, daß die viel- und lang umkämpfte Erhöhung der Finanzmasse des Landes für die Kreise nicht annähernd genügt hat, um die 15 %ige Gehaltserhöhung für die Bediensteten aufzufangen. Der Kreis hat es sich angelegen sein lassen, auch die Kleinsthofbewegung weiter zu fördern. Bereits am 12.10.1950 war dem Kleinsthofkreis Land für eine Siedlung in Geesthacht-Hasental angeboten worden. Im Juli 1951 ist der Vertrag fertiggestellt worden, und die Landesregierung hat die Mittel be- reitgestellt. Es dreht sich um 80 Morgen, die zum Verkaufspreis von 200,-- DM je Morgen veräußert worden sind. Aus dem Land sind 10 Kleinsthöfe zu 6 Morgen und 5 zu 3 Morgen geschaffen worden. Mit der Durchführung ist die Schleswiger Landsiedlungs-G.m.b.H. in Rendsburg selbst befasst. Mit den Arbeiten wird in diesen Tagen begonnen, nachdem Brunnenbohrungen ergeben haben, daß in 50 m Tiefe ausreichend Wasser zur Verfügung steht. Auch hier ist der Kreis bereit, das Erforderliche zur Förderung dieser Kleinsthofsiedlungsbewegung zu tun. Wenn ich dann auf einen der wichtigsten Berufsstände des Kreises, das Handwerk, eingehe, so stelle ich fest, daß wir mit Bedauern davon sprechen müssen, daß die Dinge hier nicht so gut liegen, wie es im Interesse gerade dieses Berufsstandes wünschenswert wäre. Das Handwerk leidet unter den Stockungen, die auf dem Baumarkt zu verzeichnen sind, und es leidet noch weit stärker darunter, daß die Rechnungsbeträge ausserordentlich schleppend bezahlt werden. Ich habe die Gemeinden und Ämter wiederholt ersucht, die Forderungen des Handwerks prompt zu erfüllen. Es geht nicht an, daß diese Berufs- sparte Aussenstände von mehreren Millionen hat. Auf diese Weise muss der beste Betrieb zum Erliegen kommen. Die Industrie des Kreises hat im grossen und ganzen die Rohstoff- und Absatzkrise gemeistert. Trotzdem fürchte ich, daß wir im Westen, wenn nicht im letzten Augen- blick die Ruhrbehörde Einsicht zeigt, Kurzarbeit im Laufe des Winters hier und da ebenso unumgänglich sein wird, wie die Arbeits- einstellung mancher Betriebe. Wir kommen hier auf ein Problem, das ich erst schon angesprochen habe und das überhaupt das schwerste ist, das Problem der Arbeitslosigkeit. Es dreht sich hier nicht um Maschinen - man könnte manchmal glauben, die Arbeitslosenziffern seien zu Maschinen erstarrt -, sondern es dreht sich um Menschen, wobei ich Zahlen nennen könnte, von denen 60 % der Dauerarbeitslosen zu den Heimatvertriebenen zu rechnen sind. Es ist gerade dieser Mensch, dieser Arbeitslose, der jede Anstrengung erfordert, ihm ein unerträgliches Los zu ersparen. Und ich glaube, wenn ich jetzt auf die Schwarzarbeit zu sprechen komme, man sollte sich sehr ernste Gedanken machen, wie man nicht die Symptome, sondern deren Ursachen beseitigt. Sie alle wissen aus der Presse, daß der größte Betrieb des Kreises, die Wumag in Geesthacht, in eine schwere Liquiditätskrise geraten ist. Am 2.7.1951 hatte ich Verhandlungen mit der Direktion im Beisein von Vertretern des Wirtschaftsministeri- ums und der Stadt Geesthacht in Hamburg. Damals sollte die Giesserei, die geplant war, in Geesthacht eingerichtet werden. Damals ist kein Wort davon gefallen, daß sich die Wumag kurz vor einer tödlichen Liquiditätskrise befand. Damals ging es um 100.000,-- DM und einiges noch dazu. Einige Wochen später wurde ich während meines Urlaubs

mit

mit der Nachricht überrascht, daß sich Dinge anbahnten, die 750 Arbeitsplätze und 250 Arbeitsplätze in Zubringerbetrieben gefährdeten. Seien Sie versichert, daß von der Verwaltung aus alles geschehen ist, um von uns aus unsere Forderungen anzumelden. Herr Dr. Siebe hat nicht geruht und gerastet, bis diese Dinge klar gezogen wurden, und ich habe nach meiner Rückkehr das gleiche getan. Der Betriebsrat der Wumag hat sich energisch und mit der nötigen Rücksichtslosigkeit für die Belange der ihm anvertrauten Arbeitskameraden eingesetzt. Selbstverständlich hat das gleiche der Bürgermeister der Stadt Geesthacht getan. Nachdem es ursprünglich schien, daß wir bei der Landesregierung nicht das nötige Verständnis finden würden, dürfen wir jetzt feststellen, daß bis zum 31.10.51 die Dinge normal laufen und das Schlimmste verhütet worden ist. Es sind Bestrebungen im Gange, um dem Betrieb - übrigens dem größten Flüchtlingsbetrieb im Bundesgebiet - einen erfolversprechenden Start zu sichern, ohne daß sich nähere Einzelheiten sagen kann und darf. Ich habe meine kürzliche Reise nach Neuss dazu benutzt, um auch in Bonn auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Herr Ministerpräsident Lübke hat sich dieser Dinge sehr stark angenommen, und auch der Wirtschaftsminister hat mit dem Finanzminister zusammen schliesslich genau wie Hamburg eine Bürgschaft in Höhe von 500.000,-- DM übernommen, und auch die Gläubiger haben Opfer gebracht und auf einen Teil ihrer Sicherheiten verzichtet. Meine Dame, meine Herren! Es dreht sich nicht um einen beliebigen Betrieb, sondern um, wie ich schon sagte, den größten Flüchtlingsbetrieb im Bundesgebiet mit 1.750 Beschäftigten in Hamburg und in Schleswig-Holstein. Ich glaube, daß alles getan worden ist und auch noch weiterhin getan werden muss, um eine Entwicklung zu verhindern, die die Lage in Geesthacht noch mehr verschärft. Wenn es auch manchen Leuten schrill in den Ohren klingen mag: Die Dinge in Geesthacht sind noch nicht bereinigt! Es muss Entscheidendes geschehen, um diese Menschen dort vom Stand der Dauerarbeitslosigkeit herunterzubringen, und es wird geschehen, jedenfalls alles, was möglich ist von der Kreisverwaltung! Ein weiteres Sorgenkind der Industrie ist die Fa. Bauer & Schaurte in Schwarzenbek. Diese Firma zog bekanntlich vor einem Jahr mit dem Rest der Bediensteten und der Maschinen nach Neuss. Die Firma Bauer & Schaurte war früher die größte Schraubenfabrik Europas und ist heute eine Fabrik, die lediglich 2 Konkurrenzbetriebe in Deutschland hat. Sie exportierte früher hauptsächlich in die nordischen Länder, hat heute jedoch dort Schwierigkeiten, weil inzwischen dort eine Schraubenindustrie aufgebaut wurde. Wir konnten es nicht ändern, daß die Firma aus Schwarzenbek verzog. Die Wirtschaft gehorcht anderen Gesetzen. Wir haben uns bemüht, mit dem sehr aktiven Bürgermeister in Schwarzenbek, diese Dinge in Ordnung zu bringen. Ich war mit Herrn Koch in Neuss, um Verhandlungen zu führen. Diese Verhandlungen wurden in Kiel fortgesetzt, hatten aber bisher kein Ergebnis. 12.000 qm Hallenraum und ein riesiges Freigelände stehen hier nun leer. Auch hier wird es nicht einfach sein, die Dinge voranzutreiben und zum Erfolg zu führen und die Gefahr der Arbeitslosigkeit für 100.000 Menschen in Schwarzenbek zu bannen. Bemühungen um die Ansetzung neuer Industrien in Geesthacht, Büchen, Schwarzenbek, Ratzeburg und Lauenburg sind im Gange, zum Teil auf Initiative der Bürgermeister selbst, zum Teil durch Vermittlung der Kreisverwaltung, zum Teil auf Veranlassung der Firmen, denen die Hallen gehören. Über Einzelheiten zu reden, wäre heute zu früh. Wenn ich jetzt bei der Wirtschaft bin, möchte ich noch ein Institut erwähnen, dem unsere besondere Sorge gilt, das ist die Kreissparkasse. Meine Dame, meine Herren! Ich möchte nur einen lapidaren Satz sagen,

nämlich



nämlich folgenden: Unter der neuen Leitung des schon früher bewährten Kreissparkassendirektors Körck besteht kein Grund mehr für eine Voreingenommenheit, die mancherorts bisher bestand. Im übrigen darf ich feststellen, was ich schon in einer Pressekonferenz ausgeführt habe, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie die Koreakrise, die bisher ein Absinken der Spareinlagen zur Folge hatte, überwunden sind, und daß wir ein allmähliches Ansteigen der Spareinlagen wieder zu verzeichnen haben. Seit dem 1.1.1951 hatten wir einen Zuwachs von einer halben Mill. DM. Es wurden 25.000 Sparkonten geführt und rund 10.000 Girokonten. Der Gesamtumsatz wird sich bis Ende 1951 auf rund 325 Mill. DM belaufen. Die Summe der ausgeliehenen Gelder beträgt rund 4,8 Mill. DM und die Höhe der von der Kreissparkasse gegebenen ersten Hypotheken rund 1 Mill. DM. 45 Sparclubs im Kreise haben der Kreissparkasse im Jahre 1950 200.000,-- DM an Spargeldern gebracht. Das Schulsparen bedarf stärkerer Förderung, wie überhaupt der Appell an die Bevölkerung gerichtet werden muss, das Geld aus dem Strumpf zu holen und auf die Sparkasse zu tragen. Es gibt noch viele Leute, die einen erheblich grossen Strumpf bis oben voll gestopft haben. Ich glaube auch, wenn wir die Schwierigkeiten, die ja bei allen Banken und Sparkassen vorliegen, weil wir eine Mill. Mindestreserve, die unverzinslich ist, halten müssen, überwunden haben, daß wir mit Ruhe und Zuversicht der Zukunft entgegensehen können. Leitung, Vorstand und Kreditausschuss der Kreissparkasse werden alles tun, um auch dieses Institut sicher durch die Schwierigkeiten der Zeit zu schleusen. Der K.A. hat sich mit der Schwarzarbeit befasst. Es ist üblich geworden im Kreisausschuss und es hat sehr zur Lebendigkeit der Verhandlungen beigetragen, daß wir uns an Hand von Vorträgen und Berichten von Experten aus allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung usw. ein lebendiges Bild von der zur Beratung anstehenden Angelegenheit zu machen versuchen. Vertreter der Landesregierung sind im K.A. ebenso erschienen, wie Vertreter der Wirtschaft, des Arbeitsamts, der Krankenkassen usw.. Über die Schwarzarbeit wird viel geredet. Sie ist ein Symptom der Schwierigkeiten unserer Zeit. Es wäre verfehlt, vor diesem Problem die Augen zu verschliessen. Ich möchte den Beschluss des Kreisausschusses hier nicht vortragen. Sie finden ihn auf Seite 5 des Kreisausschussprotokolls, das ihnen ja allen zugeht. Eines ist sicher, daß der Schwarzarbeit energisch zu Leibe gegangen werden muss. Sie muss aber hauptsächlich dadurch unmöglich gemacht werden, daß Arbeitsplätze und zwar Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Darauf sollten unser aller Anstrengungen gerichtet sein. Ich muss noch ansprechen die Genehmigungen nach dem Einzelhandelsschutzgesetz und die Zulassung von Filialbetrieben. Grundgesetz und Rechtssprechung stehen auf dem Standpunkt absoluter Gewerbefreiheit, einer Gewerbefreiheit, die nur noch beschränkt ist insoweit, als die Eignung nach dem Einzelhandelsschutzgesetz zu prüfen ist, das Bedürfnis aber nicht. Wir stehen vor einer Inflation von Einzelhandelsbetrieben jeder Sparte und sind Gott sei's geklagt im Kreisausschuss nicht in der Lage, dieser Dinge Herr zu werden. Es häufen sich vor allem die Filialbetriebe. Ich will niemandem eine Vorschrift machen, ob er in einer Stadt wie Ratzeburg neben einem bestehenden Geschäft noch ein weiteres Geschäft aufmachen darf, vor allem nicht in normalen Zeiten. Aber wir haben nicht normale Zeiten! Man sollte zufrieden sein, und auch anderen die Möglichkeit geben, etwas zu bekommen, und aus diesem Grunde, wenn man schon die gesetzlichen Bestimmungen nicht gegen sich anwenden lassen darf, menschlich sein, indem man mit dem zufrieden ist, was man hat. Es reicht aber nicht, man muss eben mehr haben. Die Gemeinden werden die Filialsteuer einführen. Man trifft damit aber nur diejenigen, die ausserhalb der Gemeinde den Sitz der Betriebsstätte haben. Der anderen Dinge müssen wir Herr Werden.

Wenn

Wenn die Landesregierung nicht mitwachen will, dann müssen wir eben - die Wirtschaft scheint selber kein Interesse zu haben - die Dinge rangieren. Ich habe mich jedenfalls teilweise von der Notwendigkeit zu einem Vorgehen überzeugen lassen. Wir müssen nackte Tatsachen schaffen, denn es ist ja heute so, dass die Menschen sich erst entschliessen zu sehen, nachdem sie gefühlt haben. Wir müssen auf diese Tatsachen hinweisen. Die Torfwerbung. Die Torfwerbung hat insgesamt 7.059 Ztr. erbracht mit einer Einnahme von 16.135,-- DM. Ausgegeben wurden 15.113,15 DM, sodass wir einen kleinen Überschuss von 1.000,-- DM erzielt haben, den wir uns für die Vernichtung der Moorfläche zugute rechnen dürfen. Der Torf ist restlos verkauft, die Angelegenheit ist damit insoweit erledigt. Nicht erledigt ist bisher das Anlaufen des Betriebes Blankenhaus, Braasch & Co. mit der der Kreis einen Vertrag über die Ausbeutung des Koberger Moors geschlossen hat. Die Firma beabsichtigt, Torfbriketts mit einem Kaloriengehalt von 5.000 Einheiten herzustellen. Das sind 1.000 Kalorien mehr als bei normalen Braunkohlenbriketts. Es handelt sich um eine durchlaufende Produktion dadurch, daß die Torfmasse künstlich getrocknet und dann gepresst wird. Der Kreisausschuss stimmt einer Ausbreitung des Betriebes zu unter der Bedingung, daß 7.000 t der Produktion restlos im Kreise verbleiben. Wir bekommen damit einige hochwillkommene zusätzliche Brennstoffe und hoffen, daß diese Produktion baldigst anläuft. Zur Fremdenverkehrswerbung. Meine Dame, meine Herren! Für mich ist dies ein heisses Eisen, denn auf diesem Gebiet soll ich einmal im Kreistag entgleist sein. Ich empfinde das Eisen aber nicht als zu heiss und darum spreche ich es wieder an. Wir haben infolge der Werbung, der intensiven Werbung, durch Städte und Gemeinden des Kreises eine ganz erhebliche Zunahme des Fremdenverkehrs in diesem Sommer zu verzeichnen gehabt. Hinzu kam, daß die Fertigstellung der Elbbrücke den Verkehr aus den südlichen Teilen des Reiches - vorläufig heisst es noch Bund - in starkem Masse durch unseren Kreis gelenkt hat. Wir haben uns bemüht, diese Fremden so gastlich wie möglich aufzunehmen, und ich glaube, die Beherbergungsbetriebe und Gaststätten sind mit den Erfolgen dieses Sommers alles in allem sehr zufrieden, und ich glaube, auch besonders in Ratzeburg. Es bleibt aber noch sehr viel zu tun übrig. Ich habe in einer früheren Kreistags-sitzung angekündigt, daß eine Kommission bestehend aus Kreistagsabgeordneten und Bediensteten der Verwaltung eine Anzahl von Betrieben im Kreise überprüfen würde. Diese Überprüfung hat in einem Umfang von 70 Betrieben in diesem Sommer stattgefunden. Die Ergebnisse liegen vor. Wir haben eine überraschend hohe Anzahl ausgezeichnete Gaststätten im Kreise, das sei ausdrücklich festgestellt, in denen der Gast nicht Ausbeutungsobjekt sondern ein willkommener Mensch ist, der den früher etwas dünnen Suppentopf ganz nett mit Fett anfüllt. Es gibt aber auch eine Anzahl von Gaststätten im Kreise, leider auch, wenn auch nur in einzelnen Fällen, in den Städten, die den Anforderungen des modernen Fremdenverkehrs nicht genügen. Wenn Sie Wert darauf legen, kann Ihnen Herr Ditz einen anschaulichen Bericht geben. Einzelheiten will ich Ihnen vorenthalten. Was angetroffen wurde, hat aber mit einer Visitenkarte des Kreises nichts zu tun. Ich freue mich, daß der Kreiswirtsverein an dieser Gaststättenbesichtigung teilgenommen hat und sich von den Zuständen selber überzeugt hat. Ich hoffe auch, daß sich manches ändern wird. Es muss sich auch manches ändern, sonst geraten diese Gaststätten unter den Über eines möchte ich keinen Zweifel lassen: Wenn diese Gaststättenbesitzer auf dem Lande glauben, daß Niveau ihres Betriebes sei dem Niveau des flachen Landes angemessen, so glaube ich, werden Sie sich irren. Die Zahl derer ist im zunehmen, die dieselben Anforderungen

für

für das Land stellen, wie sie in den Städten erwartet werden. Es werden diejenigen Gaststätten verschwinden und renoviert werden, die als Visitenkarte nicht gelten können. Der Kreisausschuss ist im übrigen grundsätzlich entschlossen, Konzessionen nur zu erteilen an die, die entweder die Vorbildungsanforderungen an diesen Beruf erfüllen, oder bereit sind, in einer bestimmten Zeit eine Prüfung abzulegen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Gaststättenberuf auf diese Vorbildung verzichtet. Sie ist Voraussetzung. Und ich glaube, von Gaststätten in Ratzeburg und den Städten und Gemeinden des Kreises sagen zu dürfen, dass die hervorragende Ausstattung und Leitung der Betriebe nur möglich war durch die hervorragende Ausbildung der Inhaber dieser Betriebe. Wenn ich zum Schluss auf die Verwaltung selbst zu sprechen komme, so möchte ich Ihnen zunächst einige neue Herren vorstellen, die im Kreisbetrieb bzw. in der Kreisverwaltung oder in Anstalten z.Zt. an der Spitze stehen bzw. dahin berufen sind. Ich möchte zunächst Herrn Sparkassendirektor Körck vorstellen, den die meisten von Ihnen nicht kennen, der aber früher bereits an der Spitze der Kreissparkasse gestanden hat und die Leitung nunmehr ab 1.7.1951 wieder übernahm. Ich möchte Ihnen weiter den kom. Leiter der Kreisberufsschule, Herrn Prof. Jennet, vorstellen, der seit kurzem zunächst kommissarisch die Leitung der Kreisberufsschule übernommen hat, nachdem der derzeitige Direktor sich aus Gesundheitsgründen entschlossen hat, in den Ruhestand zu treten. Der Kreistag wird sich demnächst mit der endgültigen Wahl des Direktors der Kreisberufsschule zu beschäftigen haben, wenn auch der Berufsschuldirektor Landesbeamter ist und vom Lande ernannt wird. Ich möchte Ihnen weiter den Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Baurat Fuehr, Herrn Dr. Nohse, vorstellen, der kürzlich vom Kreisausschuss einstimmig gewählt wurde, einstimmig auch durch die anwesenden Mitglieder des Personalausschusses, und der sein Amt am 17.9.1951 angetreten hat. Es wird Ihnen, Herr Dr. Nohse, sicherlich gelingen, die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiet sehr umfangreich vertreten sind, in recht kurzer Zeit zu meistern und eine völlig gerade Linie in diesen Zweig der Kreisverwaltung zu bringen. Meine Dame, meine Herren! Die Kreisberufsschule in Geesthacht ist fertig. Wir haben bisher davon abgesehen, sie offiziell einzuweihen. Nehmen Sie mir die Offenheit nicht übel: Es wird viel zu viel gefeiert. Wir müssen arbeiten.

Abg. Scheibe: Wir sind doch erst bei F angelangt.

Der Landrat: Die Planung für die Kreisberufsschule in Mölln läuft. Der Kreistag wird sich in der nächsten Sitzung damit befassen müssen. Der Kreisausschuss hat sich in einem Unterausschuss damit befasst, und die Schulpflegschaft wird in Kürze damit befasst werden. Ein unerfreuliches Kapitel ist die Frage der Einrichtung des Heimatmuseums. Seit Jahr und Tag liegen die wertvollen Gegenstände aus der Lauenburgischen Geschichte immer noch in einem Raum der Below-Kaserne. Wir bemühen uns seit einem Jahr, einen Teil der Dompropstei, der als Lager für Zement und Baustoffe dient, für diesen Zweck zu bekommen, um ihn mit den vom Kreistag bereitgestellten Mitteln zunächst zu einem kleinen Heimatmuseum umbauen zu können. Die Landesregierung hat sich bisher nicht entschliessen können - sie ist Eigentümer des Doms und der Dompropstei - ,uns dieses Gebäude für Museumszwecke freizugeben. Ich richte von dieser Stelle - ich habe es Herrn Minister Dr. Dr. Pagel vor kurzem erneut gesagt - an die Landesregierung die dringende Bitte, dieses Gebäude zur Verfügung zu stellen, damit wir auf diesem Gebiet unsere Aufgaben als einer der traditionsreichsten Kreise Schleswig-Holsteins wieder erfüllen können.

Ich

Ich kann nicht finden - ich habe längere Besprechungen mit dem Herrn Dompropsten gehabt -, daß die Interessen der Kirche hierdurch in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden, weil, wenn die Kirche später andere Absichten dort durchsetzen will, jeder Zeit die Möglichkeit besteht, diese Räume auch nach einem Umbau wieder kirchlicher Zwecken zuzuführen. Wenn die Kirche das kann, dann werden wir auch ein Kulturhaus bauen und einrichten können. Meine Dame, meine Herren! Der Kreistag findet aus Anlass der Eröffnung der Kreiskulturwoche gerade heute statt. Der Kreis ist sich - und darüber wird noch mehr zu sagen sein - der Pflichten bewusst, die seiner Tradition entspringen. Um die bildenden Künste, die im Kreise so zahlreiche Vertreter haben, oder die Laienspiele oder die Lehrer und Eltern, die in den Volkshochschulen am Wohle der Jugend und der Menschen im Kreise arbeiten, um alle diese Dinge vor einem grösseren Forum klarzulegen, haben wir, wenn auch unter erheblichen finanziellen Bedenken, die Kreiskulturwoche vorbereitet und wollen sie heute eröffnen. Ich darf Sie bitten, nachher selber die sehr beachtliche Ausstellung zu besichtigen und überall in Ihren Orten dafür zu werben, daß die Kunstaussstellung den Besuch erfährt, den sie verdient. Ich bin damit am Schluss meiner Ausführungen, möchte Ihnen aber noch folgendes sagen. Ich fürchte, wir werden schweren Monaten entgegengehen. Und wenn auch nicht alles so heiss gegessen wird, wie es gekocht worden ist, so müssen wir auch wachsam und aktiv sein, um mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, die der Winter uns bringen wird. Ich habe die Hoffnung und das Vertrauen, daß die Zusammenarbeit und Sachlichkeit, die zwischen dem Kreistag, den Ausschüssen und der Verwaltung so ausgezeichnet ist, gerade auch dann von Bestand bleiben wird und daß uns alle nur eine einzige Aufgabe beseelt: Der Glaube und der Dienst an Deutschland.

Der Kreispräsident: Wir danken Ihnen für Ihre Ausführungen, Herr Landrat. Ich begrüße Herrn Brigadier Allison, der inzwischen erschienen ist. Ich danke Ihnen, Herr Brigadier, daß Sie zu uns gekommen sind und unserer Arbeit wie stets Interesse entgegenbringen. Meine Dame und meine Herren! Wird zu den Ausführungen des Herrn Landrats das Wort gewünscht?

Abg. Kette: Der gute Wille des Herrn Landrats, für den Kreis Arbeitsplätze zu beschaffen, besonders in den schlechten Gebieten wie Geesthacht und Schwarzenbek ist anzuerkennen. Dem guten Willen des Herrn Landrats steht jedoch die eigenartige Politik der Kreditrestriktionen der Bank deutscher Länder entgegen. Auch der Herr Landrat vermag gegen diese Politik nicht anzugehen. Meine Damen und Herren! Die Politik der Geldbewegung ist in einem Lande von ausserordentlich hoher Wichtigkeit. Ich möchte einmal auf die Geldpolitik der schwedischen sozialdemokratischen Reichsregierung eingehen. Diese sozialdemokratische Reichsregierung in Schweden, die glücklicherweise von einsichtsvollen Sozialdemokraten gebildet wird, geht darauf aus, der Wirtschaft soviel Geld zur Verfügung zu stellen, daß die Reichsregierung eine Politik des Wohlstandes betreiben kann. Durch Kreditrestriktionen wird die Wirtschaft lahm gelegt und nicht gefördert und das sind für Bonn und Frankfurt parlamentarische Gesichtspunkte von einschneidender Bedeutung. Meine Damen und Herren! Wenn wir der Arbeitslosigkeit erfolgreich begegnen wollen, dann können wir uns nicht dieser Mittel bedienen, denn wir werden stecken bleiben. Soforthilfe, ja die Mittel fließen so spärlich und so langsam, daß von einer Soforthilfe nicht die Rede sein kann. Meine Damen und Herren! Die Geschädigten aller Kategorien sind also gezwungen, Zuflucht zu privaten Geldern zu nehmen, und da dürfen wir feststellen, daß der Zinssatz so um 14 % herum liegt. Es ist ein Unding, wenn die Staatsführung den Geschädigten zumutet, solche Belastungen auf sich zu nehmen, um die verlorene Existenz wieder aufzubauen. Die Mittel, die aus der Soforthilfe fließen, sind

sehr

sehr gering, sehr spärlich, dafür allerdings sehr billig, denn 2 % Zinsen sind jedem zuzumuten. Der Kreisausschuss aber insbesondere sollte doch versuchen, sich bei der Landesregierung hinsichtlich einer besseren Flüssigmachung der Mittel lebhaft ins Zeug zu setzen, damit unser Grenzlandkreis hier etwas stärker in wirtschaftlicher Beziehung gefördert wird.

Abg. Dörries: Wir haben Kenntnis davon genommen, daß der Landrat sich eingangs seiner Ausführungen wärmstens der Interessen unserer Jugend annahm. Es steht ausser Zweifel, daß sich die Jugendbewegung im Kreise mehr und mehr entwickelt. Eins ist es aber, was diese Entwicklung hemmt, und zwar die Tatsache, daß es an vielen Orten an den notwendigen Räumlichkeiten fehlt. In Lauenburg tagen die Jugendgruppen im Schützenhaus in der Schießhalle. Dieser Raum wird den Jugendgruppen verlorengelassen, weil er an die Schützenvereinigung zurückgegeben werden muss. Geeignete Räume stehen auch in Schwarzenbek und auch in anderen Orten nicht zur Verfügung. Es wäre für den Kreis eine dankbare Aufgabe, sich bei den zuständigen Stellen mehr als bisher dafür einzusetzen, daß für die Schaffung von Jugendheimen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Vielleicht kann der Kreis selbst aus seinem Etat die Gemeinden und Städte, die nicht über genügend Mittel verfügen, finanziell unterstützen. Ich möchte sagen, daß man evtl. den Fonds für das Jugendwandern kürzen könnte, ihn aber nur deshalb schmälert, um für die Schaffung von Jugendheimen Mittel zu erhalten. Richtig und schön wäre es, wenn man beiden Erfordernissen in gleicher Weise Rechnung tragen könnte. Ich darf auch damit eine andere Sache in Zusammenhang bringen. Aus den Ausführungen des Herrn Landrats ging hervor, daß geeignete Räumlichkeiten für die Wiedereinrichtung des Heimatmuseums fehlen. Gewiss, das ist eine dankbare und notwendige Aufgabe. Wenn hierfür aber erhebliche Mittel zur Verfügung stehen und aufgewendet werden müssen, so glaube ich, sie wären besser angewendet für die Schaffung von Jugendheimen. Ich will hier nicht einen Antrag stellen, möchte aber Verwaltung und Kreisausschuss bitten, der Frage der Schaffung von Jugendheimen entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken. Die Neufestsetzung der Domänenpachten haben wir schon früher behandelt. Bisher aber sind wir zu greifbaren Ergebnissen nicht gekommen. Alle Beteiligten sind sich darüber einig, daß recht bald etwas geschehen muss, damit angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten und der vermehrten Aufgaben, die an den Kreis gestellt werden, aus diesem wertvollen Vermögen des Kreises etwas höhere Erträge herausgeholt werden.

Ich

19

Ich möchte in diesem Zusammenhange der Kreisverwaltung doch einmal ernstlich empfehlen, sich in anderen Ländern umzuhören und einmal festzustellen, wie die Domänen dort sich rentieren, die in die eigene Regie übergangen. Ich könnte mir vorstellen, wenn man auf einer Domäne einen tüchtigen Verwalter einsetzt, daß dieser im Interesse des Kreises bei der heutigen Situation tatsächlich auch entsprechende Ergebnisse erzielen müßte. Nach meiner Auffassung müßte dieser Verwalter zumindest soviel herausholen oder mehr, als zur Zeit unsere Domänen für den Kreis abwerfen. Ich darf den Kreisausschuss bitten, sich mit dieser Frage zu befassen. Es gibt in anderen Kreisen oder anderen Ländern doch Domänen, die vom Staat selbst verwaltet werden. Es wäre interessant, wenn wir über die von mir angeregten Nachforschungen gelegentlich hören könnten. Die Förderung der Wirtschaft des Kreises bzw. die Ansiedlung neuer Betriebe wird ebenfalls nun schon seit Jahren von allen zuständigen Kreisstellen mit dem nötigen Nachdruck betrieben. Aber eines stelle ich mit Bedauern fest, daß wohl bisher noch nicht ein einziges Mal irgendeine Stelle der Bundesregierung es für notwendig gehalten hat, sich im Landkreise Lauenburg an Ort und Stelle von den tatsächlichen Verhältnissen zu überzeugen. Ich bin der Meinung, daß, wenn sich die Bundesregierung selbst mit dem nötigen Interesse um die Belange in unserem notleidenden Kreise Lauenburg kümmern würde, dann müßte es mit Hilfe der Bundesregierung möglich sein, die Industriegebiete in Geesthacht und insbesondere auch in Schwarzenbek mit neuen Unternehmen zu besetzen. Es entzieht sich meiner Kenntnis, daß jemals jemand aus Bonn hier gewesen ist. Man hat sich um das Notstandsgebiet Salzgitter gekümmert und mit Hilfe der Bundesregierung dort etwas geschaffen. Ich glaube, wir sollten von dieser Stelle aus energisch verlangen, daß man von Bonn sich hier in Geesthacht und in unserem Kreise Lauenburg zeigt. Ich will meine Ausführungen nicht zu lange ausdehnen. Ich möchte noch auf eines eingehen, und zwar auf die Entwicklung des Einzelhandels und auch der Gaststätten. Ich stelle jeweils mit eigenartigem Gefühl fest, daß immer wieder Anträge bei mir einlaufen. Wenn ich Stellung nehmen soll zur Erteilung einer neuen Gaststättenkonzession im allgemeinen, geht meine Stellungnahme dahin, daß ich es nicht vertreten kann, daß wir die Konzessionen nicht erweitern. Nach meiner Auffassung ist gerade das Gaststättengewerbe schon reichlich überbesetzt, und es ist nicht zu vertreten, daß noch neue Stätten geschaffen werden und dadurch die alten vielleicht in ihrer Leistungsfähigkeit eine Beschränkung erleiden. Ich bin kürzlich durch Mölln gegangen und zwar an einem Dienstagabend. Ich habe so von draussen in die Gaststätten geschaut und festgestellt, daß im allgemeinen eine gähnende Leere vorhanden war. Gerade die Überbesetzung führt nicht zuletzt auch vielleicht zu überhöhten Preisen, die der Gast zu zahlen hat. Sie führt nicht zuletzt dazu, daß also Gaststätteninhaber, die vielleicht ihre Gaststätten einrichten wollen, wie es für den Gast wünschenswert erscheint, hierzu nicht in der Lage sind, weil möglicherweise die Konkurrenz zu gross ist. Ich glaube, ich bin mit dem Herrn Landrat angesichts seiner Ausführungen einig, daß man hier wirklich weitgehende Beschränkung üben sollte. Zuletzt auch im Interesse der in den Gaststätten Beschäftigten, die durch diese ständige Ausdehnung des Gewerbes zu leiden haben. Ich bin der Meinung, wenn ich als Gewerkschaftler spreche, daß in den meisten Fällen den in den Gaststätten beschäftigten Arbeitnehmern nicht das zugebilligt wird, was ihnen an sich zusteht. Ich kann mir vorstellen, wenn sie dieses fordern, daß dann die Gaststätten ernstlich gefährdet sind. Vielleicht wäre das ein gesunder Ausleseprozess, wobei eine grosse Zahl Läden dicht machen müßten. Aber vielleicht kommen wir auf diese Angelegenheit der Ausdehnung des Handels noch zu sprechen bei der Begründung des Antrages über die Preisüberwachung. Eines möchte ich

noch

noch kurzerwähnen, die Kohlenschwierigkeiten. Ich möchte die zuständigen Stellen bitten, bei der Entscheidung über die Zumessung der Quoten die einzelnen Anträge ganz individuell zu überprüfen. Es gibt Betriebe, die auf Grund ihrer ganzen Struktur und der sich ergebenden Produktionsnotwendigkeiten einer besseren Belieferung bedürfen als vielleicht andere. Ich darf hier darauf hinweisen, auf das, was mir kürzlich ein Unternehmer sagte, der seine Not hatte mit der Beschaffung der Kohlen. Er sagte mir, in den Verwaltungen habe er beobachtet, daß die Fenster und Türen wegen Überheizung geöffnet seien und daß auf der anderen Seite nicht die Kohlen zur Verfügung stehen, die wir brauchen. Ich bin natürlich davon überzeugt, daß die Einsparungen, die man hier erzielen kann, nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf unserer Wirtschaft an Kohle zu decken. Ich bin natürlich mit diesem Unternehmer der Meinung, daß, wenn seine Kritik zurecht besteht - ich vermag es nicht zu beurteilen - dieser Beachtung geschenkt werden sollte. Abschliessend möchte ich eingehen auf die letzte Sitzung des Kreisausschusses mit den Teilnehmern einzelner Wirtschaftsverbände. Meine Damen und Herren! Es muss mich als Spitzenvertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes ausserordentlich befremden, daß man neuerdings den Deutschen Gewerkschaftsbund anscheinend nicht mehr als eine wirtschaftliche Vereinigung ansieht. Ich bin der Meinung, daß wir mit unserem fast 12.000 Mitgliedern in wirtschaftlicher Beziehung eine ganz beachtliche Rolle spielen und eine gewisse Bedeutung haben. Ich möchte auch hier dem Kreisausschuss empfehlen festzustellen, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaft als solche als wirtschaftliche Vereinigung anzusehen ist und es generell wünschen, daß, wenn Wirtschaftsverbände zusammengerufen werden, auch der Deutsche Gewerkschaftsbund zu rufen ist. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es dabei nicht um meine Person geht, die sich nach Arbeit drängt. Es ist eine grundsätzliche Frage und ich möchte also nochmals bitten, daß man dieser Frage die Beachtung schenkt. Kürzlich sind nach den Berichten, die neuen Siedlungen besichtigt worden. Es steht in dem Bericht, daß dort Vertreter der Bauernkammer teilnahmen. Man hat es nicht für nötig gehalten, auch einen Vertreter der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, die ebenfalls paritätisch in der Bauernkammer sitzt, mit heranzuziehen. Ich bin der Meinung, daß auch hier die Vertreter der Arbeitnehmer daran interessiert sind, wie es auf den Siedlungen aussieht, denn, wenn sie in den zuständigen Organen der Bauernkammer objektive Urteile abgeben sollen, dann muss man die Möglichkeit haben, die Dinge auch örtlich mit in Augenschein zu nehmen. Ich darf bitten, daß diese Unterlassung, die sich ergeben hat, in Zukunft unterbleibt und dieser Frage etwas mehr Beachtung geschenkt wird.

Abg. Borchert: Der Herr Landrat hat die wirtschaftliche Situation des Kreises sehr weitgehend gestreift. Im wesentlichen ist für die wirtschaftliche Situation beachtlich, daß für die sehr hohe Anzahl von Arbeitslosen in Geesthacht und Schwarzenbek ausgedehnte Fabrikhallen und Baulichkeiten zur Verfügung stehen. Die Bestrebungen der einzelnen Gemeinden, diese Arbeitslosigkeit zu beheben, haben sich auf vielfältigen Gebieten gezeigt. Ich möchte insbesondere auf einiges in der Gemeinde Schwarzenbek verweisen. Der Arbeitslosigkeit im südlichen Teil des Kreises könnte stark begegnet werden, wenn es gelingt, die Verkehrsverbindung nach Hamburg günstiger zu gestalten als bisher. Der Vorortverkehr, der bisher nur bis Friedrichsruh geht, ist sehr hinderlich für die Arbeitnehmer aus Schwarzenbek, die in Hamburg arbeiten. Die Bestrebungen, diesen Vorortverkehr bis Schwarzenbek weiterzuverlegen, müssen von der Kreisverwaltung auf das Stärkste unterstützt werden. Durch eine Erweiterung des Vorortverkehrs könnte eine Unterbringung von Arbeitslosen auf dem Hamburger Arbeitsmarkt sehr erleichtert werden. Bei der Wiederbesetzung der

leerstehenden

leerstehenden Hallen im südlichen Teil des Kreises, die in Zukunft wahrscheinlich günstiger zu beurteilen ist als bisher, müssen wir uns folgendes vor Augen halten: Die Gemeinde Schwarzenbek ist durch die seinerzeitige Verlegung eines Teils des Werkes von Bauer & Schaurte nach Schwarzenbek aus einer ländlichen Gemeinde zu einer kleinstädtischen Gemeinde aufgerückt; Sie wird immer auf eine gewisse Industrie angewiesen sein. Bei der Neuansetzung von Industrien wird es wichtig sein zu berücksichtigen, daß das Werk von Bauer und Schaurte einmal im Zuge der Aufrüstung nach Schwarzenbek gekommen ist und an und für sich in dieser Gegend wesensfremd ist. Nach der Kapitulation wanderte dieser Betrieb ab. Durch den verstärkten Einbau des Bundes in die Aufrüstungspläne der westlichen Staaten wird nach meiner Auffassung eine sehr starke Nachfrage nach Fabrikräumen wieder einsetzen, und es wird möglich sein, auch in Schwarzenbek irgendwelche Industrie wiederanzusetzen. Es liegt aber, glaube ich hier sagen zu können, nicht in unserem Interesse, in Zukunft wieder Industrien in diese Hallen hineinzustecken, die nur für die Aufrüstung arbeiten, denn dann werden wir uns über kurz oder lang wieder einmal vor die Aufgabe gestellt sehen, neue Industrien finden zu müssen. Denn wenn diese Konjunktur verbraucht ist, werden diese Betriebe wieder abziehen. Wenn wir die Möglichkeit haben, diese Dinge zu forcieren, so müssen wir darauf hinweisen, entweder Industrien anzusetzen, deren Rohstoffbasis zu verlegen ist oder Industrien, die die Nähe der Häfen suchen, oder ~~Intensive~~ intensive Industrien, die die günstigen Lohnbedingungen in Schleswig-Holstein suchen. Nur so wird es möglich sein, auch in Zukunft bleibende Industrien zu bekommen, die nicht bei irgendwelchen Anlässen oder einem Umschwung in der Wirtschaftslage dann wieder abziehen.

(Der Kreispräsident verlässt vorübergehend die Sitzung, den Vorsitz übernimmt der stellvertr. Vorsitzende, Abg. Bräutigam).
 Abg. Franck: Das Arbeitsgebiet der Kreisverwaltung ist viel zu umfangreich, als daß der Landrat einen vollständigen Bericht jeweils dem Kreistag präsentieren könnte. Ein Gebiet müßte aber heute angeschnitten werden. Aus Pressemeldungen haben Sie alle gesehen, daß die Seuchelage in unserem Kreise nicht so ganz befriedigend ist. Die Berichte über das Auftauchen der Kinderlähmung im Kreise haben in der Bevölkerung Unruhe erzeugt ebenso wie die Berichte über das Wiederaufflackern der Tollwut. Ich würde es begrüßen, wenn der Kreistag über den Stand der Seucheneindämmung und der Bekämpfungsmassnahmen unterrichtet würde.

Abg. Dörries: Ich weiss nicht, ob der Kreis bzw. das Wirtschaftsförderungsamt Meldungen bekommt über die Auswirkungen des Mangels an Kohle und Material. Wenn das nicht der Fall ist, wird es zweckmässig sein, daß das Amt sich von Betrieben, von Gemeinden und Ämtern etwaige Zahlen melden läßt, damit ein genauer Überblick besteht, denn nur der genaue Überblick gibt letzten Endes auch die Grundlage, um mit dem nötigen Nachdruck diesbezügliche Forderungen bei den zuständigen Stellen anzubringen.

(Der Kreispräsident ist wieder zugegen und übernimmt den Vorsitz).
 Der Landrat: Herr Abg. Dörries, Sie hatten mit Recht das Fehlen der Räume für die Jugend, das Fehlen von Jugendheimen angesprochen. Ich darf Ihnen sagen, daß wir im Kreisausschuss bei der Beratung der Vorschläge über die Zuweisung von Mitteln, die wir für den Zonengrenzkreis Herzogtum Lauenburg aus dem Bundesjugendplan angefordert haben, diesem Kapitel größte Aufmerksamkeit gewidmet und beantragt haben, die Jugendherberge in Lauenburg aus diesen Mitteln wieder aufzubauen. Daneben haben wir Mittel angefordert für die Schaffung von Jugendheimen. Wir hoffen, daß die endlosen Verhandlungen über ein Teilweises Abziehen der Mittel aus dem süd-schleswigschen Raum bald zu einem befriedigenden Ergebnis kommen und uns

in

in absehbarer Zeit ermöglichen werden, etwas zu tun. Ich halte diese Massnahme in Lauenburg und die Schaffung von Jugendheimen für wichtiger als die Schaffung eines internationalen Jugendheims in Wohltorf am Tonteich, das Hunderttausende gekostet hätte und auch in der Folge dem Kreis sehr teuer gekommen wäre. Wenn Sie weiter meinten, es wäre zu überlegen, die Domänen in eigene Regie, also in Selbstbewirtschaftung zu nehmen, so darf ich Ihnen aus meinen Erfahrungen und nach den Feststellungen in Niedersachsen antworten, daß dabei nach meiner Meinung nichts herauskommt. Alle grossen Erfolge, insbesondere in einer Zeit wie der heutigen mit ihren labilen Wirtschaftsverhältnissen, sind in erster Linie Erfolge der eigenschöpferischen Persönlichkeit, die auf einem solchen Betrieb sitzt. Hochintensive Domänen zu verwalten, ist nicht leicht, das kann man auch nicht unter der Leitung des Kreistags oder des Kreisausschusses machen, denn die wirtschaftende Persönlichkeit wäre immer an unsere Weisungen gebunden, sondern man kann es nur machen, wenn man als Betriebsführer den Sprung ins Ungewisse wagt, wie jeder im Wirtschaftsleben Stehende es heute recht häufig tun muss, ein solches Risiko nimmt aber eine Körperschaft nur dann auf sich, wenn sie 100%iges Vertrauen zu einer solchen Persönlichkeit hat. In Niedersachsen sind fast keine Domänen in Selbstbewirtschaftung. In Mecklenburg war es von 340 Domänen nur eine einzige. Sie haben mit Recht bemängelt, daß sich noch keine Stelle der Bundesregierung sehen liess um sich für das Notstandsgebiet im Kreise zu interessieren. Das war aber der Grund meines Besuches im Bundeswirtschaftsministerium, der an sich nicht zulässig war, als ich dazu der Zustimmung des Schleswig-Holsteinischen Wirtschaftsministeriums bedurft hätte, die aber nicht eingeholt werden konnte. Ich habe dem Sachbearbeiter, der früher in der Schleswig-Holsteinischen Landeskanzlei war, Herrn Dr. Rauh, auch diesen Punkt auseinandergesetzt und habe ihm als spezifischem Kenner der Schleswig-Holsteinischen Verhältnisse dringend nahegelegt, daß man nicht von Bonn oder vom Kohlenpott aus sondern vom Flüchtlingsland Schleswig-Holstein her die Dinge ansieht, das andere Maßstäbe verlangen kann als das Ruhrgebiet. Dann muss ich Ihnen leider Recht geben, wenn Sie bemängelt haben, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund zu der Sitzung nicht eingeladen war, die sich mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit befasste. Ich habe das Versäumnis bei Ihnen noch schriftlich zu entschuldigen und werde das noch nachholen. Entnehmen Sie aber bitte nicht daraus, daß diese Unterlassung eine Mißachtung Ihres Bundes oder seiner Aufgaben bedeutet. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ~~man~~ eine Organisation wie den Deutschen Gewerkschaftsbund nicht übersehen kann bei derartigen Verhandlungen und darf Ihnen versprechen, daß dieses Versehen nicht wieder vorkommt. Ich habe für diese Unterlassung den Kopf hinzuhalten und tue es hiermit. Wenn Herr Abg. Borchert darauf hingewiesen hat, daß die Verkehrsverbindungen nach Schwarzenbek dringend einer Verbesserung bedürfen, so kann ich dazu nur sagen, daß dieser Punkt ein Grund für Herrn Bürgermeister Koch und mich war, diese Dinge bei der Bundesverkehrsdirektion in Offenbach vorzutragen. Wir haben dort nicht das erforderliche Verständnis gefunden. Man sagte uns, wenn wir das machen, dann bekommen wir im Ruhrgebiet und in Bayern Berufungen. Wir wollen uns aber nicht mit Maßstäben des Ruhrgebiets messen lassen, wo es keine Erwerbslosen gibt und wo eine wirtschaftliche Konjunktur festzustellen ist, während bei uns ganz andere Verhältnisse in Schwarzenbek, Geesthacht und in anderen Städten vorliegen. Herr Koch war erneut bei der Bundesbahndirektion in Hamburg vorstellig und wir haben die Hoffnung, daß wir mit restloser Zustimmung der Hamburger Stellen Boden gewinnen und endlich erreichen, daß Schwarzenbek in den Vorortverkehr miteinbezogen wird.

Abg.

Abg. Bung: Es wird recht schwer sein, das durchzusetzen.
 Der Landrat: Das ist nicht so schwer. Die Verwendung der Hallen von Bauer & Schaurte in Schwarzenbek war Gegenstand eingehender Erörterungen in Neuss mit der Direktion des Werkes. Herr Dr. Schaurte war für mehrere Monate ins Ausland geflogen. Wir haben dann mit Herrn Dr. Klauke, der Ihnen ja aus Schwarzenbek bekannt ist, dort über die Dinge verhandelt. Ich würde Geheimnisse dieser Firma preisgeben, wenn ich über die gepflogenen Verhandlungen mit ausländischen Stellen, die hoffentlich erfolgreich verlaufen, im einzelnen berichten würde. Es ist nichts versäumt worden, und ich habe auch Herrn Bundeswirtschaftsminister Erhard anlässlich seiner Rede vor Wirtschaftskreise-n in Kiel, wo ich mit dem Herrn Kreispräsidenten anwesend war, nachdrücklichst auf die Verhältnisse in Schwarzenbek hingewiesen, worauf er sich orientiert zeigte. Wir wollen aber nicht darüber im unklaren sein, daß es nicht so einfach ist, Werke der Schwerindustrie nach Schleswig-Holstein zu bekommen, weil wir dem Stahl und der Kohle reichlich fern sitzen und obwohl wir auf der anderen Seite eine große Anzahl von sehr guten Facharbeitern in Schwarzenbek und Geesthacht haben. Trotzdem müssen die Bemühungen noch verstärkt werden. Im Ruhrgebiet wird eine Fabrik nach der anderen aus den Trümmern heraus aufgebaut, während hier die fertigen Hallen leer stehen. Wir haben nun aber alle zuständigen Stellen aufmerksam gemacht und werden dies noch fortsetzen. Herr Abg. Bürgermeister Franck hat sich besorgt gezeigt über das erneute Aufflackern der Tollwut. Ich darf Ihnen antworten, Herr Franck, daß wir nicht so glücklich daran sind wie der Kreis Stormarn. Wir sind Grenzkreis und, da in Mecklenburg die Bekämpfungsmassnahmen nicht mit der nötigen Energie durchgeführt werden, werden wir auch noch in der weiteren Zukunft immer wieder mit tollwütigen Füchsen und Dachsen versorgt werden. Herr Dr. Wulfsberg könnte noch näheres darüber berichten und kann auch noch über den Stand der Maul- und Klauenseuche sprechen. Wir werden aber in kurzer Zeit die Hundesperre aufheben können. Zur Frage der Kinderlähmung bitte ich, Herrn Dr. Brandenburger das Wort zu erteilen, der dem Kreistag darüber Auskunft geben kann. Nun noch dazu, was Herr Dörries zum Schluß sagte, ob wir Berichte über die Auswirkungen des Mangels an Kohle und Material hätten. Bisher haben sich die Verhältnisse im grossen und ganzen zurecht geschoben. Es sind gelegentlich Mangelerscheinungen aufgetreten. Wir sind aber darüber orientiert, daß gerade in den letzten Tagen und Wochen erhebliche Kohleanlandungen erfolgt sind, die nach Lübeck geleitet worden sind. Wir werden also bei der Versorgung mit Industriekohle hoffentlich keine Schwierigkeiten haben. Schwieriger liegt es mit der Beschaffung von Eisen und Stahl und sonstigem Material. Meine Dame, meine Herren! Ich möchte wiedergeben, daß es schon wieder so ist, wie mir jemand berichtete, daß man Eisen besser beim Hotelportier als beim Betreffenden Werk beschaffen kann. Wenn das zutrifft, dann erleben wir einen furchtbaren Rückschritt in die Zeiten des schon überwunden geglaubten Schwarzen Marktes. Diesen Dingen sollte die Landesregierung in Nordrhein/Westfalen energisch zu Leibe gehen. Wir sind dagegen machtlos. Laufende Berichte erhalten wir nicht, weil diese Dinge nicht zu der Zuständigkeit des Kreiskohlenbeauftragten gehören. Trotzdem werden wir dafür sorgen, daß die Wünsche der Industrie nachdrücklich unterstützt werden.

Medizinalrat Dr. Brandenburger: Es sind bisher im Kreise Herzogtum Lauenburg 5 Fälle von Kinderlähmung beobachtet worden - die Vergleichszahl des Landes beträgt 22 - und zwar sind betroffen 4 Kinder und ein Erwachsener im Nordteil des Kreises; 2 in Ratzeburg und je ein Fall in Grambek, Harmsdorf und Mölln. Die Kinderlähmung trat gerade in den Tagen auf, als es besonders heiss war. Das ist

typisch

typisch für viele Infektionskrankheiten. Besorgnisse über ein weiteres Umsichgreifen der Krankheit brauchen wir nicht zu haben, prophezeihen kann man jedoch nicht. Wir haben im vorigen Jahr 3 Fälle und im Jahre 1949 14 Fälle gehabt. Die Lage des Kreises Herzogtum Lauenburg in diesem Jahre ist relativ günstig. Ich glaube nicht, daß noch weitere Fälle auftreten werden.

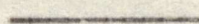
Abg. Dr. Herrmannsdorfer: Ich möchte zum Abschluss vorschlagen, daß wir eine Entschliessung fassen, und zwar die Landesregierung zu bitten, mehr als bisher geschehen ist, den Bemühungen der Kreisverwaltung Hilfe angedeihen zu lassen in der Industrialisierung und in der Ansetzung von Industrien. Ich hatte Gelegenheit festzustellen, daß die Landesregierung über die Dinge, die im Kreise vorgehen, überhaupt nicht unterrichtet ist, und sich in einer Art an diesen Dingen beteiligt, die meiner Meinung nach nicht der Bedeutung der Dinge entspricht. Es handelt sich insbesondere um die Wumag. Das ist immerhin eine Pleite von 3,9 Mill. DM. Sie ist um 3 Mill. DM im Jahre 1950 gestiegen. Abgesehen von Geesthacht, das lediglich mit 700 Arbeitsplätzen an diesem Unternehmen beteiligt ist, ist die Wumag aber für das ganze Land Schleswig-Holstein und für das ganze Bundesgebiet von ungewöhnlich grosser Bedeutung. Es gibt auf dem Gebiete des Großmotorenbaus nur 2 Fabriken, die MAN und die Wumag, die diese Motoren überhaupt herstellt. In Schleswig-Holstein ist eine Reihe von Werften und Schiffsausrüstungsbetrieben, eine Reihe von Schiffen liegt unfertig an den Kais. Auch in Lübeck liegen Schiffe, die alle auf Motoren angewiesen sind. Wenn sich nun die Landesregierung bei den massgeblichen Verhandlungen durch untergeordnete Bedienstete vertreten läßt und nicht durch massgebende Beamte, so bin ich der Meinung, daß dies nicht der Bedeutung der Dinge entspricht und möchte vorschlagen, daß wir an die Landesregierung herantreten, sich mit grösstem Nachdruck dieser Dinge anzunehmen, die die Kreisverwaltung auf diesem Gebiet eingeleitet hat.

Der Kreispräsident: Wird noch das Wort gewünscht?

Abg. Krützmann: Wenn der Kreistag eine Entschliessung an die Landesregierung heranbringen soll, dann möchte ich bitten, daß diese Entschliessung erweitert wird. Wir haben bisher die Lage nur von der industriellen Seite aus gesehen. Es ist notwendig, daß wir neue Arbeitsplätze schaffen. Genauso notwendig ist, daß die freien Arbeitsplätze im Handwerk - 35.000, im Kreise über 2.000 - auch zum Zuge kommen. Was uns notwendig fehlt, sind Aufträge, sei es für die Zulieferbetriebe der Rüstung oder sei es, daß die Versorgungsbetriebe wegen mangels an Rohstoffen bisher ihre Kapazität tatsächlich bei weitem nicht ausnutzen konnten. Die Beschäftigung nicht qualifizierter oder fachlich nicht genügend vorgebildeter Kräfte hat einen grossen Umfang angenommen. Dadurch haben wir beim Handwerk wirklich handwerklich und gut ausgebildete Kräfte brachliegen und dadurch freie Arbeitskräfte. Die Rohstoffversorgung und die Auftragsheranschaffung für das Handwerk und die Versorgungsbetriebe sind genauso wichtig, wie die Förderung der Industrie. Ich bitte, dies noch in die Entschliessung einzubauen.

Der Kreispräsident: Ich schlage vor, daß die Herren Krützmann und Dr. Herrmannsdorfer die Entschliessung gemeinsam formulieren. Wir können dann nachher darüber abstimmen. Wir kommen dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

Punkt 7



Punkt 7 Geschäftsordnung.

Der Kreispräsident: Meine Dame, meine Herren! Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 7.6.1951 den Vorschlag des Landrats, die Führung von Wortprotokollen über die Kreistagssitzungen grundsätzlich einzustellen, zur Kenntnis genommen und einstimmig beschlossen, diesen Punkt zwecks evtl. Änderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung zu setzen. Wird das Wort hierzu gewünscht?

Abg. Dr. Jüttner: Meine Fraktion hat sich mit diesem Antrag beschäftigt, und wir stehen auf dem Standpunkt, dass man von der Führung des Wortprotokolls nicht Abstand nehmen kann, solange es nicht möglich ist, einen Aufnahmeapparat anzuschaffen. Wir wollen also an dem Wortprotokoll festhalten, aber darüber hinaus zur Entlastung des Protokollführers zwei weitere bereits in der Verwaltung beschäftigte Schreibkräfte in Debattenschrift ausbilden. Ist letzteres nicht möglich, sollen neue Kräfte eingestellt werden gegen entsprechende Entlassung von anderen Kräften.

Abg. Borchert: Meine Damen und Herren! Die Fraktion der DS. ist sich, glaube ich, darüber im Klaren, wie wichtig es ist in gewissen Fällen, später einmal genau zu wissen, was gesagt worden ist. Ich glaube, aus dieser Erkenntnis heraus hat sie ihren Antrag gestellt. Unter Berücksichtigung dessen, dass es allerdings schwierig ist, die gesamte Sitzung im Wortprotokoll festzuhalten, und unter weiterer Berücksichtigung der Notwendigkeit, gewisse Stellen unbedingt wörtlich festhalten zu müssen, hat sich meine Fraktion zu einer Art Kompromiss-Stellung zu dieser Frage entschlossen. Wir würden vorschlagen, den Beschlusssentwurf anzunehmen unter Hinzusetzung des folgenden Passus; und zwar unter l. des Beschlusssentwurfs als Zusatz hinter c): Auf besonderen Antrag eines Abgeordneten muss über die Beratungen zu einem Punkt der Tagesordnung ein Wortprotokoll aufgenommen werden. Es stände also dann den einzelnen Abgeordneten die Möglichkeit zur Verfügung, bei Stellen, wo sie es für nötig erachten, dieses Wortprotokoll zu beantragen. An Allen Stellen, wo es nicht für nötig erachtet wird, würde dann unter diesen Umständen das Wortprotokoll wegfallen. Ich glaube, dass dies ein Vorschlag ist, der akzeptabel wäre, und ich stelle anheim zu bedenken, ob man mit diesem Vorschlag dann das Erreichen würde, was die Fraktion der DS. Erreichen möchte.

Abg. Dr. Jüttner: Ich habe Bedenken, denn in diesem Falle hängt es vom Redner ab, ob seine Ausführungen aufgenommen werden oder nicht. Es lässt sich nicht immer übersehen, wann irgendwelche Ausführungen zu Protokoll genommen werden müssen. Meistens ist es dann doch notwendig. Ich bin der Meinung, dass, wenn schon, dann die ganzen Kreistagsausführungen zu Protokoll genommen werden.

Abg. Dörries: Es ist, wo man über den Antrag entscheiden soll, zweckmässig zu hören, welchen Umfang die Arbeit annimmt, die mit der Führung eines vollkommenen Protokolls verbunden ist. Herr Schumacher wird Auskunft darüber geben können. Diese Protokolle werden beispielsweise 80 - 100 Seiten enthalten, das wäre dann eine enorme Verwaltungsarbeit. Es wäre auch die Frage zu beantworten, ob der Kreis mit dem derzeitigen Personalbestand tatsächlich in der Lage ist, ein vollständiges Wortprotokoll von der jeweiligen Sitzung aufzunehmen.

Der Landrat: Die Antwort: Abgesehen von der Arbeitszeit für das Diktat nach dem Stenogramm füllt dieses Stenogramm durchschnittlich 60 - 70 Seiten. Es wird das Wortprotokoll selten benutzt und noch seltener eingesehen. Es hat bei den "Rauhan Knechten" z.B. einmal eine Rolle gespielt, ist sonst aber wenig in Anspruch genommen worden. Wir haben inzwischen ab heute planmässig einen weiteren Bediensteten in der Verwaltung, der Debattenstenograph ist und auch heute anwesend ist. Es besteht auch die Möglichkeit eine weitere Bedienstete auf Debatten-Hochformat zu bringen. Der Plan, einen Aufnahmeapparat - Band - anzuschaffen, muss deswegen

deswegen fallen gelassen werden, weil die Kosten rund 1200 DM betragen und weil ein Band, das ungefähr für eine Stunde ausreicht, ab ca 18,-- DM kostet. Wenn wir eine Kreistagssitzung von 8 Stunden Dauer haben, müßten also ungefähr 150,-- DM aufgewendet werden. Das ist ein Haufen Geld, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß manches, was gesprochen wird, nicht unbedingt für die Ewigkeit festgehalten werden muss.

Abg. Borchert: Ich möchte noch hinzufügen, daß unser Antrag besagt, daß nicht nur der Abgeordnete, der im Augenblick spricht, den Antrag stellen kann, daß seine Ausführungen und der Abschnitt der darauf folgenden Debatte wörtlich festgehalten werden, sondern diesen Antrag kann jeder Abgeordnete stellen, der dies für nötig erachtet. Ich glaube doch, daß es vielleicht ratsam wäre, im Augenblick so zu verfahren. Sollten sich hierbei Schwierigkeiten ergeben für die Zukunft, daß diese Regelung nicht ausreicht, dann könnte man später zum Wortprotokoll im gesamten zurückkehren. Die heutige Kreistagsvorlage ist aus Ersparnisgründen gekommen, und ich möchte bitten, so zu verfahren. Man kann dann die Auswirkungen feststellen und dieses Verfahren auswerten und dann erforderlichenfalls einen neuen Beschluß fassen.

Abg. Wendicke: Meine Parteifreunde wären gewillt, dem Antrag des Herrn Landrats stattzugeben, haben jedoch Bedenken in Bezug auf die endgültige Abschaffung des Wortprotokolls. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, besonders wichtige und entscheidende Ausführungen wörtlich festhalten zu können, und deshalb möchten wir diesen Antrag auch nur mit Ausnahmen angenommen wissen. In welcher Form das geregelt werden soll, darüber, glaube ich, könnten wir noch lange debattieren. Wir geben am besten diesen Antrag überhaupt noch einmal an den Verfassungsausschuss zurück, wo er noch nicht gewesen ist. Es wäre zweckmässig, den Antrag dem Verfassungsausschuss zuzuleiten, wo dann die Anträge und Ansichten, die heute hier vorgebracht wurden, hineingearbeitet werden können.

Der Kreispräsident: Wird hierzu noch das Wort gewünscht?

Abg. Fränkl: Meine Damen und Herren! Diejenigen Abgeordneten, die schon seit 1945 dem Kreistag angehören, werden sich erinnern, daß wir ursprünglich kein Wortprotokoll gehabt haben, daß der Zustand aber lediglich zu Schwierigkeiten und zu Auseinandersetzungen geführt hat. Der damalige Landrat, Prof. Dr. Gülich, war gerade derjenige, der darauf drängte, daß Wortprotokolle eingeführt wurden. Es kam dann ein Sekretär, ich glaube, ein früherer Amtsgerichtsrat, und das war dann das erste Wortprotokoll. Wir haben dann in der Folgezeit verschiedentlich feststellen müssen, daß das Wortprotokoll doch sehr viele Vorzüge hat. Ich wäre persönlich dafür, daß wir an dem Wortprotokoll festhalten. Der Antrag des BHE. verfehlt meiner Ansicht nach seinen Zweck, denn wir sind hier in einer kleinen Gemeinschaft von 45 Abgeordneten und sind durchaus nicht immer alle eines Sinnes, sodass durchaus die Möglichkeit gegeben ist, daß sich immer einer berufen fühlt, das Wortprotokoll zu beantragen und dann kommen wir doch dazu, daß doch fortlaufend ein Wortprotokoll geführt würde. Dieser Ergänzungsantrag ist also nicht geeignet, eine wesentliche Änderung des jetzigen Zustandes herbeizuführen. Ich würde es begrüßen, wenn wir beim Wortprotokoll bleiben.

Abg. Ditz: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns noch nicht einig, welche Regelung wir finden können. Ich möchte daher namens meiner Fraktion mich den Ausführungen des Herrn Wendicke anschließen und beantragen, diesen Punkt an den Verfassungsausschuss zurückzuverweisen.

Der Kreispräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle dann den Antrag, diesen Punkt dem Verfassungsausschuss zu überweisen, als den weitestgehenden zur Abstimmung. Ich bitte die

Abg.

Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben, Gegenprobe, Stimmenthaltungen.

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst einstimmig, den Vorschlag, die Führung von Wortprotokollen über die Kreistagssitzungen grundsätzlich einzustellen, und die im Verlaufe der heutigen Debatte eingebrachten Anträge zu dieser Frage dem Verfassungsausschuss zur Vorberatung zuzuleiten.

Der Kreispräsident teilt mit, daß der

von Anträgen in der Geschäftsordnung für den Kreistag folgende Regelung vorzusehen: "Anträge, die eine neue Belastung des Kreises ohne gesetzliche Verpflichtung bewirken, sind nur zulässig, wenn zugleich ein Vorschlag über die finanzielle Deckung gemacht wird." Der Kreisausschuss schlägt vor nach Beratung im Verfassungsausschuss, den § 12 der Geschäftsordnung dementsprechend zu ergänzen. Wird hierzu das Wort gewünscht?

Abg. Dr. Herrmannsdorfer: Meine Herren! Die Sache ist im Verfassungsausschuss auf schriftlichem Wege zur Debatte gekommen. Ich habe mich gegen den Vorschlag ausgesprochen und zwar aus folgenden Gründen: Ich halte nichts von Vorschriften, die doch nicht durchgeführt werden können und deshalb keinen Zweck haben.

Abg. Dr. Herrmannsdorfer hält nichts davon, daß Vorschriften eingeführt werden, die doch nicht durchgeführt werden können. Die Handhabung im Kreistag sei auch so, daß bei Anträgen mit finanzieller Auswirkung immer nach der Deckung gefragt werde.

Wird die Sache genant werden, dann muss ich leider zu Punkt 16 der Tagesordnung kommen, wo ein Antrag mit finanzieller Auswirkung gestellt wird und dabei vorgeschlagen wird, die entsprechende Mehrausgabe im Nachtragshaushalt einzusetzen. Das sehe ich nicht als Deckungsvorschlag an. Man muss doch überlegen, wie gross die finanzielle Belastung ist und wie eine Deckung herbeigeführt werden soll, und das geht doch nicht dadurch, daß ich ein bestehendes Defizit noch weiter erhöhe. Gerade von Ihrer Fraktion, meine Herren von der SPD., ist gegen diese Bestimmung, die in der Geschäftsordnung der Bundesregierung aufgenommen worden ist, Klage beim Verfassungsgericht angestrengt worden, weil diese Bestimmung ~~zum Bundesrat~~ mit einfacher Mehrheit angenommen worden ist, während eine 75 %ige Mehrheit erforderlich gewesen wäre. Wenn die SPD. davon überzeugt wäre, daß diese Bestimmung notwendig ist, dann könnte sie sich mit der einfachen Majorität zufrieden geben. Denn ob 51 % oder 76 % dafür sind, ist doch schliesslich nur eine Formsache. Ihre eigene Fraktion ist also nicht so 100 %ig von der Zweckmässigkeit dieser Bestimmung überzeugt.

Der Kreispräsident: Wird noch weiter das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir werden dann über den Antrag, den die Verwaltung eingebracht hat und der Ihnen vorliegt, abstimmen. Der § 12 der Geschäftsordnung soll wie folgt ergänzt werden: "(3) Anträge, die eine neue Belastung des Kreises ohne gesetzliche Verpflichtung bewirken, sind nur zulässig, wenn zugleich ein Vorschlag über die finanzielle Deckung gemacht wird." Wer dafür stimmt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich danke Ihnen. Halt, es schien nicht einstimmig zu sein, und ich habe vergessen zu zählen. Ich bitte also noch einmal diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst mit 35 gegen 2 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen, den § 12 der Geschäftsordnung wie folgt zu ergänzen:

"(3)

"(3) Anträge, die eine neue Belastung des Kreises ohne gesetzliche Verpflichtung bewirken, sind nur zulässig, wenn zugleich ein Vorschlag über die finanzielle Deckung gemacht wird."

Der Kreispräsident: Wir kommen dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

Punkt 8 Änderung des § 27 (1) der Kreissparkassensatzung.

Der Kreispräsident: Die Vorlage liegt Ihnen vor. Ich möchte Sie nicht im einzelnen verlesen. Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Beschlusssentwurf abstimmen, wonach der § 27 (1) der Kreissparkassensatzung durch die Worte "oder eine Ausfallbürgschaft der Vertriebenenbank-A.G." ergänzt werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst einstimmig, den § 27 (1) der Kreissparkassensatzung durch die Worte "oder eine Ausfallbürgschaft der Vertriebenenbank-A.G." zu ergänzen.

Punkt 9 Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Kreissparkassenvorstand.

Der Kreispräsident: Die Vorlage ist Ihnen zugegangen. Herr Schulte, Geesthacht, hat die Wahl zum stellvertr. Vorstandsmitglied der Kreissparkasse nicht angenommen. Die Direktion der Kreissparkasse hat als Ersatzmann Herrn Ing. Wilhelm Riemer, Mölln, vorgeschlagen. Wird hierzu das Wort gewünscht?

Abg. Dr. Jüttner: In Abänderung der Empfehlung des Kreisausschusses schlägt die DS.-Fraktion den Maurermeister Willi Kruse, Geesthacht, Silberberg 5, zum stellvertr. Vorstandsmitglied der Kreissparkasse vor und zwar deswegen, weil sonst die Stadt Geesthacht im Vorstand nicht vertreten ist. Herr Willi Kruse hat dem Vorstand schon früher angehört, er ist bestens bewährt, und wir haben keine Bedenken, Herrn Kruse vorzuschlagen.

Der Kreispräsident: Wird zu diesem Vorschlag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer dafür ist, daß wir Herrn Kruse zum stellvertr. Vorstandsmitglied wählen, den bitte ich, eine Hand zu erheben? Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst mit 44 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, anstelle von Herrn Kaufmann Schulte, Geesthacht, den Maurermeister Willi Kruse, Geesthacht, Silberberg 5, zum stellvertr. Vorstandsmitglied der Kreissparkasse zu wählen.

Der Kreispräsident: Wir kommen dann zu der Nachwahl für verschiedene Ausschüsse.

Punkt 10 Ersatzwahl für verschiedene Ausschüsse.

Der Kreispräsident: Beim Finanzausschuss a) Finanzausschuss. ist Herr Stolpmann ausgeschieden. Die BHE.-Kreistagsfraktion wird gebeten, einen Ersatzmann zu benennen.

Abg. Borchert: Als Ersatzmann schlagen wir den Abg. Eitel Ullrich vor.

Der Kreispräsident: Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst mit 44 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Stolpmann in den Finanzausschuss den Abgeordneten Ullrich, Mölln, zu wählen.

b) Kreisflüchtlingsausschuss.

Der Kreispräsident: Das Flüchtlingsausschussmitglied Prätchs-Sierksrade ist ausgeschieden. Herr Prättsch ist nicht als Kreistagsabgeordneter im Kreisflüchtlingsausschuss tätig gewesen, sondern war von den Heimatvertriebenen gewählt worden. Der K.A. hat einstimmig beschlossen, die Neuwahl des Kreisflüchtlingsausschusses im Hinblick auf das kommende Bundesvertriebenengesetz bis auf weiteres zurückzustellen. Danach würde auch für Herrn Prättsch kein Ersatzmann gewählt werden. Wird das Wort hierzu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Die Angelegenheit ist damit erledigt.

c) Kuratorium der Lauenburgischen Gelehrtenschule.

Der Kreispräsident: Das Mitglied des Kuratoriums, der Abg. Stolpmann, ist ausgeschieden. Der BHE. müßte ein Mitglied des Finanzausschusses in das Kuratorium der Lauenburgischen Gelehrtenschule entsenden. Ich bitte um Vorschläge.

Abg. Borchert: Die BHE.-Fraktion benennt das Finanzausschuss-Mitglied Eitel Ullrich-Mölln.

Der Kreispräsident: Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall, wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst mit 44 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Stolpmann in das Kuratorium der Lauenburgischen Gelehrtenschule den Abg. Ullrich-Mölln zu wählen.

d) Schulpflegschaft der Kreisberufsschule.

Der Kreispräsident: Der Abg. Prättsch ist ausgeschieden. Von der SPD.-Fraktion wird als Ersatzmann Herr Wendicke, Mölln, vorgeschlagen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst mit 44 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, anstelle des ausgeschiedenen Abg. Prättsch in die Schulpflegschaft der Kreisberufsschule den Abg. Wendicke-Mölln zu wählen.

Der Kreispräsident: Frau Albrecht, Mölln, die vom Kreistag als Vertreterin der Erziehungsberechtigten in der Schulpflegschaft gewählt worden war, hat die Wahl nicht angenommen. Es ist daher erforderlich, daß eine Vertreterin der Erziehungsberechtigten nachgewählt wird.

Abg. Dr. Jüttner: Wir schlagen Frau Jarosch aus Schwarzenbek vor.
Abg. Wendicke: Wir schlagen Frau Grete Pogge, Mölln, vor.

Der Kreispräsident: Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich werde zunächst über den Vorschlag Jarosch, Schwarzenbek, abstimmen. Wer dafür ist, daß Frau Jarosch gewählt wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich stelle fest, daß Frau Jarosch mit 31 gegen 13 Stimmen gewählt worden ist. Dadurch entfällt die Abstimmung über den weiteren Vorschlag.

Beschluss:

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst ^{Weilert} mit 31 gegen 13 Stimmen, anstelle von Frau Albrecht-Mölln in die Schulpflegschaft der Kreisberufsschule als Vertreterin der Erziehungsberechtigten (Hausfrau) Frau Jarosch-Schwarzenbek zu wählen.

e) Umlegungsausschuss.

Der Kreispräsident: Der Abg. Prätsch scheidet aus dem Umlegungsausschuss aus. Ich bitte, die SPD.-Fraktion um einen neuen Vorschlag.

Abg. Wendicke: Wir benennen Herrn Dr. Müller, Sophiental.

Der Kreispräsident: Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die dem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst mit 43 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Prätsch in den Umlegungsausschuss den Abg. Dr. Müller, Sophiental, zu wählen.

f) Sozialausschuss.

Der Kreispräsident: Herr Piper, Ratzeburg, der als Vertreter der Arbeitslosen in den Sozialausschuss gewählt worden ist, hat eine Stellung bekommen, und es taucht nun die Frage auf, ob Herr Piper ersetzt werden soll oder nicht.

Abg. Dr. Jüttner: Es ist hierbei zu 2 Punkten Stellung zu nehmen. Einmal, ob nicht grundsätzlich in dem erweiterten Sozialausschuss nur Arbeitslose vertreten sein sollen, also die, die in Arbeit kommen, ausscheiden und Herr Piper zurückgezogen werden soll und zum andern, daß Herr Piper Kreisbediensteter geworden ist. Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß es wohl zweckmässig wäre, wenn die Kontinuität der Zusammenarbeit bestehen bliebe, daß es jedoch aus psychologischen Gründen nicht wünschenswert ist, wenn einer, der Arbeit gefunden hat, nun noch weiterhin Vertreter der Arbeitslosen sein soll. Wir sind der Meinung, daß grundsätzlich tatsächlich nur Vertreter im Sozialausschuss sein sollen, die arbeitslos sind, wobei notfalls dann bei einer neuen Kreistags-sitzung Ersatzleute gewählt werden müßten. Darüberhinaus aber ziehen wir Herrn Piper zurück, weil er Kreisbediensteter geworden ist, und schlagen dafür Herrn Schläger vor.

Abg. Bräutigam: Wir haben über diese Frage sowohl im Sozialaus-schuss als auch in den Fraktionen gesprochen. Man kann beide Stellungen einnehmen: Der Vertreter des Erwerbslosenbeirats sollte Erwerbsloser sein, um die Interessen der Erwerbslosen vertreten zu können. Auf der anderen Seite führt das durch den ständigen Wechsel dazu, daß eine gedeihliche Arbeit kaum möglich ist, denn jeder neue Vertreter müßte sich neu einarbeiten, und es würden Schwierigkeiten dadurch entstehen. Meine Fraktion steht auf folgen-dem Standpunkt, daß abgesehen von Herrn Piper, der Angestellter der Kreisverwaltung geworden ist, grundsätzlich nur Arbeitslose in den Ausschuss hineingewählt werden, die aber dann, wenn sie eine Arbeit antreten, ihr Amt behalten. Man könnte den einen Zusatz machen, daß es sich bei den Mitgliedern um langfristig Arbeitslose handeln muss, damit sie in der Lage sind, die Dinge richtig zu beurteilen und sich in die Lebensumstände der Arbeitslosen hinein-zudenken. Wenn solche Vertreter im Beirat sitzen, dann, glaube ich, ist den Interessen der Arbeitslosen genauso Genüge getan, als wenn wir einen ständigen Mitgliederwechsel vornehmen müßten. Wirschlage

also

also vor, grundsätzlich Erwerbslose zu wählen, die mindestens ein Jahr arbeitslos gewesen sind und die darüber hinaus dann, wenn sie in Arbeit treten als Mitglieder im Ausschuss bleiben.

Abg. Stop: Ich schliesse mich dem Antrag der DS. an, weil Herr Piper Kreisbediensteter geworden ist. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß es für eine fruchtbringende Arbeit im Beirat notwendig ist, daß Leute drin sind, die mindestens ein Jahr lang arbeitslos waren und die Erfahrungen haben, mit den täglichen Kämpfen, die der Erwerbslose führen muss.

Abg. Donath: Die Mitglieder des Sozialausschusses haben über Dinge zu befinden, in die sie sich hineinleben müssen, sowohl von Hilfsbedürftigen als auch von Arbeitslosen. Ich kann nicht einsehen, daß die Mitglieder des Sozialausschusses - denn ich hoffe doch, daß die Fraktionen entsprechend gewählt haben - sich nicht auch die Lage eines Arbeitslosen hineinversetzen könnten. Wenn ein Arbeitsloser, der ja wieder eine besondere Rasse noch einen Beruf darstellt, nun in den Arbeitsprozess eingegliedert worden ist, kann er genauso gut die Verbindung zum Arbeitslosen verloren haben wie der, der sich grundsätzlich berufen gefühlt hat, im Sozialausschuss mitzuarbeiten, im ungünstigsten Falle. Die Mitglieder des Sozialausschusses müssen sich mit den Dingen, über die sie zu befinden haben, entsprechend beschäftigen, sich in die Angelegenheit hineinversetzen und sind dann auch in der Lage, über das Wohl und Wehe von Arbeitslosen zu entscheiden.

Abg. Borchert: Wenn man den Ausführungen des Herrn Vorredners näher tritt, dann muss man feststellen, daß er die praktische Notwendigkeit des Beirats in Zweifel zieht. Ich bin nicht der Auffassung, daß der Beirat keinen Zweck hat. Ich billige ihm seine Daseinsberechtigung unzweifelhaft zu. Ich möchte einen neuen Gedanken in die Debatte bringen. In Schwarzenbek haben wir den Beirat zum örtlichen Sozialausschuss auch hinzugewählt. Wir haben uns dabei gleichzeitig Gedanken darüber gemacht, wie verfahren werden soll, wenn von diesen Mitgliedern eine Arbeit bekommt. Wir sind dann dazu übergegangen, daß wir gleich für jedes Mitglied einen Ersatzmann gewählt haben. Dieser soll dann einspringen, wenn das ordentliche Mitglied Arbeit bekommt. Das wäre doch ein Gedanke, wie man es verhindern könnte, daß wir es im Kreistag dauernd mit der Wahl von Ersatzleuten zu beschäftigen haben. Wir wollen doch einmal überlegen, ob wir nicht das Gleiche tun können, indem wir für jedes Mitglied einen Ersatzmann bestimmen, der dann automatisch einspringt, wenn das ordentliche Mitglied Arbeit bekommt.

Abg. Kannacher: Ich möchte befürworten, was mein Herr Vorredner sagte, nämlich der Herr Bräutigam. Es ist nicht damit getan, daß die Nummer sowieso durch eine andere Nummer ersetzt wird. Die Angelegenheiten der Erwerbslosen erfordern Einarbeitung und Takt. Vor allen Dingen ist ausschlaggebend das Vertrauen, das das Beiratsmitglied zu den Arbeitslosen findet. Es muss sich mit Behörden beschäftigen können und alles anpacken können, wie es sich gehört. Das ist nicht bloß Bestimmung, sondern dieses Vertrauen, diese Fähigkeit wollen erworben sein. Ich kann nur sagen, daß es notwendig ist, daß der betreffende Arbeitslosenvertreter sich einarbeitet und daß er auch nach seiner Arbeitsaufnahme im Beirat verbleibt.

Der Landrat: Meine Damen und Herren! Seitens der Kreisverwaltung möchte ich bitten, Herrn Piper zurückzuziehen. Er ist Bediensteter der Kreisverwaltung und daher nicht mehr der richtige Vertreter der Erwerbslosen. Im übrigen wird es Sie interessieren, wie sich die Dinge weiterentwickelt haben. Nach einem mir zugegangenen Bericht wird die Stadtverwaltung Ratzeburg den Beirat im Laufe des Oktober wählen. Die Stadtvertretung Mölln ~~wird~~ hat ihn am 21.8.1951 gewählt, der Beirat hat die Arbeit aufgenommen. Geesthacht hat den Beirat noch nicht gewählt, weil die Beratungen im Magistrat noch nicht abge-

schlossen

geschlossen sind. Lauenburg hat die Bildung eines solchen Beirats abgelehnt. In Schwarzenbek ist der Beirat am 9.9.1951 gewählt worden. Eingaben für den Kreisbeirat sind bisher nicht eingegangen.

Abg. Dr. Jüttner: Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Landrats anschließen und als Ersatz für Herrn Piper Herrn Schläger vorschlagen.

Abg. Donath: Herr Schläger ist bereits Mitglied des Sozialausschusses. Es ist jedoch festzustellen, daß die Abgeordneten Bräutigam und Schläger, die Mitglieder des Sozialausschusses sind, arbeitslos sind, sodass die Belange der Erwerbslosen im Sozialausschuss hinreichend vertreten werden können.

Abg. Dr. Jüttner: Wenn auch die anderen Fraktionen einverstanden sind, würde ich unter diesen Umständen von weiteren Vorschlägen absehen.

Der Kreispräsident: Damit hat sich dieser Punkt erledigt.

Punkt 11 Aufnahme von Darlehen.

a) Berufsschule Geesthacht.

Der Kreispräsident: Der Kreistag hatte am 20.4.1951 beschlossen, für die Einrichtung der Kreisberufsschule in Geesthacht ein Darlehen in Höhe von 30.000,— DM, das bis zum Jahre 1960 weder zu verzinsen noch zu tilgen ist, aus Mitteln der Landesregierung aufzunehmen. Nach dem vom Kultusministerium vorgelegten Darlehensvertrag soll das Darlehen nun jedoch in 6 jährlichen Raten zu 5.000,— DM beginnend am 1.7.1952 zurückzuzahlen. Es wird vorgeschlagen, in Abänderung des Kreistagsbeschlusses vom 20.4.1951 dem Abschluss des Darlehensvertrages in der vorliegenden Form zuzustimmen. Wird das Wort hierzu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss: Der Kreistag beschliesst einstimmig, in Abänderung des Kreistagsbeschlusses vom 20.4.1951, dem Abschluss des Darlehensvertrages in der vorliegenden Form (Rückzahlung in 6 gleichen Jahresraten beginnend am 1.7.1952) zuzustimmen.

b) Beschaffung von Schulinventar für den Erweiterungsbau der Lauenburgischen Gelehrtenschule.

Der Kreispräsident: Der Kreisausschuss hatte in seiner Sitzung am 15.2.1951 beschlossen, die Landesregierung um die Gewährung eines Zuschusses zu den Einrichtungskosten des Erweiterungsbaus der Lauenburgischen Gelehrtenschule zu bitten. Die Landesregierung hat daraufhin mitgeteilt, daß dem Kreise für die Beschaffung des Schulinventars ein Darlehen in Höhe von 14.000 DM gewährt werden könne. In seiner Sitzung am 26.7.1951 gab der Kreisausschuss seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Landesregierung bei der Erstauss-

Die Abgeordneten Dr. Herrmannsdorfer und Lamp'l schlagen vor, die Aufnahme des angebotenen Darlehens abzulehnen und entsprechend dem gefertigten Gutachten und der mit der Landesregierung bereits getroffenen Vereinbarung den Betrag von 14.000 DM als Zuschuss zu verlangen.

zu 5 % Zinsen zurückzahlbar ab 1.7.1952 in jährlichen Raten von 2.800 DM aufzunehmen und über den ausserordentlichen Haushaltsplan (Nachtrag) der Inventarerneuerungsrücklage der Lauenburgischen Gelehrtenschule zuzuführen. Mit Erlass vom 4.9.1951 hat der Kultus-

minister

minister des Landes Schleswig-Holstein mitgeteilt, daß das Darlehen in Höhe von 14.000 DM zunächst als solches bestehen bleiben müsse; über eine evtl. Umwandlung eines noch festzusetzenden Teilbetrages in einen verlorene Zuschuss könne erst zum Schluss des Rechnungsjahres entschieden werden. Wird hierzu noch das Wort gewünscht?

Abg. Dr. Herrmannsdorfer: Ich kann mich dazu nicht bekennen. Bei dem Punkt a) dieser Vorlage wird ein zinsloses Darlehen gewährt. Hier soll das Darlehen in Raten zurückgezahlt und ausserdem verzinst werden. Wir haben auch in der Zwischenzeit ein ausführliches Rechtsgutachten bekommen über die Stellung der Lauenburgischen Gelehrten-schule dem Lande und den Gemeinden gegenüber. Dieses Gutachten kommt eindeutig mit gewichtigen Gründen zu der Überzeugung, daß der Kreis nicht verpflichtet ist, weitere Vorhaltungen zu machen. Es ist vielmehr Aufgabe der Landesregierung, für diese Kosten, die durch den Flüchtlingszustrom entstanden sind, von sich aus einzutreten. Wir können noch warten, denn erst müssen die Verhandlungen auf Grund des Gutachtens in die Wege geleitet werden. Wir müssen zunächst diese Sache anfassen und weiterführen. Wir sind in den letzten Kreistags-sitzungen nicht nur von rechtlichen Erwägungen sondern auch von politischen Erwägungen ausgegangen. Ich erinnere nur an die Vorstellungen der Ratzeburger Elternschaft und an die große Propaganda, die damals gestartet wurde, sodass wir uns schliesslich bereit-erklärt haben, den Erweiterungsbau zu machen. Wir waren nicht verpflichtet, das zu tun. Wir haben mehr getan, als wir zu machen verpflichtet waren. Damit müssen wir endlich Schluss machen. Die Belange der Schulkinder sind gewahrt. Schulmöbel sind auch da. Der Schulbetrieb wird also nicht gehindert. Ich sehe daher nicht ein, weshalb wir vor einem Erlass der Landesregierung kapitulieren sollen. Wenn Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, dann muss auf dem Prozesswege vorgegangen werden. Die Sache muss gründlich geklärt werden.

Abg. Lamp: Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Dr. Herrmannsdorfer anschliessen und zwar aus folgenden Gründen: Einmal ist die Begründung, die Kollege Dr. Herrmannsdorfer gab, durchschlagend, und ich trete ihm bei. Ein weiterer Grund ist nach den eingehenden Ausführungen des Kreispräsidenten, der dem Kreistag mitgeteilt hat, daß, wenn wir das Geld nicht so bekommen, wir dann auf dem Wege des Darlehens machen müssen, die mit der Landesregierung bereits getroffene Vereinbarung. Aus dem Grunde möchte ich gegen diesen Antrag sprechen. Ich beziehe mich dabei darauf, was damals mit Herrn Dr. Grothusen vereinbart worden ist. Ich habe damals im Kreisausschuss die Frage gestellt, daß die Landesregierung verpflichtet ist, die 14.000,— DM zu geben, nachdem der Kreis über die ursprüngliche Abmachung 2/5 Kreis, 3/5 Land mit den von ihm aufgewendeten Beträgen noch hinaus gegangen war. Wir haben also keine Veranlassung, noch weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich möchte mich eindeutig gegen diesen Antrag aussprechen.

Der Kreispräsident: Wird dazu noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich stelle dann den Antrag, das Darlehen nicht auf-zunehmen, zur Abstimmung und bitte diejenigen, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst einstimmig, die Aufnahme des dem Kreise für die Beschaffung des Schulinventars angebotenen Darlehens in Höhe von 14.000,— DM abzulehnen und diesen Betrag entsprechend dem erstatteten Gutachten und dem vom K.A. bereits getroffenen Vereinbarungen als Zuschuss von der Landesregierung zu verlangen.

c)

c) Notstandsarbeiten in den Lauenburgischen Kreisforsten und in den meckl. Forsten.

Der Kreispräsident: Im Bereich der Lauenburgischen Forstämter Farchau und Koberg sind Notstandsmassnahmen im Werte von insgesamt 241.000,-- DM und in den meckl. Forsten von 20.000,-- DM vorgesehen. Im Rahmen dieser Arbeiten sollen 38.500 laufende Meter Holzabfuhrwege und 75.000 laufende Meter Entwässerungsgräben wiederhergestellt werden. Der Finanzierungsplan ist aus der Ihnen zugegangenen Vorlage ersichtlich. Der Kreisausschuss hat einstimmig beschlossen, dem Kreistag zu empfehlen, die Darlehen in Höhe von 52.000 DM, 40.000 DM und 5.000 DM aus der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge aufzunehmen. Wird hierzu das Wort gewünscht.

Abg. Dr. Jüttner: Ich bitte, den Beschlusssentwurf dahingehend zu ergänzen, daß noch eingefügt wird: "Vorbehaltlich der Zustimmung des Finanzausschusses über die Art der Verwendung".

Der Kreispräsident: Liegen noch weitere Wortmeldungen vor? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, über diesen Antrag abzustimmen. Wer dafür ist einschliesslich Erweiterung, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der K.A. beschliesst einstimmig vorbehaltlich der Zustimmung des Finanzausschusses über die Art der Verwendung, Darlehen aus der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge zu den üblichen Zins- und Tilgungsbedingungen in Höhe von 52.000 DM für Notstandsarbeiten im Forstamtsbezirk Farchau in Höhe von 40.000 DM für Notstandsarbeiten im Forstamtsbezirk Koberg und in Höhe von 5.000 DM für Notstandsarbeiten in den treuhänderisch verwalteten mecklenburgischen Forsten aufzunehmen.

d) Darlehen nach dem Flüchtlingssiedlungsgesetz.

Der Kreispräsident: Der Landrat berichtete bereits, daß jede Möglichkeit, Heimatvertriebene anzusetzen, ausgeschöpft wird, und daß bereits in 3 Fällen Forstdienstland an Heimatvertriebene verpachtet worden ist. Es ist nun notwendig, einige Gebäude zu erstellen, und der Kreis benötigt hierfür Mittel. Es wird der Antrag gestellt, für jede Stelle ein Darlehen in Höhe von 5.000,-- DM aufzunehmen. Der Beschlusssentwurf geht dahin, daß zur Durchführung der baulichen Aufwendungen bei Ansetzung der Heimatvertriebenen Bauern Ewert-Braunsmark und Köpcke-Bartelsbusch zinslose Darlehen nach Massgabe des Flüchtlingssiedlungsgesetzes bis zur gesetzlich zulässigen Höhe (z.Zt. 5.000 DM je Stelle) aufgenommen werden sollen. Ferner wird der Kreistag gebeten zu beschliessen, weitere Darlehen für gleichgelagerte Fälle aufzunehmen. Wird hierzu das Wort gewünscht?

Abg. von Ketelhodt: Meine Damen und Herren! Wir haben die Vorlage gehört, und ich möchte als Vertreter der heimatvertriebenen Bauern bitten, daß Sie dieser Vorlage zustimmen und zwar mit der Erweiterung, daß, falls die Mittel gesetzlich erhöht werden, - es wird z.Zt. ein neues Vertriebenengesetz beraten - sich auch die Höhe des aufzunehmenden Darlehens erhöht. Die Mittel werden wahrscheinlich erhöht, es ist aber heute noch nicht raus, bis zu welcher Höhe sie kommen werden. Es hat sich bei der Besichtigung der Kreisländereien jedoch herausgestellt, dass die Mittel in Anspruch genommen werden müssen, wenn wir den gewünschten Zweck erreichen wollen. Die Mittel sind zinslos und werden vom 4. Jahr ab mit 4% getilgt. Diese Tilgung kommt dann auch durch die Pachten ein, und der Kreis hat den Vorteil, daß die bestehenden Kreisliegenschaft ausgebaut werden können und auch in einen besseren Zustand versetzt werden.

Der

Der Kreispräsident: Wird noch weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst einstimmig, zur Durchführung der baulichen Aufwendungen bei Ansetzung der heimatvertriebenen Bauern Ewert-Brunsmark und Köpcke-Bartelsbusch zinslose Darlehen nach Massgabe des Flüchtlingsiedlungsgesetzes bis zur gesetzlich zulässigen Höhe (z.Zt. 5.000,-- DM je Stelle) aufzunehmen. Der Kreistag beschliesst ferner, die Aufnahme dieser Darlehen für alle weiteren gleichgelagerten Fälle.

Der Kreispräsident: Wir kommen dann zu Punkt 12.

Punkt 12 Erhöhung der Mitgliederzahl des Steuerausschusses I.

Der Kreispräsident: Die Vorlage ist Ihnen zugegangen. Die Stadt Geesthacht hat den Antrag gestellt, den Steuerausschuss um 2 Mitglieder aus der Stadt Geesthacht zu erweitern. Es sind vorgeschlagen als Mitglied der Milhhändler Albert Medau, Geesthacht, als Vertreter der Fuhrunternehmer Eduard Sech, Geesthacht, als Mitglied der Klempnerobermeister Paul Schmidt, Geesthacht, und als Vertreter der Schneidermeister Paul Kurtz, Geesthacht. Wird das Wort dazu gewünscht?

Abg. Dörries: Ich gehöre auch dem Steuerausschuss an. Ich habe neulich festgestellt, daß die Kostenerstattung für die vom Kreistag gewählten Vertreter vom Finanzamt getragen wird, während die Vertreter der Gemeinden ihre Kosten bei der Gemeinde selbst beanspruchen müssen. Das ist eine Regelung, die nach meiner Auffassung doch nicht ganz gerecht ist. Was haben die Gemeinden selbst damit zu tun. Es ist doch so, daß die in den Steuerausschuss entsandten Vertreter praktisch im Interesse der Anspruchsberechtigten Entscheidungen treffen sollen. Wenn die vom Kreis hineingewählten Mitglieder ihre Kosten vom Finanzamt erstattet bekommen, müßte auch die Kostenerstattung für Gemeindevertreter in gleicher Weise erfolgen. Ich darf den Kreis bitten, sich mit dem Finanzamt in Verbindung zu setzen und eine Klärung in diesem Sinne herbeizuführen.

Der Landrat: Ich habe die Angelegenheit neulich mit Herrn Dr. Hille besprochen. Es ist möglich, daß diese Dinge vom Kreis übernommen werden. Eine Mitwirkung der Vertreter der Gemeinden liegt aber auch hauptsächlich im Gemeindeinteresse. Es sollte daher die Gemeinde selber die entstehenden Kosten tragen.

Abg. Dörries: Nicht der Kreis trägt die Kosten, sondern das Finanzamt. Nun bin ich der Meinung, wenn das Finanzamt für die Kreisvertreter zahlt, muss es dies auch für die Vertreter der Gemeinden tun. Dieser Ausschuss ist gebildet worden auf Grund einer bundesgesetzlichen Regelung. Ich sehe keine Rechte Begründung, warum die zuständigen Gemeinden mit diesen Kosten zusätzlich belastet werden sollen.

Der Landrat: Ich habe Sie schon richtig verstanden. Wenn das Finanzamt nicht bezahlen will, dann müßten wir bezahlen, und dagegen möchte ich mich wehren. Wir können aber einen Antrag stellen, daß die Dinge so, wie Sie es vorgeschlagen haben, geregelt werden.

Der Kreispräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor? Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, daß die Herren Schmidt und Medau als Mitglieder und die Herren Kurtz und Sech als Stellvertreter zusätzlich in den Steuerausschuss I gewählt werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Abg. Dörries
Gemeinden
den Kosten
schneid-

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst einstimmig, die Zahl der Mitglieder und Stellvertreter des Steuerausschusses I von 6 auf 8 zu erhöhen und wählt folgende Mitglieder und Stellvertreter hinzu:

a) Mitglieder:

Paul Schmidt, Geesthacht, Buntenskamp 3,
Albert Medau, Geesthacht, Fährstr. 9,

b) Stellvertreter:

Paul Kurtz, Geesthacht, Silberberg 7,
Eduard Sech, Geesthacht, Rosenblöcken 4.

Punkt 13

Punkt 13 Neubesetzung im Wasserschauamt VII.

Der Kreispräsident: Wir kommen zu Punkt 13 der Tagesordnung, und zwar Neubesetzung im Wasserschauamt VII. Hier liegen 2 Anträge vor, und zwar 1. der Antrag, den Bauern Heinrich Hardkopp, Hornbek, zum Vorsitzenden zu wählen, und ein gleicher Antrag der BHE.-Fraktion, die vorschlägt, den Landwirt Neumann in Woltersdorf zu wählen.

Abg. Dr. Jüttner: In Abänderung der Vorlage und im Einvernehmen mit dem BHE. schlagen wir vor, als Vorsitzenden Herrn Heinrich Hardkopp in Hornbek und als Vertreter bzw. als zweites Mitglied Herrn Neumann in Woltersdorf.

Der Kreispräsident: Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Der Beschlussentwurf sieht also wie folgt aus: Der Kreistag beschließt, den Bauern Heinrich Hardkopp zum Vorsitzenden und den Landwirt Neumann-Woltersdorf zum Mitglied und stellvertr. Vorsitzenden des Wasserschauamtes VII zu wählen. Wird das Wort gewünscht? Ich lasse abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich eine Hand zu erheben, Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst mit 42 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen, den Bauern Heinrich Hardkopp-Hornbek zum Vorsitzenden und den Landwirt Neumann-Woltersdorf zum Mitglied und stellvertr. Vorsitzenden des Wasserschauamtes VII zu wählen.

Punkt 14 Brennstoffversorgung, insbesondere Hausbrandlage.

Der Kreispräsident: Dem Kreisausschuss haben Entschliessungen anderer Kreise vorgelegen, in denen die Bundesregierung und der Bundestag gebeten werden, für eine Verbesserung der Kohlenversorgung in Schleswig-Holstein Sorge zu tragen. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung vom 21.6.1951 beschlossen, dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung die Annahme einer ähnlichen Entschliessung zu empfehlen: "Die Entwicklung auf dem Gebiet der Brennstoffversorgung gibt Veranlassung, dem kommenden Winter mit größter Sorge entgegenzusehen. Der Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg fühlt sich angesichts des Ernstes der Situation und aus seiner Verantwortung gegenüber der Kreisbevölkerung heraus verpflichtet, die Landesregierung dringend zu bitten, Bundesregierung und Bundestag auf die sich bereits abzeichnenden Störungen des Wirtschaftslebens sowie die zunehmenden Nöte der Haushaltungen insbesondere der Minderbemittelten hinzuweisen. Der Kreistag hält es ferner für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß eine unzureichende Hausbrandversorgung und die bei gleichbleibender unzulänglicher Lieferung unvermeidlichen Betriebsstilllegungen in dem bereits mit einer grossen Arbeitslosenzahl belasteten Land zweifellos eine politische Radikalisierung begünstigen werden. Der Kreistag muss daher nachdrücklichst bitten, den drohenden Gefahren durch Sicherung einer unbedingt ausreichenden Hausbrandversorgung und Bereitstellung der für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens notwendigen Kohlenmengen entgegenzutreten."

Abg. Wendicke: Der Kreisausschuss hat einstimmig dieser Vorlage zugestimmt. Meine Fraktion hat dazu Stellung genommen, und ich bin beauftragt worden, folgendes auszuführen: Wir wenden uns hier in einer Frage an die Landesregierung, sie möchte weiter den dringenden Appell an die Bundesregierung richten. Wir haben in dieser Vorlage es wieder mit Hinweisen zu tun und wir müssen feststellen, daß hierauf das, was unser Herr Landrat bereits ausgeführt hat, ganz besonders zutrifft, daß wir nicht Symptome bekämpfen sollen, sondern die

Ursachen

Ursachen beseitigen. Sollen wir das unter diesem Gesichtspunkt sehen, dann bewegen wir uns an dem Rand der hohen Politik. Und wenn es heissen sollte, die Ursachen beseitigen, dann würden wir eine Debatte auslösen, wie sie im Bundestag schon zu wesentlich anderen Fragen in Bezug auf die Wirtschaftsführung üblich ist. Infolgedessen müssen wir erklären, daß wir nur mit sehr starken Bedenken ~~nur~~ dieser Entschliessung hier zustimmen. Wir könnten nur mit Begeisterung zustimmen, wenn darin enthalten wäre, die Aufforderung an den Bundestag, dafür zu sorgen, daß endlich eine andere Wirtschaftspolitik überhaupt geführt wird. Und wenn der Kreistag wollte, ganz sinngemäss eine solche Entschliessung hier vorzutragen, dann könnte er nichts anderes fordern, als daß Herr Erhard mit seiner Wirtschaftspolitik abzutreten habe. Wenn er es nicht besser machen kann, dann soll er Platz machen für Leute, die es besser machen können.

Abg. Scheibe: Bei der Zuteilung von Kohlen möchte ich bitten, die Behelfsheimbewohner, die wir im Kreise zerstreut wohnen haben, besonders zu berücksichtigen. Im Tausendjährigen Reich sind den Behelfsheimbewohnern besondere Rationen doch auch zugeteilt worden. Auf eine Anfrage von Ende Juli hat das Amt es unterlassen, darauf zu antworten.

Abg. Krützmann: Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhange zu der Brennstoff-Frage, will ich einiges von der Seite des Handwerks beleuchten. Es war vorhin gesagt worden, daß die Brennstoffversorgung oder die Benachrichtigung oder Unterrichtung der Kreise nicht in dem Sinne wohl erfolgt sei, wie es wünschenswert wäre. Falls das noch nicht klar sein sollte, möchte ich das in diesem Zusammenhange tun. Wir sind als Handwerker und Kleingewerbe in diesem Hausbrand mit drin. Die Versprechungen, die damals beim ersten Anlauf gemacht wurden, daß z.B. die Bäckereien mit 95 % versorgt werden sollten, und das dürfte wohl klar sein, daß das nötig ist, denn wir haben bei aller Kunst und Fertigkeit unseres Handwerks es noch nicht fertigbringen können, daß wir das Brot mit der Sonne backen. Mir fällt kein, wir haben in unserem Handwerk mit der Sonne vieles gemein, und so wurde auch einmal ein Menschenleben gerettet, denn vor Jahrhunderten stand vor einem Fürsten ein zum Tode Verurteilter. Da sagte der Fürst, ich will Dir das Leben schenken, wenn Du uns ein Gebäck backst, durch das dreimal die Sonne scheint. Dieser Mann hat es fertiggebracht, einen Kringel zu bracken. Wir haben es aber nicht fertiggebracht, mit der Sonne Brot zu backen. Wir müssen darauf bestehen, daß die Bäckereien, wenn nicht 100 % mindestens doch zu 95 % mit Kohlen aus diesem Sektor versorgt werden. Bei den Schlachtereien ist es so, daß wir schon grössere Betriebe haben, die im nächsten Monat ihr gesamtes Jahreskontingent Verbrauch haben. Sie sollen mit 40 % beliefert werden. Und wenn ich an ein altes Wort von Bebel erinnere, daß jedem Arbeiter auch sein Huhn im Topf und sein Fleisch im Topf zuteil werden soll, dann muss ich bitten, daß die Nahrungsmittelbetriebe wirklich zu einem grösseren Prozentsatz mit Kohlen versorgt werden. Zu schweigen ist auch nicht ganz von den Schuhmachern, die auch nicht im kalten Zimmer arbeiten können. Ich sehe mit größten Schwierigkeiten, wenn nicht grundlegend etwas geschieht. Es genügt nicht, daß paar amerikanische Dampfer mit Kohlen ankommen. Wir müssen im Winter mit größten Stilllegungen rechnen.

Abg. Scheibe: Ich muss widersprechen. Ich darf darauf hinweisen, daß Rohköstler und Vegetarier ihren Keks auch an der Sonne backen.

Der Kreispräsident: Es ist ein einfaches Mittagessen bereit. Wollen wir es um 1/2 2 Uhr einnehmen oder wollen wir es verschieben? Meine Herren, wer ist für 1/2 2 Uhr? Also um 1/2 2 Uhr wird gegessen.

(Der Kreispräsident verlässt vorübergehend die Sitzung, den Vorsitz übernimmt der Abg. Bräutigam).

Verw.

Verw. Angest. Schröder: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zunächst einleitend die mir sehr wichtig erscheinenden Ausführungen allgemeiner Art über das Verfahren zu machen, daß im laufenden Brennstoffjahr der Kohlenversorgung zu Grunde gelegt ist. Im Gegensatz zur Bewirtschaftung des Vorjahres haben wir es heute nicht mit Endverbraucherkontingenten zu tun, sondern alle Zahlen und Richtmengen, die ich Ihnen anschliessend nennen darf, gehen nur bis zum Kohlenhändler. Rechtlich hat sich für den Verbraucher gegenüber der vorjährigen Versorgung nur in sofern etwas geändert, als er künftig an den Kohlenhändler, den er sich im April gewählt hat, für ein Jahr gebunden ist. Die zeitliche Abnahme der Brennstoffmenge bleibt dem Verbraucher nach wie vor überlassen. In mengenmässiger Hinsicht wird sich die Brennstoffversorgung wie im Vorjahre nach der Verfügbarkeit richten. Wir haben in den Monaten April bis Juni eine Kundeneintragungsaktion ~~durch~~ ^{geführt} und zwar im gesamten Bundesgebiet, um endlich Unterlagen zu bekommen, den einzelnen Kohlenhändler gerecht an dem sogenannten Kohlenkuchen zu beteiligen. Diese Kundenanmeldungen sind ausgewertet worden durch Kreiskontingente, die wieder gestückt sind in Händlerkontingente. Die Versorgung des Hausbrandes erfolgt über einen Hausbrandplan, wobei ~~ein~~ ^{ein} Haushalt bis zu 2 Personen 10 Ztr. pro Jahr, ein Haushalt von 3 bis 5 Personen 14 Ztr. und einem Haushalt mit 6 und mehr Personen 17 Ztr. zugeteilt werden sollen. In allen 3 Verbrauchergruppen wird ein Zuschlag von je 4 Ztr. je Haushalt gewährt, soweit es sich um kochstromlose und gaslose Haushalte handelt. Die kleingewerbliche Bedarfsermittlung hat ergeben, daß die Verfügbarkeit dem tatsächlichen Bedarf in keiner Weise gerecht wird, so stehen dem Kreise Lauenburg für das Kleingewerbe, das auch die Behörden und Schulen einschliesst, lediglich 60 % der ermittelten Bedarfsmenge zur Verfügung. Das Problem wird dadurch noch schwieriger, daß bestimmte Verbrauchergruppen, namentlich die Bäckereien, Krankenhäuser, Molkereien, nicht nur mit 60 % ihres Bedarfs beliefert werden können, und zwar sollen diese Verbraucher mit 90 % bedacht werden. Das bedeutet, daß für die restlichen Verbraucher, also für das Handwerk, für die Schneider, Schumacher, auch für die Schulen und Behörden, nicht einmal der Durchschnittssatz von 60 % sondern lediglich ~~von~~ ^{von} 45 % zugrunde gelegt werden können. Die Kürzung dieses Kreiskontingents, die bei allen Kreisen gleichmässig aussieht, macht sich in gleicher Weise bei den einzelnen Kohlenhändlern bemerkbar. Die Industrie, soweit deren Bedarf über 120 Jahrestonnen liegt, wird nicht über derartige Hausbrandmengen versorgt sondern durch die Landesregierung, unmittelbar. Die Industrie lebt von der Hand in den Mund. Sie hat in den letzten Monaten ⁷⁰ % dessen erhalten, was im Vorjahre angefordert wurde. Grössere Betriebsstockungen sind bisher nicht zu verzeichnen gewesen. Soweit örtliche Schwierigkeiten eingetreten sind, konnte durch Aushilfslieferungen Abhilfe geschaffen werden. Zum gegenwärtigen Stand der Versorgung darf ich anführen, daß der Hausbrand mit etwa 50 % der eingangs angeführten Richtmengen beliefert ist. Die Bäckereien werden laufend versorgt, Krankenhäuser und Anstalten sind im Schnitt für 2 1/2 Monate bevorratet. Die Bevorratungen der Schulen sind unterschiedlich, und zwar wegen der Verschiedenheit des Sortenbedarfs. Die Schulen auf dem Lande brauchen durchweg Braunkohlenbriketts, in den Städten wird Koks verlangt. Grössere Schulen in den Städten sind ebenfalls für 1 1/2 - 2 Monate bevorratet. Nachrichten über angeblich ausreichende Einlagerung bei der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg sind nicht richtig. Auch die Lauenburgische Gelehrtenschule ist nur bis zum 15. November bevorratet. (Zwischenruf: Wie konnte denn in der Presse erscheinen, daß der Direktor so etwas verlautbart).

(Der Kreispräsident ist wieder zugegen und übernimmt Für den Vorsitz).

Für die Industrie sind gegenwärtig amerikanische Kohlenimporte im-
gange. Weitere Massnahmen für die Industrie sind dahingehend getrof-
fen worden, daß der sogenannte gespaltene Marktpreis eingeführt
wird. Dieser gespaltene Marktpreis sieht vor, daß jede Tonne, die
über 370.000 täglich hinaus gefördert wird, mit einem Preiszuschlag
von 25,-- DM zusätzlich an die Industrie abgegeben werden darf.
Der Hausbrand und das Kleingewerbe werden hieran nicht beteiligt.
Eine Zusammenfassung ergibt, daß der Hausbrand, selbst wenn wir
in den nächsten Wochen vielleicht 2 1/2 bis 3 Ztr. pro Haushalt
bekommen, nicht ausreichend versorgt ist, zumal wenn man bedenkt,
daß diese Sätze nicht nur zum Heizen bestimmt sind, sondern den
Kochbedarf eines Jahres mit einschliessen. Die Anwendung eines
Richtsatzes von etw 45 % bei den Gewerbebetrieben mit Ausnahme
der vorrangigen Verbraucher läßt ^{das} auf ~~Bestimmungen~~ ^{Bestimmungen} schliessen,
daß Betriebseinschränkungen, wenn nicht Betriebsstillegungen im
Laufe des Winters hingenommen werden müssen. Abschliessend darf
ich erwähnen, daß der Einfluss des Kreises auf die Gestaltung der
Kohlenversorgung sehr gering ist. Die Verantwortung für die
Verteilung der eingehenden Brennstoffmenge liegt ausschliesslich
in den Händen des Handels. Trotzdem hat sich die Kreisverwaltung
bemüht, alles zu tun, was einer Verbesserung der gegenwärtigen
Situation diene. Als Ergebnis dieser Bemühungen wäre noch anzu-
führen, daß die Landesregierung den Argumenten des Kreises, er
könne nur Braunkohlenbriketts und nicht wie die Städte auch Stein-
kohlen gebrauchen Rechnung getragen hat. Der Kreis wird mit 58 %
Braunkohlenbriketts und zu 42 % mit Steinkohlen beliefert. Die
Bemühungen brachten weiter dem Kreise, daß das Holzvorkommen und
das Vorkommen an Torf nicht angerechnet werden. Darüber hinaus
sind 2.000 t in allen Sorten in den Kreis gekommen. Es wäre ver-
fehlt, die Bemühungen darauf zu beschränken, die Mengen gerecht
zu verteilen. Seitens aller Kohlenbeauftragten ist gefordert worden,
daß man in Kiel sich nicht hierauf beschränkt, sondern versucht,
den Kuchen zu vergrössern und nur dadurch kann man den Anforderungen
der Verbraucher gerecht werden. Eine Anfrage liegt mir noch vor
über die Zuteilung von Heizmitteln für Behelfsheime. Wir haben
seitens der Verwaltung nicht die Möglichkeit, dem einzelnen Ver-
braucher zusätzliche Mengen zuzuweisen, ~~wie~~ wir überhaupt nicht
zuzuweisen können. Die Angelegenheit ist insofern aufgegriffen,
als wir nach Erhalt von Braunkohlenbriketts oder Steinkohlen aus
der Landesreserve diejenigen Kohlenhändler, die in der Hauptsache
Haushalte in Behelfsheimen und Barackenunterkünften versorgen, ~~suchen~~ ^{betonen}
~~suchen~~, über die normalen Ansprüche hinaus Zuteilungen in der
Hauptsache an Behelfsheime und Barackenunterkünfte zu geben.

Abg. Dörries: Ich war vor einigen Tagen in Geesthacht und da sagte
mir jemand, daß ich mich dafür einsetzen möchte, daß seitens der
Kreisforstverwaltung die Stubbenwerbung wieder freigegeben werden
möchte. Angeblich wäre diese früher frei gewesen, jetzt aber nicht
mehr. Ich darf es als Anregung weitergeben, damit der Kreisaus-
schuss sich mit dieser Frage befasst, damit, wenn Leute bereit sind,
diese Stubben sich selbst auszubuddeln, diesem Rechnung getragen
wird. Seitens des Kreises dürfen keine ernststen Bedenken bestehen,
diesem Wunsche zu entsprechen.

Der Kreispräsident: Herr ^FForstmeister!

Forstmeister Grabenstedt: Wenn überhaupt noch Stubben vorhanden sind,
bestehen keine Bedenken, diesem Antrage stattzugeben, Es wird dann
auch schon laufend geschehen. Ich werde mich darum kümmern.

Der Kreispräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer mit dem Entschliessungsentwurf einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag fasst einstimmig folgende Entschliessung: Die Entwicklung auf dem Gebiet der Brennstoffversorgung gibt Veranlassung, dem kommenden Winter mit größter Sorge entgegenzusehen. Der Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg fühlt sich angesichts des Ernstes der Situation und aus seiner Verantwortung gegenüber der Kreisbevölkerung heraus verpflichtet, die Landesregierung dringend zu bitten, Bundesregierung und Bundestag auf die sich bereits abzeichnenden Störungen des Wirtschaftslebens sowie die zunehmenden Nöte der Haushaltungen, insbesondere der minderbemittelten, hinzuweisen. Der Kreistag hält es ferner für eine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß eine unzureichende Hausbrandversorgung und die bei gleichbleibender unzulänglicher Lieferung unvermeidlichen Betriebsstillegungen in dem bereits mit einer grossen Arbeitslosenzahl belasteten Land zweifellos eine politische Radikalisierung begünstigen werden. Der Kreistag muss daher nachdrücklich bitten, den drohenden Gefahren durch Sicherung einer unbedingt ausreichenden Hausbrandversorgung und Bereitstellung der für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens notwendigen Kohlenmengen entgegenzutreten.

Punkt 6 Bericht des Landrats. (Fortsetzung)

Der Kreispräsident: Mir liegt nun der Antrag vor, den die Herren Dr. Herrmannsdorfer und Krützmann formuliert haben: "Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, die Landesregierung zu bitten, mehr als bisher die Bestrebungen des Kreises zu unterstützen, die Industrialisierung des Kreises voranzutreiben und ebenso der Versorgung der bestehenden Betriebe mit Kohle und Rohstoffen, der Belegung der Bauwirtschaft und der Beteiligung an Bundesaufträgen aus der Rüstungswirtschafts größte Aufmerksamkeit zu widmen." Meine Herren, wer ist dafür, daß wir diesen Antrag behandeln?

Abg. Dr. Herrmannsdorfer: Es handelt sich hier nicht um einen Dringlichkeitsantrag, sodass nicht abgestimmt zu werden braucht, ob er behandelt werden soll oder nicht. Dies ist der Antrag, der von mir gestellt worden ist am Schluss des "Berichts des Landrats".

Der Kreispräsident: Das ist richtig. Wird noch das Wort dazu gewünscht?

Abg. Kennacher: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß unsere Tätigkeit sich nicht darin erschöpfen darf, Anträge zu stellen und von höheren Dienststellen etwas zu verlangen. Wir müssen das tun, was menschenmöglich ist. Ich darf für uns in Anspruch nehmen, daß wir nichts unterlassen und stets dafür sorgen, diesem Umstand Rechnung zu tragen und wo immer möglich helfend einzuschreiten. Ich möchte einen Appell an den Kreistag richten, jeder an seinem Platz das zu tun, was ihm nicht nur gebührt, sondern sich auch darüber hinaus selbstlos für die Allgemeinheit mehr als bisher einzusetzen. Der Landrat allein kann es nicht, was soll der einzelne machen, wenn wir nicht mithelfen.

Der Kreispräsident: Wer für den Antrag ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, die Landesregierung zu bitten, mehr als bisher die Bestrebungen des Kreises zu unterstützen, die Industrialisierung des Kreises voranzutreiben und ebenso der Versorgung der bestehenden Betriebe mit Kohle und Rohstoffen, der Belebung der Bauwirtschaft und der Beteiligung an Bundesaufträgen aus der Rüstungswirtschaft grössere Aufmerksamkeit zu widmen.

Punkt 15 Antrag der SPD.-Kreistagsfraktion betr. Preiskontrolle auf Kreisebene.

Der Kreispräsident: Die SPD.-Fraktion erwartet einen Bericht des Herrn Landrats über die augenblickliche Handhabung der Preiskontrolle auf Kreisebene. Sie beabsichtigt weiter, im Anschluss folgende Entschliessung einzubringen: "Der Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg stellt fest, daß durch die derzeitigen Preisüberwachungshandhaben wirksame Kontrollen nicht möglich sind. Die Kreisverwaltung wird deshalb beauftragt, bei der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung festzustellen, ob die Preisüberwachungsstellen der Kreisverwaltungen berechtigt sind, systematisch sogenannte Reihenpreiskontrollen durchzuführen. Durch derartige Kontrollen soll untersucht werden, in wieweit in den einzelnen Gewerbezweigen Preis- bzw. Kalkulationsabreden getroffen werden." Für den Fall, daß eine Berechtigung der Preisüberwachungsstellen hierzu verneint werden sollte, soll die Landesregierung gebeten werden, eine entsprechende gesetzliche Regelung herbeizuführen, notfalls durch einen diesbezüglichen Antrag bei der Bundesregierung bzw. beim Bundestag.

Der Landrat: Meine Dame, meine Herren! Meine Einstellung hierzu habe ich dem Kreistag wiederholt offen dargelegt. Ich bin zu meinem Bedauern nach wie vor der Auffassung, daß wir in einer Zeit ausserordentlicher und wirtschaftlicher Wirren auf die unerfreuliche Preiskontrolle und die damit verbundenen unerfreulichen Eingriffe in das Wirtschaftsgefüge nicht verzichten können. Im übrigen möchte ich Ihnen zur Sache folgendes sagen: Wie ich Ihnen schon früher ausgeführt habe, gelten nur noch für folgende Lieferungen und Leistungen Höchst- bzw. Festpreise: Mieten und Pachten, Lebensmittel (Konsumbrot, Butter, Milch, Zucker, Bier), feste Brennstoffe und Fuhrleistungen (Personen- und Güterverkehr). Im übrigen besteht nur die Möglichkeit, überhöhte Preisforderungen unter dem Gesichtspunkt der Preistreiberei nach § 19 des Wirtschaftsstrafgesetzes zu unterbinden. Diese Bestimmung ist ein Gummiparagraph, mit dem man nur dann etwas anfangen kann, wenn jemand etwas ganz Grobes gemacht hat. Die Bundesregierung ist deshalb in letzter Zeit dazu übergegangen, für nicht preisgebundene Waren, die für die Wirtschaft oder für den Verbraucher von besonderer Bedeutung sind, sogenannte Richtpreise herauszugeben. Dies ist keine Preisbindung, sondern besagt lediglich, daß die Preisbehörden bei Überschreitung der Richtpreise ohne weitere Prüfung Preistreiberei anzunehmen haben. Es wird also den Überwachungsbediensteten des Landes und der Kreise die Arbeit etwas erleichtert. Verboten sind ferner Preisabreden, nämlich Preisabreden der gleichen Handels- bzw. Liefererstufen und die Preisbindung der 2. Hand. In beiden Fällen können Ausnahmen von der Preisbildungsstelle genehmigt werden. Bei Markenartikeln werden die Genehmigungen sehr häufig erteilt. Preisabreden lassen sich im allgemeinen sehr schwer nachweisen. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß diese Preisabreden augenblicklich die Preise beherrschen. Sie wissen, daß die Preisauszeichnungspflicht nicht aufgehoben ist. Hier kann also die Preisbehörde noch wirklich wirksam einschreiten. Auch die Polizei ist hier eingeschaltet. Ich darf hier anfügen, daß uns aber das Publikum in dieser Angelegenheit recht wenig unterstützt. Entweder ist das Publikum nicht im Bilde, es kauft ohne

Kopf

Kopf oder es scheut sich, die Dinge an die zuständige Stelle zu bringen. Die Preisbehörde wird auf dem Sektor Mieten grundsätzlich nur auf Antrag tätig; anders bei der allgemeinen Preisüberwachung. Hier wird selbstverständlich auch eingehenden Anzeigen nachgegangen, jedoch überwiegen die Initiativprüfungen. Die Initiative geht zum Teil von der Bundesregierung aus, die über die Preisüberwachungsstellen der Länder schlagartig sämtliche Preisbehörden der Kreise auf einen bestimmten Artikel ansetzt. Die Fleisch-, Schmalz- und Speckpreise werden auf Grund von Reihankontrollen wöchentlich überprüft und über Kiel nach Bonn berichtet. Aus eigener Initiative werden insbesondere die preisgebundenen Lebensmittel und sonstige lebenswichtige Verbrauchsgüter wie Brennstoffe, Textilien und Schuhwaren überprüft. Die Preis-moral läßt zweifellos zu wünschen übrig. Das kann ohne Übertreibung festgestellt werden. Für eine Abhilfe könnte man durch Verstärkung des Überwachungspersonals und durch Vermehrung des Katalogs der preisgebundenen Güter sorgen, wobei der letzte Weg der richtigere wäre, denn eine Verstärkung des Überwachungspersonals hat solange keinen Sinn als die Preistreibereibestimmungen nicht schärfer gefasst sind. Wir haben vor nicht allzulanger Zeit eine Entschliessung des Kreistags an die Landesregierung gegeben, worüber ich Ihnen auch in der ersten Sitzung dieses Kreistags berichtet habe. Wir haben auch laufend eine ganze Anzahl von Preisverstößen geahndet, und ich habe Ihnen schon früher einmal gesagt, daß wir damit im Kreise Herzogtum Lauenburg an der Spitze des Landes liegen. Sie wissen auch, daß ich Gelegenheit genommen habe, die Anwesenheit von Herrn Prof. Erhard in Kiel zu benutzen, um ihm unsere Sorge auf den Gebieten der Lebensmittel- und Baustoffpreise sehr nachdrücklich unter dem Beifall der anwesenden Kommunalpolitiker vorzutragen. Die Antwort hat auch in der Presse gestanden. Er sagte nämlich, er wünsche keine Polizei in der Wirtschaft. Wir wünschen es alle nicht, die Wirtschaft mit Polizeimethoden zu belangen. Aber nehmen Sie es mir nicht übel, wir stehen da in der Verwaltung hunderten von Menschen gegenüber, die oft das Nötigste nicht haben, um sich überhaupt über Wasser zu halten. Wir müssen über einen Appell an die gesamte Wirtschaft hinaus erwarten, daß die Verdienst- und Handelsspannen so niedrig wie möglich gehalten werden. Es ist nicht so einfach, in der Wirtschaft zu stehen. Die Preise schwanken oft sehr hin und her, und das Risiko ist heute weit höher als in Friedenszeiten. Es gehört ein hohes Mass von Kenntnis, Verantwortung und Risikofreudigkeit dazu, sich überhaupt hinter den Ladentisch zu stellen. Wir werden solange auf die sehr notwendige und scharfe Preiskontrolle nicht verzichten können, wie wir nicht normale Verhältnisse in der Wirtschaft haben.

Abg. Dörries: Meine Damen und Herren! Wir haben aus den Ausführungen des Herrn Landrats gehört, daß eine Preisüberwachung in gewissem Umfange erfolgt, daß aber die Möglichkeiten für eine gründlichere und wirksamere Kontrolle nicht gegeben sind. Die Befürworter der uneingeschränkten Gewerbefreiheit und die Befürworter der sogenannten freien Wirtschaft gehen bei Ihren Befürwortungen von der Erkenntnis aus, daß durch den Zugang und zwar durch den uneingeschränkten Zugang zu Handel und Gewerbe der Tüchtige sich durchsetzen wird und daß durch dieses System ganz automatisch eine wirksame Auslese erfolgt. Wir stellen fest, daß nach 1948 allein im Handel 700.000 Menschen neu hinzugekommen sind. Es ist zweifellos im Handwerk und allen anderen Berufszweigen auch ein erheblicher Zugang zu erwarten. Die Auslese wird aber mit dem tatsächlichen Zugang nicht in dem entsprechend angemessenen Verhältnis stehen. Ich habe die Vermutung, daß man den beschränkten Umsatz des einzelnen der durch die grosse Vermehrung der Handel- und Gewerbetreibenden entstanden ist, dadurch ausgleicht, daß die Preise erhöht werden insofern als Preisabreden getroffen werden und die stehen hier zur Debatte. Die Industrien haben Verkaufskontore und werden sich dort über die Preise einigen. Wenn das aber

so ist, dann muss es sich immer wieder auf die Preise auswirken und damit immer wieder zu einer Schwächung der Kaufkraft führen, und es muss auch dahin führen, daß alle Lohnerhöhungen, die sich leider erst nach geraumer Zeit den gestiegenen Preisen anpassen, unwirksam bleiben müssen. Wenn sich diese Vermutung bestätigt, daß man selbst bei einem Lohn von einer DM mit einem Unkostenaufschlag - ich greife eine Zahl heraus - von 70 % kalkuliert, und wenn dieser Lohn um 40 Dpf. gestiegen ist und markalkuliert weiter mit allen Zuschlägen, dann wird dieser Unternehmer praktisch Vorteile ziehen. Ich habe - und das sage ich ausdrücklich - die Vermutung, daß das so geschieht. Ich habe keine Beweise. Aber um diese Beweise erbringen zu lassen, haben wir diesen Antrag eingebracht, durch systematische Reihenkontrollen in ganz bestimmten Berufszweigen, die Feststellung zu treffen, ob angesichts der Lohnerhöhungen heute noch mit den-selben prozentualen Aufschlägen kalkuliert wird wie bei dem niedrigeren Lohnstand. Dem zu begegnen soll durch Herbeiführung einer entsprechenden gesetzlichen Regelung erreicht werden, denn heute haben Sie nicht die Möglichkeit, Herr Landrat, durch Ihre Überwachungsbeamten einen Berufszweig herauszugreifen und Feststellungen treffen zu lassen.

Der Landrat: Wir haben die Möglichkeit, wir haben nur nicht genug Personal.

Abg. Dörries: Sie könnten meinetwegen morgen einen ganz bestimmten Berufszweig überprüfen, um festzustellen, wie er 1948 kalkuliert hat und mit welchen Aufschlägen er heute kalkuliert. Diese Möglichkeit ist also vorhanden! Dann würde sich dieser Antrag erübrigen. Ich würde dann nur der Verwaltung empfehlen, in diesem Sinne tatsächlich einmal die Kontrollen durchzuführen. Wenn es nicht möglich ist, eine grundsätzliche Änderung herbeizuführen, dann kommen wir nie zu einer Änderung. Wenn das Gewerbe die Möglichkeit hat, Lohnerhöhungen, die sich zwangsläufig ergeben, durch entsprechende Aufträge und durch Verabredung unter einander wieder auszugleichen, dann können alle unsere Bemühungen nicht zu dem gewünschten Erfolg führen und die Verbraucherschaft wird diese Erhöhungen in größtem Umfange zu tragen haben.

Der Kreispräsident: Ich kann dann feststellen, daß Ihr Antrag entfällt.

Abg. Dörries: Ich möchte, daß solche Kontrollen durchgeführt werden und daß dem Kreisausschuss Bericht erstattet wird, zu welchem Ergebnis diese Untersuchungen geführt haben. Ich denke auch besonders an die Meiereien. Die Erhöhung der Milchpreise wird mit allen möglichen Mitteln begründet. Auf der anderen Seite ist festzustellen, daß gerade die Meiereien in den letzten Jahren erhebliche Investitionen aus eigenen Mitteln vornehmen konnten, und es würde die Öffentlichkeit durchaus interessieren, wenn seitens der Preisbehörde die konkreten Feststellungen über die Lage dieses Berufszweiges herausgestellt werden könnten, aber nicht mit Argumenten, die nicht stichhaltig sind.

Der Landrat: Ich möchte folgendes antworten. Es ist möglich, eine bestimmte Berufssparte herauszugreifen und sie auf ihre Unkosten- und Verdienstspanne von 1938 und heute zu überprüfen. Welcher Erfolg dabei herauspringt, ist eine zweite Frage. Wenn ein Betrieb heute eine höhere Spanne nimmt, so können wir ihn nicht deswegen belangen, sondern nur dann, wenn er Preistreiberei begeht, und das nachzuweisen, ist, wie gesagt, schwierig. Preistreiberei liegt nur dann vor, wenn jemand gegenüber anderen Kollegen einen überhöhten Gewinn erzielen will. Ich gebe aber zu, eine solche Prüfung wäre sehr interessant. Wir haben Herrn Piper in die Preisbehörde genommen, weil er ein versierter Fachmann auf dem Gebiete der Prüfungen ist. Er hat jahrelang im Landesernährungsamt als Prüfer gewirkt und kennt die Methoden sehr genau. Er ist in die Preisbehörde gekommen, um die Arbeit der Preisbehörde noch schlagkräftiger zu machen. Es ist nicht nur fest-

zustellen,

zustellen, daß Preisüberschreitungen vorkommen, wir können auch in grossem Umfang feststellen, daß durch die unangemessen hohe Verstärkung der Konkurrenz erhebliche Preisunterschreitungen vorkommen, wogegen sich die betreffenden Betriebe nur dadurch wehren können, daß sie wegen unlauteren Wettbewerbs gegen diese Sachen vorgehen. Wir haben eine unausgeglichene Wirtschaft heute. Voraussetzung für eine Besserung der ganzen Dinge wäre nur eine ausgesprochene Autorität der Bundesregierung von unten bis oben. Wenn wir die nicht haben, können wir mit Aussicht auf Erfolg die Dinge nicht regieren. Darüber besteht kein Zweifel.

Abg. Bruhn: Herr Dörries hat die Vermutung ausgesprochen, daß die Spanne, die die Meiereien für sich in Anspruch nehmen, zu hoch wäre. Aus eigener Kenntnis kann ich Ihnen sagen, daß die Meiereispannen ausserordentlich scharf kalkuliert sind, und zur Beruhigung möchte ich sagen, daß die Meiereien selber in einer äusserst scharfen Konkurrenz gedrängt worden sind. Ich habe nicht den Eindruck, daß von den Meiereien hinsichtlich der Abgabepreise an die Konsumenten eine Übervorteilung stattfindet. Wenn man zu dieser Frage Stellung nehmen wollte, müßte man diese Spannen eingehend prüfen. Diese Prüfungsergebnisse habe ich in sovielen Fällen, leider habe ich sie heute nicht bei mir, aber ich möchte sagen, daß die Vermutung über zu hohe Meiereispannen nicht zu recht besteht.

Abg. Dörries: Im Tabakhandel z.B. ist die Verdienstspanne ausserordentlich gering. Es können nur Betriebe existieren, die einen entsprechenden Umsatz erzielen. Wir sehen dadurch, daß man bei einer Beschränkung der Handelsspannen zu einer Verringerung des ganzen Berufszweiges kommen kann. Dem Verbraucher steht eine viel zu grosse Zahl selbständiger Gewerbebetriebe gegenüber.

Abg. Borchert: Herr Dörries hat die Frage angeschnitten, ob durch Vermehrung der Betriebe durch die Einführung der Gewerbefreiheit, durch die Vermehrung der sich daraus resultierenden Betriebe eine Verteuerung des Endpreises praktisch zustande gekommen ist, weil die erhöhte Zahl von Betrieben leben will und nun gezwungen ist, mit erhöhten Handelsspannen zu arbeiten. Ich bin nicht Ihrer Auffassung, Herr Dörries! Vielmehr bin ich der Auffassung, daß durch die Gewerbefreiheit und durch den Wegfall der Bedürfnisprüfung ein sehr starker Konkurrenzkampf entstanden ist und daß dieser dazu führt, daß die verschiedenen Handelsspannen gar nicht mal ausgenutzt werden. Der einzelne Betriebsinhaber steigert nicht die Rentabilität des Betriebes dadurch, daß er erhöhte Verdienstspannen beansprucht, denn das wäre nachteilig, er müßte mit den Preisen höher gehen und ein Absinken des Umsatzes wäre die Folge. Meiner Auffassung nach bewirken die Gewerbefreiheit und die erhöhte Anzahl der Betriebe vielmehr einen Kampf um den Umsatz in den einzelnen Berufssparten, der nur möglich ist dadurch, daß die Preise unterboten und diese Zeichen haben sich auch bereits gezeigt. Eine Beschränkung der Betriebe im Handel sollte man nicht herbeiführen, denn gerade die scharfe Konkurrenz wird geeignet sein, eine Beschränkung der Handelsspannen herbeizuführen.

Abg. Dörries: Wenn keine Preisabreden getroffen werden!

Abg. Borchert: Preisabreden im Handel gibt es wohl kaum. Anders ist es bei der erzeugenden Industrie und vielleicht auch beim Handwerk, aber auch dort halte ich es für ausgeschlossen, Preisabreden werden dort nicht vorkommen. Nach meiner Auffassung würde bei konsequenter Durchführung der Gewerbefreiheit ein noch viel stärkerer Konkurrenzkampf einsetzen, der sich nur günstig auf die Verdienstspannen und die Preise auswirken kann.

Abg. Krützmann: Wir haben das Für und Wider schon beleuchtet. Ich kann mit dem nicht übereinstimmen, was Herr Dörries ausführte, sondern möchte mich den Ausführungen des Herrn Borchert anschliessen. Durch die Übersetzung im Handel und Handwerk kommen die Betriebe nicht zu

Preisabreden

Preisabreden. Es geht im Gegenteil soweit, daß diese Dinge die Betriebe zur Selbstzerfleischung führen. Dies wird vom Verbraucher zu wenig berücksichtigt. Der Verbraucher sorgt aber selbst dafür, daß die Preise nicht zu hoch werden. Wenn hier gefordert wurde, daß wir vielleicht unser Ordnungsamt und unsere Preisbehörde verstärken sollen, dann möchte ich davon abraten, die Momente, die hier in überhöhten Preisen in der letzten Zeit zur Auswirkung kommen, haben ihre Ursachen auf anderen Ebenen, und man sollte sich auf den Standpunkt stellen wie das Finanzamt, sich nicht mit kleinen Fischen abgeben, sondern da prüfen, wo es wirklich notwendig ist. Wenn wir die Preisbehörden verstärken, kommt es nur, was besonders moniert wird unter den Gewerbetreibenden, zu einer Schnüffelei und Kleinigkeiten. Man sollte da einhaken, wo es notwendig ist, und wo Preisabreden getroffen werden können, nämlich in Verbänden, die überkreislich bestimmt sind. Bei dem Konsumbrot hat die Konkurrenz dazu geführt, daß es jetzt noch unter dem vorgeschriebenen Preis abgegeben wird. Es müßte erwogen werden, diesen Betrieben, weil sie keine Steuern mehr bezahlen können, die Subventionen zu sperren. Wir müssen gesunde Betriebe haben, um Steuern zu bekommen. Das ist aber heute kaum mehr möglich. Das Finanzamt sorgt auch dafür, daß hier etwas geschieht, indem es uns sagt: Du hast nach den Richtsätzen folgende Gewinne zu erzielen und rauszuwirtschaften. Wenn ich mit den Preisen zu tief nach unten gehe, muß ich trotzdem für die Nichteinnahme Geld bezahlen. Ich möchte davon abfaten, dieses Instrument auf Kreisebene zu vergrößern und dadurch noch mehr Unwillen zu schaffen. Die Leute gucken schon ins Schaufenster. Der Verbraucher weiss besser Bescheid wie die Preisbehörde und wird dafür sorgen, daß den hauptsächlichen Erfordernissen Rechnung getragen wird. Die richtigen Preise ergeben sind bei der sogenannten Marktwirtschaft.

Abg. Dr. Jüttner: Die Reihenkontrolle ist zulässig. Damit ist der Antrag der SPD.-Fraktion hinfällig geworden. Das Thema ist jetzt genügend behandelt. Ich stelle den Antrag auf Schluss der Debatte. Der Kreispräsident: Wer ist für den Antrag auf Schluss der Debatte. Gegenprobe, Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden. Damit ist dieser Punkt erledigt.

Punkt 16 Antrag der SPD.-Kreistagsfraktion betr. Erhöhung der Alters-Zusatz- bzw. Invaliden-Zusatz-Renten für ehem. Kreisbedienstete.

Der Kreispräsident: Die SPD.-Fraktion beantragt, allen ehem. Kreisbediensteten, die vom Kreis eine freiwillige Invaliden- bzw. Alters-Zusatz-Rente erhalten, bis auf weiteres eine Teuerungszulage von 25 % zu gewähren, soweit bisher die bezügliche Zulagen noch nicht gewährt werden. Wird hierzu das Wort gewünscht?

Abg. Dr. Jüttner: Meine Damen und Herren! Es handelt sich hierbei darum, den alten bewährten Kräften, die in den Ruhestand getreten sind, eine Zusatzrente zu gewähren. Das ist bisher durch den Kreisausschuss erfolgt, und der Kreisausschuss hat sich auch mit dieser neuen Eingabe bereits befasst. Dieser Antrag ist vom Kreisausschuss zu behandeln, und ich bitte daher um Verweisung des Antrags an den Kreisausschuss. Zur Sache ist zu sagen, daß die DS. den Vorschlag begrüßt.

Abg. Petersen: Der Antrag des Herrn Dr. Jüttner ist unzulässig. Der Antrag liegt dem Kreistag vor und ist zu behandeln.

Abg. Dörries: Der Antrag liegt vor, und Herr Dr. Jüttner stellt fest, daß seine Fraktion ihn für berechtigt hält, sodass sich eine nähere Begründung erübrigt. Die Begründung liegt darin, weil allgemein durch das neue Rentengesetz eine 25 %ige Rentenerhöhung erfolgt ist, und da ist es nach meiner Auffassung durchaus gerechtfertigt, wenn man den Kreisbediensteten, die freiwillige Renten erhalten, diese Zulage

auch

auch gewährt. Ich vermag nicht einzusehen, wenn diese grundsätzliche Zustimmung vorliegt, warum man die Vorlage an den Kreisausschuss zurückverweisen will. Wenn das grössere Gremium zusammengetreten ist und ihm dieser Antrag vorliegt, dann sollte man die Sache auch erledigen. Ich bitte, über den Antrag abstimmen zu lassen.

Abg. Aue: Meine Damen und Herren! Wenn zuständig der Kreisausschuss ist, soll er es gefälligst machen oder sollen wir aus Propagandagründen Sachen behandeln, die der Kreisausschuss behandeln kann?

Abg. Petersen: Der Kreisausschuss ist nicht zuständig für Dinge, die die gesetzlichen Vorbedingungen nicht haben. Es liegt hier ein Antrag vor, der ausserhalb der gesetzlichen Regelung steht. Die Sache muss also sowieso im Kreistag zur Behandlung kommen. Der Finanzausschuss hat der vorgeschlagenen Regelung am letzten Donnerstag bereits zugestimmt.

Abg. Dörries: Ich möchte mich für den Antrag aussprechen und stelle fest, daß meine Fraktion ebenfalls für die Annahme des Antrags ist.

Der Kreispräsident: Dann stelle ich, wenn das Wort nicht mehr gewünscht wird, den Antrag zur Abstimmung. Der Antrag liegt allen Abgeordneten vor. Es liegt noch ein weiterer Antrag vor, den Antrag der SPD.-Fraktion an den Kreisausschuss zurückzuverweisen.

Abg. Aue: Wenn der Kreistag sachlich zuständig ist, stimmen wir dem Antrag selbstverständlich zu.

Der Kreispräsident: Dann bitte ich die Abgeordneten, die für den Antrag der SPD.-Fraktion sind, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst mit 44 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, allen ehem. Kreisbediensteten, die vom Kreis eine freiwillige Invaliden- bzw. Alters-Zusatz-Rente erhalten, bis auf weiteres eine Teuerungszulage von 25 % ab 1.7.1951 zu gewähren. Mit der Durchführung des Beschlusses werden Finanzausschuss und Kreisausschuss beauftragt.

Punkt 17 Antrag der SPD.-Fraktion betr. Siedlungen im Kreise.

Der Kreispräsident: Die Behandlung des Punktes "Siedlungen im Kreise" wird voraussichtlich etwas längere Zeit in Anspruch nehmen. Wir wollen aber um 12.30 Uhr in die Mittagspause eintreten. Es wird dann sehr unglücklich sein, mitten in der Beratung aufzuhören. Ich möchte daher bitten, daß wir zuerst zu Punkt 18 kommen. Widerspruch erfolgt nicht, wir werden dann so verfahren.

Punkt 18 Anfragen, Anträge, Verschiedenes.

a) Anfrage der D.S.-Kreistagsfraktion betr. Auswirkung des Ämtergesetzes.

Der Kreispräsident: Meine Dame, meine Herren! Die Anfrage liegt Ihnen vor. Wird dazu das Wort gewünscht?

Der Landrat: Meine Damen und Herren! Die Frage der Ämter und deren Bewährung beschäftigt seit der Verabschiedung des Ämtergesetzes und des Änderungsgesetzes immer noch die Öffentlichkeit im Lande Schleswig-Holstein. Ich habe mich zur Frage der Ämter auf den Landgemeindetagungen früher als Geschäftsführer des Landgemeindetages, aber auch als Landrat, wiederholt geäußert und ich habe in Verhandlungen mit der Landesregierung die Auffassung des Landgemeinerverbandes zur Kenntnis gebracht, daß die Ämter stehen und fallen mit den Kosten, die durch sie den Gemeinden verursacht werden. Die Kosten sind in unserem Kreise nicht übermässig hoch. Sie liegen weit unter dem Durchschnitt anderer Kreise Schleswig-Holsteins wie z.B. Stormarn und Pinneberg und auch weiter unter den Kosten der Kirchspielslandgemeinden in Dithmarschen und Husum. Die D.S.-Fraktion hat nun vor einiger Zeit an mich geschrieben und mich gebeten, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Ich

Ich habe eine Antwort bisher nicht erteilen können, weil ich umfassende Umfragen halten mußte, um diese Dinge aus der Atmosphäre einer grossen Versammlung herauszubringen. Ich habe an eine große Anzahl von Amtmännern geschrieben, alte und neue Amtsschreiber gehört und ausserdem das Gemeindeprüfungsamt gebeten, sich dazu an Hand Lieb- und Stichfester Unterlagen zu äussern. Die Anfragen liegen noch nicht restlos vor. Sobald sie eingegangen sind, werde ich die Anfrage der DS.-Fraktion dem Kreisausschuss und dem Kreistage zuleiten. Einige Bürgermeister beschwerten sich, daß durch die Ämter die Selbstverwaltung der Gemeinden beeinträchtigt wird. Von diesen Beschwerden bin ich nicht überzeugt. Ich bin nicht überzeugt davon, daß ein Bürgermeister deswegen minderen Rechts ist, weil es ein Amt gibt. Ich bin vielmehr der Meinung, dass die Bürgermeister heute, wo ihnen die Wohnungssorgen, die Kassengeschäfte und die Bearbeitung der Fürsorgeaufgaben zu einem erheblichen Teil genommen sind, den Kopf frei haben für kommunale Dinge, und dass es nun möglich ist, diese Dinge zu steuern. Was sie stört, sind die hohen Kosten, die den Gemeinden nach ihrer Meinung auferlegt worden sind, und diese Dinge müssen wir sehr sorgfältig nachprüfen. Ich werde bei anderer Gelegenheit Anlass haben, hierüber eingehend zu berichten. Richtig ist, dass die Trennung der Standesamtsaufgaben von den bisherigen Trägern dieser Aufgaben in vielen Fällen unerfreulich war. Ich habe bei der Neubildung des Amtes Schwarzenbek-Land dafür gesorgt, dass Gülzow und andere Orte ihre Standesämter behielten, um nicht alte Traditionen durch Institutionen zu ersetzen, die sich nicht einfügen. Standesamtsaufgaben sind so schwierig geworden durch den Zustrom der Heimatvertriebenen, dass sie nur zur Zufriedenheit von Amtsschreibern und Amtmännern persönlich vorgenommen werden. Den Vorschlag, diese Dinge stillschweigend wieder zurückzudrehen, kann ich aber als Leiter der Kommunalaufsichtsbehörde nicht akzeptieren. Wo ich die Möglichkeit habe, eine Änderung des bisher beanstandeten Zustands vorzunehmen, werde ich das tun. Die Klagen auf Neubildung von Ämtern in Gross-Grönau bzw. Gr. Sarau und Mustin waren mir neu. Schriftliche Klagen waren bisher nicht eingegangen. Die Verwaltung ist aber gern bereit, diese Anträge zu prüfen, wobei ich zugeben will, daß die Entfernung der Grenzgemeinden vom Sitz des Amtes derartig weit ist, daß man sehr wohl überlegen kann, ob man nicht unter Ausgliederung einiger Gemeinden aus Ratzeburg-Land und aus dem Amt Berkenthin ein neues Amt, das die Gemeinden im Norden des Kreises umfasst, bilden sollte. Abschliessend dazu Stellung zu nehmen, ist heute schwierig. Es ist aber Ihre Sache, später die Neubildung eines solchen Amtes zu beschliessen. Es soll weiter geprüft werden, ob es möglich ist, ein Amt Mustin zu bilden. Die untere Grenze der Grösse der Ämter ist 3.000 Einwohner und die wird dort nicht erreicht. Ämter mit einer geringeren Einwohnerzahl wirtschaften teurer, und unter diesem Gesichtspunkt müssen die hier zu treffenden Erhebungen angestellt werden. Hiermit glaube ich auch, die Anfrage der BHE.-Fraktion für heute beantwortet zu haben.

Abg. Aue: Meine Damen und Herren! Die Angriffe gegen die Ämter sind doch eigentlich sehr heftig. Man kann nicht stillschweigend an ihnen vorbeigehen, insbesondere, da sich auf der letzten Tagung des Landgemeindevverbandes sämtliche Bürgermeister und die anwesenden Amtmänner gegen die jetzigen Ämter ausgesprochen haben.

Abg. Lamp'1: Das stimmt nicht!

Abg. Aue: Nun, sagen wir, mindestens zu 95 %. Es dreht sich nicht darum, daß den kleinen Gemeinden Aufgaben abgenommen werden, sondern es dreht sich darum, daß es aus wirtschaftlichen Gründen einfach nicht mehr so geht. Man hat uns damals gesagt, wenn die Amtskosten dazukommen, dann wird die Kreisumlage entsprechend ermässigt. Die Kreisumlage ist nicht ermässigt worden, und die Amtsumlage ist für die Gemeinden noch mit 23 % dazugekommen. Wo sollen die kleinen Gemeinden bleiben, wenn dann noch die zusätzlichen Belastungen kommen mit der

Besoldungs-

Besoldungserhöhung beim Kreis und bei den Ämtern? Die Steuerquellen der Gemeinden sind erschöpft. Irgendwo muss ein Ausweg geschaffen werden. Zur Erledigung von Selbstverwaltungsangelegenheiten bleibt den Gemeinden kein Geld. Es muss etwas passieren, damit diese Regelung mal abgeändert wird. Nach dem Ämtergesetz soll das Meldewesen zu den Ämtern gelegt werden. Wenn ich aber als Bürgermeister nicht mehr weiss wer in meiner Gemeinde wohnt, so ist das ein untragbarer Zustand. Wir haben auch durch die Verlagerung des Meldewesens eine Mehrbelastung für die Bevölkerung. Wir können nicht dulden, daß unsere Einwohner wegen Kleinigkeiten 6 - 7 km zum Amt laufen müssen. Es wird also in der Praxis so sein, daß wir diese Sachen nach wie vor entgegennehmen müssen und sie dann zum Amt hinschicken. Wir müssen aber die Karteien bei den Gemeinden auch noch führen. Es muss jeder einsehen, daß dies keine Vereinfachung ist. Wie ist es nun mit dem Fürsorgewesen? Auch dadurch ist nicht eine Entlastung, sondern eine Mehrbelastung eingetreten. Die Fürsorgeanträge muss doch der Bürgermeister aufnehmen, denn der betreffende Hilfsbedürftige kann nicht zum Amt laufen und dort seinen Antrag aufnehmen lassen. Der Bürgermeister muss sowieso zu den Anträgen Stellung nehmen, denn das kann der Amtsschreiber nicht, er kennt die Verhältnisse nicht und kann auch daher die sozialen Verhältnisse nicht beurteilen. Wir haben also eine Mehrbelastung der Gemeinden und haben zusätzlich zu fragen die Kosten. Ich gebe Ihnen recht, daß man die kleinen Gemeinden nicht mit den Kassengeschäften belasten sollte, aber die Sachen des Meldewesens und des Fürsorgewesens die gehören zu den Gemeinden. Wir müssen sparen. Die Ämter haben sich früher zu einem grossen Teil aus Polizeikosten erhalten. Die Umlagen waren $1/10$ bis $1/5$ so hoch, wie sie jetzt sind. Die kleinen Gemeinden können die Lasten der Ämter nicht mittragen. Die Ämter nehmen uns keine Arbeit ab. Gewiss, es mag für die Kreisverwaltung zweckmässig sein, wenn noch einmal eine Zwischenkontrolle durch das Amt gemacht wird. Der Instanzenweg wird aber dadurch verlängert, denn jetzt laufen die Sachen über das Amt und dann zur Gemeinde. Wir wollen die Bürokratie nicht erweitern sondern verkürzen, damit es billiger wird. Es wäre vielleicht zweckmässiger gewesen, Herr Landrat, wenn Sie nicht nur Amtmänner und Amtsschreiber zu den Stellungnahmen herangezogen hätten. Daß die Amtsschreiber dafür sind, darüber habe ich überhaupt keinen Zweifel. Meine Damen und Herren! Wir müssen die Entwicklung weiter sehen. Lesen Sie einmal die Zeitung vom Landgemeindetag und zwar die Artikel über die Ämter und über die Frage der Bezeichnung des Amtsschreibers. Es wird noch ein bis zwei Jahre dauern, dann aber wird ein Amtmann nach Besoldungsgruppe A 3, der höchsten Stufe des mittleren gehobenen Beamten, besoldet werden. Die Gemeinden übersehen das auch und sie sehen auch, daß die Bürokratie ihren Weg weiterläuft. Die Kosten der Ämter sind nicht zu verantworten und die Gemeinden können sie nicht tragen. Es ist zweckmässig, da die Bürgermeister zu hören. Abhilfe muss hier geschaffen werden.

Abg. Dr. Jüttner: Ich glaube, Herr Landrat, Sie haben schon feststellen können, wie diese Dinge in den anderen Kreisen des Landes gehandhabt worden sind. In anderen Kreisen ist das Meldewesen bei den Gemeinden geblieben. Ich kann das nur unterstützen, was Herr Aue gesagt hat, und bitte es zu prüfen.

Abg. Kannacher: Ich wollte einen Bericht in der Angelegenheit Gr. Grönau haben. Diese Angelegenheit haben wir einmal angelegentlich einer Kreisausschuss-Sitzung behandelt, um hier Abhilfe zu schaffen, braucht man nicht zu warten, bis die Sache mit den anderen Ämtern geregelt wird.

Abg. Jabs: Dieses heisse Eisen muss einmal angefasst werden. Beleuchtet ist die Angelegenheit nun in erster Linie von Seiten der Verwaltung. Wir müssen uns aber auch damit beschäftigen, was sagen die Einwohner der betreffenden Gebiete zu dieser Mehrbelastung. Wenn uns

uns vorgerechnet wird, dass die Kosten kleiner sein sollen, dann vermögen wir nachzuweisen, dass sie auf 400 bis 500 % angestiegen sind gegenüber den Kosten von 1938. Wenn man die Zahlen von 1940 zugrunde legt, bei denen die Vergnügungssteuer nicht mehr in Erscheinung trat, dann liegen die heutigen Kosten immer noch um 340 bis 380 % höher, wobei nicht berücksichtigt ist die Mehrbelastung der Einwohner durch Reisekosten usw. Wenn jemand 14 km und mehr vom Amt entfernt ist, versäumt er Zeit und macht sich Kosten, um seine Angelegenheiten auf dem Amt zu erledigen. Die Übertragung des Meldewesens ist eine der unhaltbarsten Massnahmen bei der Sache überhaupt. Warum einfach, wenn es kompliziert auch geht? Die Standesämter aber gehören dahin. Die Verwaltung versucht in sehr vielen Fällen, Einsparungen nachzuweisen. Das geht dann durch die Zeitungen, daß z.B. 14.000 DM eingespart sind. Dann aber hat man offenbar zugrundegelegt eine Zeit, die in der Zeit der Bewirtschaftung liegt, und hat die Gesamtkosten, die den Gemeinden durch die Bewirtschaftung entstanden sind, mit herangezogen. Wir können nur die Jahre 1938 und 1950 vergleichen. Ich möchte vorschlagen, diese Angelegenheit genauestens zu prüfen und in erster Linie Bürgermeister und Einwohner dazuzuhören und weniger Amtmänner und Amtsschreiber.

Abg. Stop: Ich habe absichtlich zu dieser Frage bisher nicht Stellung genommen, weil ich zu sehr Partei bin. Unsere Entfernung zum Amt beträgt bis zu 17 km. Der größte Teil der neuen Einwohner der Gemeinden ist erwerbslos und hat am Sitze des Amtes zu tun. Sie müssen 2,— DM bis 2,40 DM verfahren in persönlichen Angelegenheiten, die sie auf dem Amt regeln wollen. Wir hatten früher einen Amtsbezirk Gr. Sarau. Man sollte jetzt ein neues Amt in Gr. Grönau bilden, man brauchte dann nur den alten Amtsbezirk wiederherzustellen. Es ist alles da: Standesamt, Kirche und Schulverband. Zu der jetzigen Praxis möchte ich folgendes sagen: Die Arbeitslosen mußten z.B. ihre Steuerkarten in Ratzeburg in Empfang nehmen. Wer nicht selber dort war, bekam sie nicht. Es wäre doch wohl zweckmässig, daß die Ausgabe solcher Sachen vom Amt aus in der zuständigen Gemeinde geschieht. Ich bitte doch, bei der Errichtung des Amtsbezirks Gr. Grönau beschleunigt zu verfahren, da uns in den Gemeinden dort die Arbeit dadurch wesentlich erleichtert wird.

Der Landrat: Meine Damen und Herren! Ich stimme mit dem, was der Abg. von Aue ausgeführt hat, weitgehend überein. Ich komme aus einem Lande, wo es keine Ämter gab. Verkennen Sie aber bitte eines nicht: Die Fürsorgeaufgaben sind in der Bearbeitung heute so kompliziert, daß sie ein Mann, der im Hauptberuf den ganzen Tag tätig gewesen ist, heute nebenamtlich nicht so erledigen kann, daß nicht für die Gemeinde unerfreuliche Kosten kommen. Die Wohnungssachen müssen aus Zweckmässigkeitsgründen ebenfalls aus der Ortsebene herausgenommen und verlagert werden. Hinsichtlich des Meldewesens unterstütze ich Sie vollkommen. Ich habe mich energisch dagegen gewendet, daß die Meldesachen auf die Ämter übertragen werden sollten. Wenn ich Amtsschreiber und Amtmänner befragt habe, so nur, um für die Kosten einwandfreie Unterlagen zu bekommen. Ich will Ihnen aus der Praxis sagen, daß wir tatsächlich unter den heutigen Verhältnissen nicht annähernd imstande gewesen wären, ohne nebenamtliche und hauptamtliche Kräfte die Sachen zu erledigen und die heutige Verwaltung, die ausserordentlich kompliziert ist, nun in der Weise weiterzuführen, wie es vor dem Kriege völlig genügte. Früher hatte ein Bürgermeister nicht eine einzige nebenamtliche Hilfskraft. Wir hatten in Mecklenburg die billigste Verwaltung überhaupt in Deutschland. Das war vom Reichsinnenministerium ausdrücklich festgestellt worden. Ich werde aber auch noch Bürgermeister zu diesen Fragen hören und hoffe, dann zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Die Ämter von heute auf morgen aufzulösen halte ich für unmöglich.

Der

Der Kreispräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dieser Punkt ist hiermit erledigt.

b) Stand der Maul- und Klauenseuche im Kreise.

Der Kreispräsident: Ich habe folgende Frage: Wünscht der Kreistag, daß Herr Dr. Wulfsberg, der jetzt anwesend ist, einen kurzen Bericht über den Stand der Maul- und Klauenseuche im Kreise gibt? Ich stelle fest, daß die Mehrheit dafür ist.

Dr. Wulfsberg: Seit einigen Monaten wirkt die Klauenseuche im Lande und hat auch der Lauenburger Bauernschaft erhebliche Schäden zugefügt. Insgesamt sind rund 8.000 Tiere in 6 - 700 Beständen erkrankt. Unmittelbar zugrunde gegangen sind 120 Großtiere. Diese Summe ist verhältnismässig gering im Vergleich zu anderen Kreisen. Als es sich herausstellte, daß es sich bei der Seuche nicht um einen einfachen Seuchengang handelte sondern um eine der Epidemien, die von Zeit zu Zeit durchs Land rasen, hat die Veterinäraufsicht versucht, der Seuche Herr zu werden. Sie hat mit erheblichen Impfstoffmengen den Seuchenaufbau zweifellos ganz wesentlich beeinflusst. Leider gab es erhebliche Schwierigkeiten, als der Typ der Seuche mitten in der Seuche sprang und z.B. von einem Typ A4 auf A 5 übersprang. Daraufhin mußte der Impfstoff geändert werden und es gingen erhebliche kostbare Wochen verloren. Wir haben hier für $\frac{1}{4}$ Mill. DM Impfstoff verbraucht. Dem Aussenstehenden mag dies als eine grosse Summe erscheinen. Wenn Sie aber bedenken, daß diese verseuchten 8.000 Tiere schon einen Schaden von rd. 1 Mill. DM gebracht haben, dann werden Sie auch Verständnis dafür haben, daß wir den Impfstoff im Werte von $\frac{1}{4}$ Mill. DM zur Anwendung brachten. Die Seuche ist inzwischen ganz wesentlich abgeklungen. Wir haben z.Zt. noch 70 verseuchte Bestände, und wenn der Rückgang weiter so vor sich geht, wird die Seuche im wesentlichen am 1.11. behoben sein. Allerdings muss ich sagen, daß uns von Stormarn und Lübeck der Typ C der Seuche droht. Wir haben aber im Kreis um Lübeck und Stormarn 2 Ringe mit C-Vaccine gelegt. Dieser Ring wird hoffentlich halten und die Seuche wird dann erlöschen.

Abg. Dr. Jüttner: Wieviele Tiere sind gefallen?

Dr. Wulfsberg: 8.000 Tiere waren erkrankt und 120 sind gefallen. Die Zonengrenze hat sich in diesem Falle günstig ausgewirkt. Wir haben im Osten die geschlossene Grenzen und diese hat sich auch auf die Ausbreitung der Seuche günstig ausgewirkt, während die anderen Kreise wie Stormarn, Segeberg usw. an allen Seiten offene Grenzen haben und stärker befallen sind als unser Kreis.

Abg. Lamp'l: Wie steht es mit der Tollwut?

Dr. Wulfsberg: Sie tritt nur noch sporadisch auf. Wenn die Tollwut vereinzelt unter Rindern aufgetreten ist, ist sie immer bedingt gewesen durch Dachse und Füchse, und daran können wir schlecht heran. Es handelt sich aber nur noch um sporadische Fälle, und ich nehme an, daß wir nach Zustimmung der Veterinäraufsicht des Landes bald wenigstens den Maulkorb fallen lassen können.

Der Kreispräsident: Weitere Wortmeldungen sind nicht. Der Punkt ist abgeschlossen. Wir treten dann in die Mittagspause ein. Ich hoffe, daß Sie in einer halben Stunde alle fertig sind. In einer halben Stunde kann man viel essen.

Der Kreispräsident unterbricht die Sitzung 13.35 Uhr.

Der

Der Kreispräsident eröffnet 14.30 Uhr wieder die Sitzung: Meine Dame, meine Herren! Wir treten wieder in die Tagesordnung ein und kommen zu Punkt 17.

Punkt 17 Antrag der SPD.-Kreistagsfraktion betr. Siedlungen im Kreise.

Der Kreispräsident: Die SPD.-Kreistagsfraktion erwartet zu diesem Punkt einen Bericht des Abg. Dr. Jüttner über den bei den Besichtigungen festgestellten Zustand der Siedlungen in Neuhorst, Kehrsen, Hakendorf, Sophiental und Wentorf A.W. Ich bitte Herrn Dr. Jüttner, dem Kreistag diesen Bericht zu geben.

Abg. Dr. Jüttner: Herr Kreispräsident, meine Dame, meine Herren! Die SPD. hat den Antrag eingebracht, daß ich Ihnen, meine Abgeordneten, einen Bericht über die Verhältnisse in den Siedlungen in Kehrsen, Neuhorst, Sophiental, Hakendorf und Wentorf erstatten soll. Ich komme diesem Wunsche umso lieber nach, als auch die DS. die Absicht hatte, diesen Antrag einzubringen. Nur dem Umstande, daß ich wenige Tage vor Ablauf der Antragsfrist durch einen Todesfall abberufen wurde und meine telegrafische Anweisung an unsere Dienststelle 48 Stunden unterwegs war, ist es zu verdanken, daß nicht ein gleicher Antrag meiner Fraktion vorliegt. Zunächst möchte ich zu den Siedlungen in den Gemeinden Neuhorst, Kehrsen, Sophiental und Hakendorf Stellung nehmen, während ich Wentorf bei Reinbek am Schlusse meiner Ausführungen behandeln werde, da hier besondere, das heisst besonders bedauerliche und unhaltbare Verhältnisse vorliegen. Schon kurze Zeit nachdem die Siedler im Laufe des vorigen Jahres ihre Siedlungen in den ersten vier genannten Gemeinden bezogen hatten, wurden Klagen laut, die nicht verstumten, ja, die sich immer mehr steigerten, je näher es und je mehr es in den Herbst und Winter 1950 ging. Angesichts der Tatsache, daß ein nicht unerheblicher Teil der Siedler Flüchtlinge sind, vermutlich bis dahin raummässig sehr beengt lebten und daher mit der Siedlung eine Verbesserung erfuhren, war es umsomehr verwunderlich, daß so schnell erhebliche Klagen einsetzten. Aber das gerade sprach dafür, daß es mit diesen Klagen schon eine besondere Bewandnis haben musste. Diese Klagen waren manigfachster Art; sie trafen zwar für alle Siedlungen nicht in gleicher Weise und in gleichem Umfange zu, wiederholten sich aber doch sehr stark innerhalb der vier Siedlungen. Auf die einzelnen Siedlungen werde ich weiter unten eingehen. Allgemein handelte es sich um folgendes: Bereits bei ihrer Anreise mußte ein grosser Teil der Siedler feststellen, daß die Gebäude noch unfertig waren und daß die Wegeverhältnisse zu einem erheblichen Teil katastrophal waren. Licht und Strom fehlten in einem grossen Teil der Siedlungen, sodass die Siedler ihre elektrischen Maschinen und Geräte bis vor kurzem nicht benutzen konnten. Weitere Klagen waren: Unzweckmässige und unwirtschaftliche Planung mit zum Teil sehr schlechter Lage der neuen Siedlerstellen (Neuhorst), unzweckmässige Landverteilung und weit auseinanderliegende Parzellen. Geklagt wurde weiter über mangelhafte Ausstattung mit Erntevorräten, zu hohe Anrechnung des von den Siedlern zu übernehmenden Inventars, nachträgliche Mehrbelastung der einzelnen Stellen durch angebliche Mehrbaukosten, Übergabe von Öd- und Moorland, das nicht genügend oder gar nicht drainiert war, Zerreißen von Drainagesträngen ohne Wiederherstellung, ansteigende Arbeitslosigkeit in Neuhorst durch Brotlosmachung landwirtschaftlicher Arbeiter, Raubbau am Gemeinschaftswald und eine Anzahl weiterer baulicher Mängel. Geklagt wurde auch ferner darüber, daß verschiedentlich Siedlern, die sich gegen diese Mängel zur Wehr setzten, seitens der Landesgesellschaft bedeutet wurde, daß sie noch keinen Vertrag hätten und daher jederzeit auch wieder heruntergesetzt werden könnten, bzw. von ihrer bevorstehenden Berufung als Siedler Abstand genommen werden könnte.

Gerade

Gerade aber die Tatsache, daß die Siedler bis vor kurzem in einem vertraglosen Zustand zur Landgesellschaft standen und nicht wußten, wie ihre Rente endgültig einmal sein würde, verursachte in zunehmendem Masse Unruhe unter den Siedlern. So kam es, daß bei den verschiedensten Stellen und Organisationen Beschwerden eingingen und daß sich auch der Kreisausschuss wiederholt mit den Klagen beschäftigen mußte. Klagen wurden aber nicht nur von den Siedlern geführt, sondern auch von anderen Stellen, so u.a. vom Kreisbauernverband und von der Kreishandwerkerschaft. Gerade auch die Klagen aus Handwerkerkreisen waren besonders berechtigt. Die Preise waren hier seitens der Landgesellschaft so stark gedrückt worden, daß verschiedentlich Bauunternehmer in größte wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten. Dazu möge ein Schreiben der Kreishandwerkerschaft vom 22.8.1951 erläuternd Aufschluss geben, in dem es u.a. wie folgt heisst: "Unter Bezugnahme auf die persönliche Unterredung mit dem Linksunterzeichneten betr. der Siedlungsbauten in Kehrsen und Hakendorf teilen wir Ihnen mit, daß dieses Thema vor Inangriffnahme des Projektes am 14.2.50 Gegenstand einer Beratung innerhalb der Obermeisterversammlung gewesen ist. Aus dem uns vorliegenden Protokoll geht hervor, daß die Planungen eingehend erörtert und von den Bausachverständigen allgemein und übereinstimmend festgestellt wurde, daß die geplanten Siedlungsbauten in ihrer Art als Primitivsiedlungen anzusprechen sind. Es wurde weiterhin offen und warnend darauf hingewiesen, daß auf Grund der vorgesehenen äusserst dürftigen Bauweise sich später zwangsläufig Mängel ergeben werden, deren Beseitigung der Landesregierung noch Kopfschmerzen bereiten würde, und es besser und klüger sei, die Bauten in einer stabileren und haltbareren Art auszuschreiben. In der darauf folgenden Diskussion wurde allgemein der Standpunkt vertreten, daß die Einsparungen am falschen Platze und völlig unangebracht sind. Unsererseits sei noch zu bemerken," so fährt die Kreishandwerkerschaft fort, "daß während der Bautätigkeit derartig kurzfristige Termine gestellt worden sind, daß das Handwerk trotz emsiger Arbeit kaum in der Lage war, diese völlig ausserhalb der Praxis liegenden Fristen einzuhalten. Wir möchten besonders betonen, daß das Handwerk sich an die vorliegenden Zeichnungen und Fristen halten musste und für später auftretende Beanstandungen in keinem Falle haftbar zu machen ist." Besonders drastisch werden die Dinge in Neuhorst in einem Schreiben der Meierreigenossenschaft Schmilau an den Herrn Landwirtschaftsminister in Kiel vom 28.6.1951 geschildert, dessen Abschrift dem Herrn Landrat zugeleitet wurde und in dem es u.a. heisst: "Die Siedlungen wurden gróßtenteils einfach mitten in schweren Ackerlehm Boden hineingebaut, die dazugehörigen Wege aber nur auf der Karte vorgesehen. Die Zuwegung zu den Ställen erinnert jetzt im Sommer nach einigen Gewitterregenfällen schon an die schlechtesten russischen Verhältnisse, im Winter ist der Zustand weit schlimmer wie im finstersten Russland, kein Wunder, dass der Neusiedlerorts teil im Volksmunde bereits Stalingrad genannt wird. Die Verhältnisse sind im Winter dort derart katastrophal, dass es ein menschenunwürdiges Verlangen ist, dass die Landges. dort Siedler angesetzt hat, und dass dieser Zustand die ganze Siedlungstätigkeit in Schleswig-Holstein in Misskredit bringt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Siedlern liegen nun so, dass sie im kommenden Winter nicht mehr in der Lage sein werden, ihre Milch, die fast die einzige und die Haupteinnahme dieser Betriebe darstellt, zur Meierei zu liefern. Die Wege sind tatsächlich derart unvorstellbar unmöglich, dass im Winter keinerlei Verkehr zu den Siedlungen mehr möglich ist. Ausser der Unmöglichkeit der Milchabfuhr kommt noch hinzu, dass kein Lohndrescher, keine Kartoffeldämpfkolonne,

kein

kein Tierarzt, kein Arzt und keine Feuerwehr die Möglichkeit haben, zu diesen Siedlungen im Bedarfsfalle zu gelangen. Hinzu kommt noch, dass die Siedler nicht einmal in der Lage sein werden, ihre Hackfruchternte im Herbst von ihren Feldern zu ihren Hofstellen zu transportieren. Durch die Unterlassung der Anlage von Wegen und des Ausbaues derselben sind die Siedler also dazu verdammt, auf den Stellen zu verkümmern, da jeder für einen landw. Betrieb unbedingt erforderliche Verkehrsweg völlig fehlt." Dass seitens der zuständigen Bürgermeister und des Amtes Sterley Beschwerden in gleichem oder ähnlichem Sinne bei dem Herrn Landrat eingingen, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Gar nicht ^{aber} zu verantworten war, dass man Siedlungen errichtete und wie in Neuhorst und Neugüster keine Feuerlöschteiche baute, sodass im Falle eines Brandes, falls die Feuerwehr wegen der unglaublichen Wege hätte überhaupt herankommen können, keine Löschmöglichkeit bestand. Dass dem so ist, ergibt sich aus einem Fall, der in Neuhorst eintrat. Am 15.4.1951 brach bei dem Siedler Fölmer Feuer aus. Lassen wir den Bericht des Kreisfeuerwehrführers Steinbock vom 18.4.1951 sprechen, in dem es heisst: "Bei dieser Brandstättenermittlung wurde festgestellt, daß diese Siedlung mit 10 Siedlerstellen, wozu auch das vom Brande betroffene Gehöft gehört, ca 1 km von der festen Strasse Mölln-Sterley entfernt liegt. Der Weg ist so verheerend, daß es den angeforderten Feuerwehren kaum und Großlöschfahrzeugen unmöglich ist, die Siedlung zu erreichen. Die Abstellung dieses Mangels durch die Herstellung eines befestigten Weges ist dringend erforderlich. Es wird um weitere Veranlassung bei der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft gebeten. Weiter befindet sich in dieser Siedlung kein Fernsprecher, sodass der Melder von der Brandstätte bis zum nächsten Fernsprecher auf dem Stammhofes früheren Gutes Neuhorst ca. 20 Minuten benötigt. Auch die Herstellung eines Fernsprechers für eintretende Notstände in dieser Siedlung wird für dringend erforderlich gehalten." Der von Steinbock errechnete Schaden wurde mit 15.000,-- DM angegeben. Zu diesem Bericht ist wohl jeder Kommentar überflüssig. In einem Bericht des Brandmeisters für Neu-Güster heisst es: "Bei der im September 1951 abgehaltenen Alarmübung der freiwilligen Feuerwehr Roseburg war mein Übungsplan Neu-Güster. Dieser Ortsteil, welcher zur Gemeinde Roseburg gehört, und von 6 Siedlerbetrieben à 80 Morgen und von 6 à 10 Morgen bewirtschaftet wird, ist in einem Brandfalle völlig ohne Schutz, da keine Wasserstelle vorhanden ist. Es besteht besonders grosse Gefahr, da mitten im Ort 3 Scheunen mit Stroh gedeckt stehen. Das Anlegen einer Wasserstelle ist seinerzeit von der Landgesellschaft übernommen worden." Wenn auch noch bis in die letzte Zeit Vertreter der Landgesellschaft behaupteten, daß kaum noch Klagen seitens der Siedler vorgebracht werden, so mag das in der Tat der Fall gewesen sein; aber nicht, weil alles in bester Ordnung war, sondern weil die Siedler langsam müde wurden. Naturgemäss haben sich auch der Kreisausschuss und der Agrarausschuss im Laufe des Jahres 1951 wiederholt mit den Dingen beschäftigt. So heisst es in dem K.A.-Protokoll vom 1.3.1951: "Abg. Haack teilt mit, daß die Siedler in Hakendorf und Neuhorst unzufrieden sind, weil ihnen noch kein Vertrag ausgehändigt worden ist. Ausserdem sei die Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft ihren Wegbauverpflichtungen immer noch nicht nachgekommen. Hier müsse dringend geholfen werden. Der Landrat erwidert, daß er im Einvernehmen mit der Kreisbauernkammer, sobald es ihm möglich sei, eine Besichtigung der Siedlungen vornehmen wolle. Ausserdem habe er am kommenden Sonnabend eine Besprechung mit Herrn Meyne; er werde mit ihm auch über diesen Fall sprechen und zusammen mit ihm das Erforderliche veranlassen." Und dann im K.A.-Protokoll vom 29.3.1951 heisst es:

"Der

"Der Landrat führt aus, daß in der K.A.-Sitzung am 1.3.1951 Klage darüber geführt worden sei, daß die Siedler in Hakendorf und Neuhorst immer noch nicht im Besitz ihrer Verträge sind und daß ausserdem die Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft ihren Wegebauverpflichtungen noch nicht nachgekommen ist. Er habe zunächst mit Herrn Kreisbauernvorsteher Meyne vereinbart, von der Kreislandwirtschaftsbehörde aus das Erforderliche zu veranlassen." Nachdem auf Vorstellung des Herrn Landrats wegen der bisher nicht erfolgten Wegausbauten und Meliorationen die Landgesellschaft geantwortet hatte, daß die Inangriffnahme der Arbeiten lediglich von der Anerkennung durch das Landesarbeitsamt als Notstandsmassnahme abhängt, hat der Herr Landrat mit Recht in einem Schreiben von 16.7. gegenüber der Landgesellschaft festgestellt, daß die Stadt Ratzeburg ihren Antrag auf Förderung von Strassenarbeiten im Januar 1951 gestellt und bereits Mitte März die Anerkennung des Landesarbeitsamtes erhalten hatte. Es heisst dann weiter in dem Schreiben des Landrats an die Landgesellschaft: "Es muss daher der Eindruck entstehen, daß doch seitens der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft in den zurückliegenden Monaten nicht alles versucht worden ist, um die wirklich katastrophalen Mißstände in den Siedlungsgebieten abzustellen. Von allen Seiten wird immer wieder an mich herangetreten, auch von mir aus bei einer umgehenden Änderung der jetzigen Verhältnisse behilflich zu sein. Dass die Klagen, insbesondere über die Wegeverhältnisse berechtigt sind, dürfte auch Ihnen bekannt sein." Offenbar auf Grund dieses Schreibens meldete sich Herr Oberregierungsrat Dr. Krüger von der Landgesellschaft zu einer Rücksprache bei dem Herrn Landrat Wandschneider an für den 31.7.1951 mit dem Thema "Klagen der Siedler". Herr Landrat Wandschneider war tags zuvor auf Urlaub gegangen, ich vertrat ihn und nahm daher den Termin wahr. Infolge eines nicht von mir verschuldeten Organisationsfehlers erreichte mich Herr Dr. Krüger nicht. Da ich es für richtig hielt, daß Herr Dr. Krüger aus berufenstem Munde hören sollte, wo die Siedler noch der Schuh drückt, bat ich zu dieser Besprechung 5 Siedler herein, die mir als Siedlervertreter benannt worden waren. Wie ich inzwischen festgestellt habe, befanden sich tatsächlich unter den 5 Erschienenen 4 gewählte Siedlervertreter. An Stelle von Herrn Direktor Krüger verhandelten wir dann mit dem Sachbearbeiter von der Landgesellschaft, Herrn Lütt, der zufällig in Sophiental bei Herrn Dr. Müller anwesend war und den ich hineinbat, um nicht die Siedler umsonst nach Ratzeburg bemüht zu haben. Auch in dieser Besprechung brachten die Siedler erneut eine Reihe von Klagen vor, so u.a. auch die, daß sich der örtliche Vertreter der Landgesellschaft, Herr Dr. Müller, nicht genügend um die Belange der Siedler kümmere. Von den Siedlern wurde ferner der Wunsch ausgesprochen, daß sich bald Vertreter der Kreisbehörde, der Landwirtschaft, der Landgesellschaft und der Presse durch eine Besichtigung von den Dingen überzeugen sollen, da sie, die Siedler, doch nichts mehr erreichten. Nach eingehender Aussprache waren sich mit Rücksicht auf den bevorstehenden Herbst und die unbedingt erforderlichen Wegebauarbeiten alle Beteiligten darüber einig, daß die Besichtigung nicht erst nach Rückkehr des Herrn Landrats Wandschneider aus dem Urlaub (20.8.50) sondern bald erfolgen sollte. Dem gleichen Wunsch sprach auch der Kreisbauernverband aus. So wurde am 4.8. unter Teilnahme von Herrn Kreispräsidenten Dreves, Vertretern des Kreisbauamtes und des Kreisbauernverbandes, sowie örtlicher Vertreter, insbesondere Bürgermeister und Siedler, die erste Besichtigung und zwar in den Gemeinden Neuhorst und Kehrsen vorgenommen. Die zweite Besichtigungsfahrt in die Siedlungen Hakendorf und Sophiental erfolgt am 18.8. und die dritte Fahrt nach Wentorf A.W. am 18.9.51.

Das

Das Ergebnis der Feststellungen dieser Besichtigungen, die sich wegen Zeitmangels immer nur auf einen Teil der Siedlungen erstrecken konnten, das aber bei einer eingehenden Untersuchung wahrscheinlich interessanter gewesen wäre, liegt Ihnen, meine Abgeordneten, in Berichtsform vor. Ich kann mich darauf beschränken, die wichtigsten Merkmale hervorzuheben. Dabei möchte ich, um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschalten, eins vorweg betonen. Die DS. sowohl wie meine Fraktion Sammlung sind keineswegs gegen den Siedlungsgedanken eingestellt. Sie bejahen ihn in jeder Beziehung, wo er vernünftig durchgeführt wird; sie werden sich aber dagegen auflehnen, wenn bei der Durchführung einer Siedlung derartige Mißstände auftreten, wie wir sie in unserem Kreise feststellen mußten, die angetan sind, dem Siedlungsgedanken schweren Schaden zuzufügen. Es kam uns nicht darauf an, den Siedlungsgedanken als solchen zu kritisieren, sondern dafür zu wirken, daß endlich den Siedlern entscheidend geholfen wird, nachdem mehr oder weniger alle bisher von allen Stellen unternommenen Schritte vergeblich waren. Und es kam darauf an, der Landesgesellschaft eindeutig klarzumachen, daß sie nicht mehr in gleicher Weise so mit Menschen und mit öffentlichen Mitteln verfahren kann, wie es hier geschah. Ich habe es mir daher auch erspart, auf die in letzter Zeit von verschiedenen Siedlern veröffentlichten "Eingesandts" zu antworten, weil 1. ihre Ausführungen von der weitüberwiegenden Mehrheit der Siedler gar nicht gebilligt wurden und 2. weil die Einsender meine Ausführungen und mein Wollen entweder mißverstanden oder gar nicht verstanden haben oder verstehen wollten. Und nun zu den Siedlungen im einzelnen: In Neuhorst und Kehrsen sind insgesamt rund 450 ha aufgesiedelt worden. Bodenklasse: guter Lehmboden. Von dem Gut Neuhorst lebten früher 33 Familien, heute nach der Aufsiedlung 19 Familien. Von den Inhabern der Heimstätten und der Kleinsiedlungen sind 11 ohne Dauer-arbeitsstellen. Zu der Planung: Es ist unverständlich, weshalb man bei der Aufsiedlung des Gutes nicht ein Dorf geschaffen hat, denn bei der jetzigen Anlage ist die Schaffung grosser Strassenlängen, Versorgungsleitungen usw. erforderlich, was bei der Errichtung der Siedlungen in geschlossener Ortslage gespart worden wäre. So müssen jetzt z.B. statt 1 km rund 3 km Strassen ausgebaut werden. Der Kostenaufwand hierfür beträgt schätzungsweise ca. 200.000 DM. Das Land liegt teilweise sehr weit von den Siedlungen entfernt und ist teilweise auch zu stark parzelliert. Die meisten Stellen haben keine Hofkoppeln. Die Siedler müssen, um ihre Flächen zu erreichen, zum Teil über die Flächen der Nachbarn fahren. Der Gebäudeabstand ist häufig zu gering (ca 8 m), sodass keine Erweiterungsmöglichkeit besteht, ausserdem sind aus Gründen des Feuerschutzes hiergegen Bedenken zu erheben. Die Düngestätten liegen z.T. auf der Strassenseite. Die Unterhaltung der Drainagen ist auch seit der Übernahme des Landes unterblieben, teilweise wurde sie bei der Errichtung der Baulichkeiten durchschnitten und nicht wieder hergestellt. Zu den Strassen ist zu sagen: Ausgebaut ist lediglich die Strasse Brunsmark-Sterley mit einem Gesamtkostenaufwand von 240.000 DM mit Hilfe des Kreises und der Gemeinden, wozu die Landesgesellschaft 10.000 DM beitrug. Es fehlt jegliche Verbindung von Neuhorst nach Kehrsen-Abbau im Zuge des Weges Neuhorst-Lehmrade, denn der vorhandene Feldweg ist unpassierbar. Die Anlieger fahren neben dem Wege auf dem Feld, und auch das ist nur in der trockenen Jahreszeit möglich. Dadurch sind rund 1 1/2 Morgen Land der Bestellung entzogen. Meine Dame, meine Herren! Ich betone dies ausdrücklich. Ich soll erklärt haben, daß durch die Siedlungen kostbares Land vergeudet worden sei. Ich habe aber lediglich gesagt, daß die Wege unpassierbar sind und dadurch kostbares Land vergeudet wird. Obwohl am Tage der Besichtigung und auch an den vorhergegangenen Tagen trockenes Wetter herrschte, war dieser Weg nass mit tief ausgeschnittenen Radspuuren und nicht oder nur stellenweise passier-

bar,

bar, erinnernd an russische Verhältnisse. In Kehrsen-Abbau wurde mitten auf der Dorfstrasse ein grösserer Teich, auf dem Enten schwammen, angetroffen. Um ein Läch in der Strasse (ca 30 m) notdürftig passierbar zu machen, mußten die Siedler in Selbsthilfe 40 Fuder Sand aufbringen. Bauweise: Bei der Bauweise der Siedlungen fällt auf, daß die Holzkonstruktion in den Scheunenteilen zum Teil zu schwach sind. Es biegen sich z.B. die Riegel über den Türen durch. Die Brandmauern sind zu einem grossen Teil nicht vorhanden, weitere bauaufsichtliche Anforderungen in dieser Hinsicht sind nicht berücksichtigt. Verschiedene Keller stehen selbst im Sommer unter Wasser oder sind sehr feucht. Das Regenwasser findet unmittelbar Zufluss in die Keller wegen des Fehlens der Drainagen oder wegen ihrer Zerstörung, wegen der teilweise sehr ungünstigen Lage der Gebäude oder wegen der falschen Anlage der Kellerlichtschächte. Zu den Verschalungen wurde zu grünes Holz verwendet, sodass die Wände schon jetzt undicht sind und Regen und Schnee ungehindert in das Innere der Gebäude dringen können. Hierdurch werden auch die Kornböden zu nass, weswegen z.B. ein Siedler mit eigenen Mitteln diesen Raum mit Wandplatten auskleiden liess. Die Einstellung von Personal ist mangels ausreichendem Wohnraum völlig indiskutabel. Zum Teil schlafen die Siedler auf den Kornböden in ungesunden, unwürdigen und im Winter unmöglichen Verhältnissen. Die Anordnung der Aborte im Scheunerraum ist feuerpolizeilich nicht zu vertreten. Der Zugang zum Hühnerstall führt teilweise durch die Aborte. In dem ehem. Viehhaus in Neuhorst sind die Schornsteine entgegen den bauaufsichtlichen Vorschriften nur halbsteinstark gemauert durch das Weichdach geführt, weil angeblich Mittel nicht mehr zur Verfügung standen; im Nachbarhause sind die Schornsteine ordnungsmässig. Erforderlich sind für die vorschriftsmässige Herstellung der Schornsteine schätzungsweise je ca 3.000 DM. Im Wohnhaus der Stammstelle ist der Holzbock so stark, daß das Dachgeschoss bauaufsichtlicherseits gesperrt werden muss. Die gesamte Dachkonstruktion muss erneuert werden. Zur Stromversorgung: An dem Ortsteil Kehrsen Abbau führt die 11.000 Volt-Leitung unmittelbar vorbei. Hausanschlüsse sind überall vorhanden. Trotzdem wird erst jetzt eine Transformatorenstation errichtet. Die Siedler mußten sich bisher mit Petroleum behelfen und konnten vor allem keine Maschinen benutzen. Es ist unverständlich, warum der Transformator nicht gleichzeitig mit den Gebäuden errichtet werden konnte. Es fehlt an Feuerlöschteichen, Gerät und Bekleidung für die bereits gegründete freiwillige Feuerwehr. Es fehlt auch an den erforderlichen Alarm- und Nachrichtsmitteln. Zur Forst: Es sind 50 ha Wald übernommen worden und als Gemeinschaftswald für die Siedler vorgesehen. Es sind umfangreiche Einschläge zum Teil sogar Kahlschläge vorgenommen worden, eine Wiederaufforstung wurde jedoch nicht veranlasst, sodass sich die Aufsichtsbehörde zum Einschreiten gezwungen sah. Für die Siedler steht nun in absehbarer Zeit kein Holz mehr zur Verfügung. Soweit Neuhorst. Die Besichtigung der Siedlungen in Kehrsen hatte ein günstigeres Ergebnis. Allerdings muss festgestellt werden, daß die Inhaber der Landarbeiterstellen und der Heimstätten sämtlich dauerarbeitslos sind. Das über die Bauweise bei Neuhorst Gesagte trifft im wesentlichen auch hier zu. Auf den Landarbeiterstellen wurden Brunnen gebohrt, obwohl kein Wasser vorhanden war, später wurden Leitungen gelegt. Dadurch entstanden vermeidbare Kosten in Höhe von je ca 700,-- DM. Stromanschlüsse sind noch nicht überall vorhanden. Die Höhe der Rente ist von der Landgesellschaft sehr unterschiedlich festgesetzt worden. So zahlen z.B. ein Siedler 72,-- DM pro ha, ein anderer 100,-- DM pro ha, ein dritter 80,-- DM pro ha usw. Der Grund hierfür ist nicht ersichtlich. Zu Haken-dorf und Sophiental ist folgendes zu sagen: Das Siedlerland liegt

im Gegensatz zu den Siedlungen in Kehrsen und Neuhorst näher an Hofraum und ist auch nicht so stark parzelliert. Hofkoppeln sind in allen Fällen vorhanden. Drainagenunterhaltung und Meliorationen sind auch hier seit Übernahme des Landes unterblieben. Strassenverhältnisse; Unbedingt erforderlich ist der sofortige Ausbau des Weges Hakendorf-Seedorf in einer Länge von ca. 500 m. Dem Vernehmen nach soll der Auftrag hierzu bereits erteilt worden sein. Der augenblickliche Zustand des Weges ist so, daß er nach Regenfällen völlig unpassierbar ist. Bauweise: In vier Siedlungen fehlen die trennenden Brandmauern. Eine Ordnungsverfügung des Kreisbauamts ist bereits erlassen worden. Die Landgesellschaft hat daraufhin bei der Landesregierung eine Dispenserteilung beantragt. Der Scheunenraum bei den kleineren Siedlungen ist völlig unzureichend. In einer Reihe von Siedlungen stehen auch hier im Sommer die Keller unter Wasser. Bei der Besichtigung wurden Keller angetroffen, in denen 6 - 8 cm Wasser standen. Die Siedlungen in Sophiental liegen an befestigter Strasse. Das Land ist zweckmässig parzelliert. Drainagenunterhaltung und Meliorationen sind hier ebenfalls seit der Übernahme des Landes unterblieben. Hinsichtlich der Bauweise gilt auch hier das schon vorhin Gesagte. Die Stromanschlüsse sind erst zu Ostern 1951 fertiggestellt gewesen. Allgemein geklagt wird, daß Herr Dr. Müller eine Siedlung von 180 Morgen erhalten hat, in der alles, auch die Stallungen, in bester Verfassung ist. Obwohl Dr. Müller nicht zu dem Kreise derjenigen gehört, die eine Siedlung bekommen sollten. Siedlungen sollten ja nur die erhalten, die entweder Flüchtlinge sind oder Menschen, die durch die Aufsiedlung der Güter brotlos wurden. In Sophiental wurde festgestellt, daß bei allen Mängeln und Beanstandungen der weitaus größte Teil der Siedler mit den Siedlungen zufrieden ist, wobei die Siedler in den ausgebauten alten Gebäuden es raummässig am besten angetroffen haben. Verschiedene Siedler erklärten auf Befragen, daß sie ihre Siedlungen gern wieder gegen ihre alten Stellungen auf dem Gut eintauschen würden, da sie sich in diesen Stellungen, insbesondere auf Dauer, besser gestanden hätten und sich gesicherter fühlten. Nachdem diese Berichte, die ich wegen Zeitmangels nur zum Teil zur Verlesung bringen konnte, dem K.A. vorlagen, beschloss dieser, eine ausserordentliche K.A.-Sitzung einzuberufen und hierzu Vertreter der Landgesellschaft, der Landesregierung, des Kulturamts Lübeck, des Kreisbauernverbandes, der Kreisbauernkammer, beteiligte Bürgermeister und Siedler einzuladen. Ich nehme an, daß Ihnen auch die Niederschrift über diese Sitzung zugegangen ist. Ich nehme aber auch an, daß Ihnen dabei aufgefallen sein wird, daß die Landesregierung nicht vertreten war, was wir alle bedauerten, hatte doch bisher die Landgesellschaft in vielen Fällen, insbesondere in finanziellen Fragen ihr Versagen immer damit begründet, daß ihr von der Landesregierung nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt worden waren. Bei der Eröffnung dieser Sitzung führte Herr Landrat Wandschneider genauso wie ich vorhin aus, daß kurze Zeit nach Übergabe der Siedlungen die Klagen kamen, da sich eine grosse Zahl von Mängeln herausstellte. Landesregierung und Landgesellschaft seien gebeten worden, die Mängel abzustellen, es sei jedoch nichts geschehen. Es würde zu weit führen, auf diese Verhandlung und ihre Niederschrift im einzelnen einzugehen. Aber es muss auch hier im Rahmen dieser Tagung festgestellt werden, dass sowohl der Herr Kreispräsident wie auch der Herr Landrat zu all diesen Dingen eine erfreulich deutliche Sprache gesprochen haben. Wenn im Rahmen dieser Verhandlung Herr Direktor Dr. Krüger erklärt hat, daß alle in Frage kommenden Stellen zu den Verhandlungen herangezogen worden sind, so trifft dies nur bedingt zu.

Die

Die Gemeinden Horst und Gudow als die Hauptbeteiligten an diesen Siedlungen sind erst hinzugezogen worden, nachdem der Plan bereits festlag und sie gar keinen Einfluss auf die Dinge mehr nehmen konnten, jedenfalls soweit es sich um die Planung handelte. Dies ist mir ausdrücklich von beiden Gemeinden neuerdings bestätigt worden. Auf die Gemeinden aber und auf ihre Vertreter kommt es in erster Linie an, weil sie in Zukunft und zwar allein für die Unterhaltung der erst einmal übernommenen Wege und Strassen verantwortlich sind. Es ist allgemein bekannt, daß ein grosser Teil unserer Gemeinden darüber klagt, daß sie nicht in der Lage sind, bei der Länge der Wege diese zu unterhalten, sodass das Wegenetz von Tag zu Tag schlechter wird. Hier hat man Siedlungen mit z.T. sehr umfangreichen Wegen geschaffen, obwohl es nach Ansicht des Kreisbauernverbandes und unseres Kreisbauamts wesentlich einfacher und billiger hätte gemacht werden können. In dieser ausserordentlichen K.A.-Sitzung spielte u.a. auch die Abholzung des Gemeinschaftswaldes bzw. eines Teiles eine Rolle. Herr Dr. Krüger erklärte dazu, daß die Waldangelegenheit in allen Punkten mit dem Landforstmeister Petri abgestimmt worden sei. Demgegenüber hat Herr Kreispräsident Dreves bei Herrn Landforstmeister Petri folgendes festgestellt: Als die Siedlung anlief, wäre seitens der Landgesellschaft die Sache mit ihm, Petri, besprochen worden. Dabei handelte es sich darum, daß die Landgesellschaft ein Stück Moor abforsten wollte, um eine Wiese daraus zu machen. Lediglich diesem Vorschlag hätte er zugestimmt unter der Voraussetzung, daß ein anderes Stück aufgeforstet wird. Von irgendeinem Kahlschlag wäre nicht die Rede gewesen. Es sei überhaupt nicht bekannt gewesen, daß ein solcher durchgeführt worden wäre. Zusätzlich hat sich der Leiter des Aufsichtsforstamtes Mölln, Herr Oberförster Wolter, wie folgt geäußert: " 1. Die Landgesellschaft hat Kahlschläge durchgeführt, ohne das Gesetz zur Walderhaltung zu beachten, das heisst ohne vorher eine Genehmigung für die Kahlschläge einzuholen, Kahlschläge, die niemals vom Aufsichtsforstamt genehmigt worden wären. 2. Die Verwertung der angefallenen Holzmassen ist bezüglich des Gelderlöses undurchsichtig, da das Holz nicht ordnungsmässig verkauft, sondern vertauscht worden ist. 3. Eine Neuaufforstung ist bisher nicht erfolgt. 4. Ein Teil der wertvollen Altholzbestände (Buche, Eiche) ist unverständlicherweise abgeholzt worden." Soweit die amtlichen Stellen. In der ausserordentlichen K.A.-Sitzung hat u.a. zu dem Punkte Elektrifizierung der Siedlungen in Kehrsen Herr Dr. Becker von der Landgesellschaft folgendes erklärt: Auch die Schleswag, die für die Stromversorgung zuständig sei, habe rechtzeitig die benötigten Mittel erhalten. Wenn die Durchführung der Arbeiten der Schleswag solange gedauert habe, sei das nicht Schuld der Landgesellschaft. Der Ausbau der Feuerlöschteiche werde im Zuge der Meliorationen erfolgen. Und Herr Dr. Krüger von der Landgesellschaft hat weiter erklärt: Die Schleswag sei rechtzeitig mit allen Unterlagen und auch den erforderlichen Mitteln versehen worden. Materialmangel usw. der Schleswag könne man der Landgesellschaft nicht zur Last legen. Was den Ausbau von Feuerlöschteichen anlangt, so habe ich in meiner früheren Praxis als Landrat dutzende von Feuerlöschteichen ausgebaut, ohne dass ein derartiger Ausbau von Meliorationsarbeiten abhängig gewesen wäre. Auch unser Kreiswiesenbauamt hat mir bestätigt, daß der Ausbau der Feuerlöschteiche in Kehrsen usw. nicht vom Ausbau der Meliorationen abhängig sei. Meine Dame, meine Herren! Was die Ausführung der Elektrifizierungsanlagen anlangt, so habe ich mich mit dem Direktor der Schleswag, Herrn Schweppenhäuser, in Verbindung gesetzt. Herr Direktor Schweppenhäuser hat

mir

mir noch gestern abend bestätigt, daß nicht die Schlesweg sondern die für die Planung verantwortliche Landgesellschaft die Schuld träge. Das gesamte Programm der landwirtschaftlichen Siedlung beanspruche für die Jahre 1950/51 an Elektrifizierungsarbeiten allein einen Betrag von 1,2 Mill. DM. Diesen Betrag konnte die Schlesweg nicht verauslagen. Die Landgesellschaft habe es verabsäumt, die erforderlichen Mittel bei Inangriffnahme der Arbeiten bereitzustellen. Die Landgesellschaft baue Fabriken und Siedlungen, frage aber nicht, wie die Finanzierung der Elektrifizierung erfolgen solle, sie, die Landgesellschaft, Sorge jedenfalls nicht dafür. Es hätten monatelange Verhandlungen stattgefunden, die aber erst dann zu einem Erfolg führten, als bereits der Koreakrieg ausgebrochen war, durch den auch für die Schlesweg ein empfindlicher Materialmangel eintrat. Die Schuld liegt also eindeutig nicht bei der Schlesweg. In der ausserordentlichen K.A.-Sitzung war auf Anregung der Landgesellschaft beschlossen worden, daß eine Siedlerversammlung stattfinden und die Einberufung durch das Kulturamt Lübeck erfolgen sollte. Dazu sollten wieder alle Beteiligten einschliesslich des gesamten Kreis Ausschusses, ferner sämtliche Siedler und die beteiligten Dienststellen geladen werden. Der Sitzung sollte am gleichen Tage vormittags die Besichtigung der Siedlungen in Wentorf vorangehen. Auch die Hinzuziehung von Landtagsabgeordneten war auf Anregung des Herrn Abg. Wendicke vorgesehen, da sich angeblich der Landtag mit der Angelegenheit befassen soll. Die Landesregierung sagte ab, da Landesdirektor Boyens aus Urlaubsgründen verhindert war, weswegen die Versammlung in der zweiten Hälfte des Oktober stattfinden sollte. Gerade heute ist ein Schreiben des Kulturamts Lübeck eingegangen, das nunmehr die Siedlerversammlung doch baldmöglichst stattfinden soll, an der dann ein anderer Dezernent der Landesregierung teilnehmen wird. Wir alle, aber vor allen Dingen die Siedler selbst, haben diese Absage der Versammlung auf das Tiefste bedauert, da uns bekannt ist, daß bei dieser Gelegenheit Landgesellschaft wie Landesregierung aus berufenstem Munde, nämlich von den Siedlern selbst, gehört hätten, was die Siedler auf dem Herzen haben. Es bleibt uns unverständlich, daß es zu dem Termin nicht möglich gewesen ist, an Stelle von Herrn Landesdirektor Boyens einen anderen Vertreter der Landesregierung zu der Sitzung zu entsenden, da wir nicht annehmen wollen, daß man erst mit uns verhandeln will, nachdem die grössten Schäden wie z.B. der Wegeausbau beseitigt sind. Man brachte aber doch zunächst den Mut auf, die Siedler weiter Monate warten zu lassen. Es muss aber auch noch eins festgestellt werden: Von jedem Privatmann wird verlangt, daß er sich an die bestehenden Bestimmungen hält, und es wird gegen jeden bzw. es sollte gegen jeden eingeschritten werden, der sich nicht daran hält. Aus dem Ihnen zugegangenen Berichten ergibt sich aber, daß sich die Landgesellschaft bei ihren baulichen Massnahmen sehr oft an diese Bestimmungen nicht gehalten hat und im Wege des Dispenses, den sie nicht beim Herrn Landrat, der unteren Behörde, sondern bei höheren Dienststellen einzuholen versucht, diese zwingenden Vorschriften zu umgehen sucht, angefangen von den fehlenden Brandmauern bis zu den Trinkbrunnen in nächster Nähe der Jauchegruben usw. Was man von jedem Privatmann verlangt, muss man erst recht von einer von amtlicher Seite geförderten Landgesellschaft verlangen. Da die Landgesellschaft z.T. die Glaubwürdigkeit der Feststellungen des ersten Berichtes vom 4.3.1951 betr. Neuhorst und Kehrsen anzweifelte und weil mir zu Ohren gekommen war, daß neuerdings die Landgesellschaft einen Teil der Wege ausbaut und zwar erst in aller jüngster Zeit, also nachdem sie

gemerkt

gemerkt hatte, daß es nun endlich ernst wird, dieser Ausbau der Wege aber so primitiv ist, daß die Bürgermeister der Gemein den Horst und Gudow eine Übernahme der Wege abzulehnen beabsichtigen, habe ich am Sonntagvormittag eine erneute Überprüfung gemeinsam mit Herrn Kreisbaurat Nohse durchgeführt. Sein Bericht ist Ihnen allen zugegangen. Er bestätigt voll und ganz die Feststellungen des ersten Berichts, betont auch die falsche Planung und weist zusätzlich noch darauf hin, daß zu beanstanden ist, wenn sich die Trinkbrunnen sehr oft nur 7 - 8 m von der Jauchegrube entfernt befinden, obwohl 15 m vorgeschrieben sind. Dabei soll noch auf folgendes hingewiesen werden: In früheren Zeiten haben die Landräte als Kreispolizeibehörde mit bestem Erfolg darauf hingewirkt, daß in den Landgemeinden die Düngerhaufen von der Strassenseite verschwinden, und man hat oft in den letzten Jahren unseren Ortdeutschen Bauern völlig zu unrecht vorgeworfen, dass sie gegenüber der hiesigen Bauernschaft rückständig gewesen wären, ein Vorwurf, der völlig zu unrecht war. In Neuhorst hat man offenbar in Ermangelung eines 2. Bautyps auf beide Strassenseiten denselben Typ gesetzt und dabei nunter auf der einen Strassenseite die Dungplätze errichtet. Interessant aber sind die Ausführungen des Herrn Dr. Nohse hinsichtlich des Wegebbaus, die hier nochmals zu verlesen lohnenswert ist. Es heisst da: "Die Verbindungswege waren bei der Besichtigung gerade im Ausbau. Es wurde festgestellt, daß 1. die gewählte Strassenbreite unzureichend ist, da eine Ausweichmöglichkeit kaum gegeben ist. Bei erforderlichem Ausweichen werden die Fahrzeuge so nahe an den Strassenrand heranfahren müssen, daß bestimmt ein Abrutschen und Ausweichen in die Gräben bzw. auf die Seitenbankette erforderlich ist. 2. Die Art der Strassendecke ist für die schweren Lasten völlig unzureichend. Das Unterbett war statt Kies scharfer Sand. Eine Packlage ist nicht vorhanden. Der Ziegelbauschutt wird auf die Kiesbettung geschüttet und festgewalzt (Stärke nach dem Festwalzen etwa 10 - 12 cm). Die Oberdecke ist auch unzureichend. 3. Hinter Kehrsen-Abbau muss die Strasse über Moorgelände geführt werden. Es wurde festgestellt, daß die Strasse einfach mit Sand auf den vorhandenen Mooruntergrund aufgeschüttet wird. Die Art dieser Ausführung ist völlig unzureichend, da die Strasse bei nassem Wetter sofort ins Schwimmen kommen wird. Zusammenfassend, " so heisst es weiter im Bericht des Herrn Dr. Nohse, "ist über den Strassenausbau zu sagen, daß diese Art der Befestigung für Radfahrwege, allerhöchstens für leichten Gummiräderverkehr, als ausreichend betrachtet werden kann. Er muss aber für schwere Ackerwagen und öffentlichen Verkehr, wie es hier gegeben ist, verworfen werden. In kurzer Zeit werden auf der Strasse schon die ersten Schäden auftreten - es waren jetzt schon Spuren zu erkennen - und in ein bis 1 1/2 Jahren werden die Strassen in einem unmöglichen Zustand sein. Es muss bedauert werden, daß die Gelder, die für diese Art des Ausbaus verausgabt werden, dann als verschwendet zu betrachten sind." Also auch hier steht eine Vergeudung öffentlicher Mittel bevor, und man muss sich nur wundern, daß die Landgesellschaft aus den letzten Wochen noch nichts gelernt hat. Hat sie denn noch nicht gemerkt, daß derartige Methoden im Interesse unserer Siedler und der betroffenen Gemeinden und im Interesse der öffentlichen Finanzen nicht aber auch gar nicht mehr hingenommen werden. Auf diese Dinge hinzuweisen, sind wir auch der Bevölkerung gegenüber schuldig, als deren Vertreter wir in dieses Parlament gewählt worden sind und deren Vertrauen wir jederzeit zu rechtfertigen haben. Wie der Bürgermeister von Horst den Ausbau des zu seiner Gemeinde gehörigen Weges beurteilt, das ergibt sich aus einem Bericht vom 23.9.1951, in dem es u.a. heisst: "Erst auf sehr häufiges Drängen

der

der verschiedensten Stellen hin, wurden die elektrischen Hochspannungsarbeiten ausgeführt und zwar jetzt im August und September 1951, sodass bei den Siedlern der Eindruck bestand, daß man sie ohne Stromanschluss gelassen hätte, wäre nicht soviel und so energisch gegen diese Verzögerung protestiert worden." Und er fährt dann hinsichtlich des Wegeausbaus fort: "Ganz besonders im argen liegt der durch die weit verzweigte Anlage der Siedlungen rückständige und damit verbundene Ausbau der Wege. Erst auf Grund monatelanger wiederholter Beschwerden der Siedler wurde jetzt in diesem Herbst nach einer Besichtigung durch den Kreis mit dem Ausbau der Wege begonnen. Da die Wege nach ihrer Fertigstellung durch die Gemeinde übernommen werden sollen, besteht an dieser Massnahme ein besonderes Interesse der Gemeinde. Jetzt ist jedenfalls schon festzustellen, daß der Ausbau der Wege in keiner Weise so durchgeführt wird, daß die Wege jemals als öffentliche Wege übernommen und von der Gemeinde unterhalten werden können, da die Packlage, die auf den schweren Lehm und teilweise auf den Mooruntergrund gebracht wird, einmal viel zu schwach und zum anderen aus völlig ungeeignetem Material hergestellt wird, denn der Bauschutt aus Hamburg bestehend aus alten Ziegelsteinen wird in Kürze zu Lehmbrei zerfahren und stellt den bisherigen unpassierbaren Zustand wieder her. Weshalb nimmt man nicht Feldsteinpack, wie derselbe in den nahegelegenen Kiesgruben in Segrahn und Güster bei den Kieswaschungen anfällt? Von der Landgesellschaft wurde bei der kürzlich in Ratzeburg stattgefundenen Besprechung im Kreisausschuss geltend gemacht, daß nicht genügend Mittel zum Wegebau vorhanden resp. bewilligt seien. Hierzu muss seitens der hiesigen Gemeinde, die letzten Endes die Wege unterhalten muss, gesagt werden, daß die gesamte Landesregierung, auf deren Initiative hin ja die Siedlungen in Angriff genommen wurden, verantwortlich ist für den ordnungsgemässen Ausbau der Wege; die Landesregierung muss dann eben, wenn nicht genügend Mittel vorhanden sind, nur soviel Siedlungen in Angriff nehmen, wie sie mit den vorhandenen Mitteln wirklich bis zum letzten Feldweg erstmal fertigstellen kann. Ich habe selbst bei den Verhandlungen erlebt, daß z.B. das Landwirtschaftsministerium sagt, daß das Arbeitsministerium irgendwelche Mittel nicht bewillige, die zum Ausbau der Wege erforderlich seien, und daß das Innenministerium wiederum Mittel stellen müsse, die für den Feuerschutz erforderlich wären. Man hat hier auf dem flachen Lande den Eindruck, daß die Ministerien gegeneinander an arbeiten, anstatt gemeinsam nun das, was von der Landesregierung einmal angefangen wurde, fertigzustellen. Die Zuständigkeiten der verschiedenen Ministerien scheinen die Durchführung der erforderlichen Arbeiten zu verhindern. Was sollen wir denn letzten Endes in dem Bettelstab Schleswig-Holstein mit all den Ministerien, wenn die doch nur zum Schaden für das flache Land gegeneinander arbeiten; dann wäre es ja besser, wir hätten nur ein Landesministerium, das für alles verantwortlich ist und übersehen kann, welche Arbeiten es anfangen und auch bis zum letzten Punkt durchführen kann. Auch die mit der Durchführung der Siedlungsvorhaben beauftragte Landgesellschaft dürfte kein neues Projekt in Angriff nehmen, bevor sie nicht das begonnene bis zum allerletzten Schluss ordnungsgemäss hat vollenden können, sie ist ja diejenige Stelle, die mit den einzelnen Ministerien zusammenarbeitet, resp. von diesen ihre Mittel erhält; hält auch nur eine Stelle mit der Bewilligung der Mittel zurück, dann ist eben die Gesamtfinanzierung nicht gesichert und dürfte die verantwortliche Landgesellschaft ein derartiges Projekt nicht annehmen. Die betroffenen Landgemeinden sind letzten Endes diejenigen, denen durch Vorhaben, die letzten Endes nur halb zur Durchführung gelangen können, erhebliche Kosten entstehen. Hiergegen müssen wir uns allerschärfstens wehren." Soweit der Bürgermeister. Und weiter:

Hatte

Hatte man vor dem Zusammenbruch 1945 in der gesamten Landwirtschaft ernsthafte Bemühungen gemacht, die Flurbereinigung vorzunehmen, so hatte es z.B. in Neuhorst die Landgesellschaft musterhaft fertig bekommen, eine Parzellenaufteilung vorzunehmen, die sicherlich eines Tages eine neue Flurbereinigung zur Folge haben wird. Zu all diesen Dingen könnte man unendlich viel sagen, ich möchte mich aber vorerst hierauf beschränken und nur noch darauf eingehen, falls es notwendig sein sollte, daher genug mit diesen vier Siedlungen zunächst. Das Bild, das ich Ihnen über die bisherigen Siedlungen gegeben habe, ist wenig erfreulich. Es ist aber noch rosiger gegenüber den Zuständen, wie wir sie heute, ich möchte sagen, noch heute, in Wentorf vorfinden, obwohl hier die Siedlung bereits vor rund 4 - 5 Jahren ausgelegt wurde. Was wir hier feststellten, ist geradezu unglaublich und verdient schärfste Kritik. Auch den Bericht über Wentorf haben Sie erhalten. Man kann sich erst ein richtiges Bild machen, wenn man selbst dagewesen ist und man kann eigentlich nur jedem Abgeordneten raten, sich die Dinge selbst an Ort und Stelle anzusehen. Unser Herr Kreispräsident hat sie nicht mit unrecht als katastrophal bezeichnet, und man muss sich nur wundern, daß bisher die Öffentlichkeit an diesen Dingen nicht mehr Anteil genommen hat. Hier hatte man, soweit es sich um Wentorf handelt, vor Jahren 5 Siedler angesetzt, denen man das Land und die Blechbogen für je 2 Nissenhütten in die Hand drückte, etwa mit dem Motto: "So, nun seht zu, wie ihr damit fertig werdet, meckert aber nicht zuviel, denn tausend andere warten auch noch auf eine Siedlung!" Doch zu den Einzelheiten: Aufgesiedelt wurde ein etwa 150 ha grosses Gelände, der frühere Exerzierplatz der Wentorfer Garnison. Die Aufsiedlung erfolgte 1946/1947. Entstanden sind ursprünglich 6 Siedlungen auf Wentorfer Gemeindegebiet und 5 Siedlungen auf Wohltorfer Gemeindegebiet. Bei der Aufsiedlung wurde den Siedlern zunächst nur Land übergeben, keine Wohnräume und keine Ställe. Den Wohltorfer Siedlern wurde damit geholfen, daß sie zunächst in der Gemeinde Wohltorf untergebracht wurden, während die Wentorfer Siedler das Blechmaterial für je 2 Nissenhütten erhielten und zwar zur Selbstaufstellung. Eine Nissenhütte sollte als Wohnhaus dienen, die andere als Stall. In Wentorf wurden ursprünglich 6 Siedlungen ausgelegt, die dann aber auf 5 zusammengelegt wurden, um einem Siedler wegen ungenügenden Landes eine Existenzmöglichkeit zu geben. Die Wentorfer Siedler klagen über erhebliche Mängel in der Drainage und über bauliche Mängel und Unzulänglichkeiten, soweit nach der Währungsreform seitens der Landgesellschaft Bauten errichtet worden sind. Während vor der Währungsreform Gemüsebauern ihr Gemüse in Hamburg loswerden konnten, zeigte sich nach der Währungsreform, daß die Gemüsebauern auf ihren 6 ha nicht mehr lebensfähig waren, zumal die Siedler ausser einem keine Gärtner waren. Die Siedlung wurde zum Teil auf Kulturland, zum grossen Teil auf Ödland durchgeführt. Da die Gemüsebauern keine Frühbeete haben, sind sie den Bauern aus dem "Neuen Land" gegenüber, die ihre Ware 3 Wochen früher auf den Hamburger Markt bringen, nicht konkurrenzfähig. Da diese Dinge von vornherein zu übersehen waren, ergibt sich schon daraus eine Fehlplanung seitens der Landgesellschaft. Der allgemeine Eindruck war der, daß die Siedler selbst auf ihren Siedlungen das Menschenmögliche von sich aus getan hatten, daß aber auch heute noch der Eindruck besteht, daß sich die Siedlungen in einem unmöglichen Zustand befinden. Es ist wohl von allen Siedlern immer wieder zum Ausdruck gekommen, daß sie bei der Landgesellschaft ihre Klagen vorgebraht haben - das ist auch insbesondere von dem Siedlerberater Ortmann geschehen -, dass aber im allgemeinen alle Vorstellungen bei der Landgesellschaft ergebnislos verliefen. Bemerkenswert muss noch, daß die gesamte Wentorfer Siedlung bis vor 2 Jahren

ohne

ohne elektrischen Strom war. Erst vor 2 Jahren bekam sie Lichtstrom, in diesem Jahre erst Kraftstrom. Auch dazu hat sich die Schleswig geäußert, indem sie versicherte, bis vor 2 Jahren überhaupt keine Kenntnis davon gehabt zu haben, daß dort eine Siedlung war. Alle Siedler wiesen darauf hin, daß sie bis heute keinen Vertrag in den Händen haben, daß sie lediglich von Zeit zu Zeit Aufforderungen seitens der Landgesellschaft bekommen über die von ihnen zu zahlenden Goldbeträge. Die Siedler und der Siedlerbetreuer Ortmann sind im Laufe der Jahre zu wiederholten Malen schriftlich und mündlich bei der Landgesellschaft vorstellig geworden. Die Landgesellschaft habe Ortmann jedoch erklärt, daß der Finanzierungsplan erschöpft sei und keine Mittel mehr vorhanden seien. Die letzten Mittel würden in Bauten gesteckt, die die Landgesellschaft für am wichtigsten hielt. In einer Siedlerversammlung vor 2 Jahren habe Herr Dr. Traulsen erklärt, die Siedler wohnten vorerst, hätten ein Dach über dem Kopf und sollten daher still sein. Es lag ein ausgezeichnete Drainageplan vor. Die Drainage wurde s.Zt. von der Wehrmacht durchgeführt und soll mehr gekostet haben als das ganze Gelände. Wie von Herrn Ortmann mitgeteilt wurde, soll aber der Bauleiter der Wehrmacht kein Fachmann für Drainagearbeiten gewesen sein, sodass Mängel auftraten. Die Landgesellschaft wurde dann daraufhin wiederholt angegangen, die vorhandenen Mängel abzustellen. Dr. Traulsen hat aber s.Zt. erwidert, daß im Augenblick kein Geld vorhanden sei. Die Arbeit würde aber noch gemacht werden. Schliesslich ist dann ein junger Mann von ungefähr 20 Jahren mit der Arbeit beauftragt worden, der von diesen Dingen keine Ahnung hatte. Daher sind auch heute noch erhebliche Mängel vorhanden. Ein Siedler klagt darüber, daß das Material zur Aufstellung der Nissenhütten durch den Bauleiter der Landgesellschaft, Herrn Rathje, sehr unterschiedlich und daher ungerecht verteilt wurde. Insbesondere wurde der inzwischen umgesiedelte Siedler erheblich bevorzugt. Als Grund gab er offenbar bessere Verbindungen zur Landgesellschaft an. Dieser Siedler hatte sich in Hamburg aus den Trümmern 10.000 Ziegelsteine beschafft, konnte aber vom Bauleiter keine Genehmigung zum Abtransport bekommen. Er bemerkte auch, daß die Siedler bei der Landgesellschaft wiederholt wegen der unhaltbaren Zustände vorstellig geworden seien, daß man ihnen aber erklärt hätte, sie sollten überhaupt froh sein, eine Siedlung erhalten zu haben, da noch tausend andere Bewerber warten. Unter diesen Umständen hielt er es für ratsam, für die Zukunft zu schweigen, um nicht der Siedlerstelle verlustig zu gehen. Aus den Äusserungen dieses Siedlers ergab sich also ganz eindeutig, daß er durch das Verhalten der Landgesellschaft eingeschüchtert wurde. Nach der Währungsreform erhielt er ein Treibhaus von 180 qm Grundfläche zur Aufstellung ohne Heizung, ohne Giebel und ohne Fundamente zum Preise von 9.000,-- DM, das die Landgesellschaft aus Kiel lieferte. Er ist der Meinung, daß, wenn ihm auf Sperrkonto der Betrag von 9.000 DM zur Verfügung gestellt worden wäre, er in Hamburg ein wesentlich besseres, d.h. vollständigeres Treibhaus billiger erhalten hätte. Der von ihm selbst gebaute Kesselbrunnen reicht nicht für seine Gärtnerei aus. Während des Baus des Wohnhauses mußte er aus diesem Kesselbrunnen noch das Wasser zur Verfügung stellen, sodass er das Giessen seiner Ros enkulturen unterlassen mußte, wodurch ein weiterer Schaden eintrat. Der Siedler trägt weiter vor, daß auf einer Siedlerversammlung seitens des Herrn Direktor Jürgensen von der Landgesellschaft erklärt worden sei, daß das Material für die Nissenhütten von der Landgesellschaft für rund 700 RM beschafft worden sei. Die Siedler hätten seinerzeit genügend RM zur Verfügung gehabt, um die Nissenhütten zu bezahlen. Die Zahlung sei aber seitens der Landgesellschaft abgelehnt worden. Es wäre

interessant

interessant festzustellen, mit welchem Betrag die Siedler behastet sind und auf welcher Basis die Umstellung des Betrages von 700 RM erfolgt. Ein anderer Siedler klagt über die mangelhafte Drainage. Im Dezember stehe der Roggen unter Wasser. Er selbst habe sich zu Wohnzwecken eine Baracke errichtet, die aber für die Wintermonate kaum bewohnbar, weil nur schlecht heizbar, ist. Ein weiterer Siedler war früher Landwirt bei Stettin und betrieb dort Gemüsebau und Pelztierzucht. Die räumlichen Verhältnisse sind völlig unmöglich. Er wohn noch in einer Nissenhütte, die Wohnung ist feucht. Die ihm von der Landgesellschaft erbaute Scheune drohte auseinanderzubrechen, sodass er durch Bretter- und Balkenversteifungen zur Selbsthilfe greifen musste, um ein völliges Auseinanderbrechen der Scheune zu verhindern. Die Scheune selbst steht erst seit 2 oder 3 Jahren. Besonders klagt er darüber, daß durch einen falsch angelegten Sammler und durch eine unmögliche Drainageführung ein Teil seiner Wiese völlig unbrauchbar ist. Vor 2 Jahren hatte der Oberfinanzpräsident ein abgeholztes Stück Land von 4 ha aufforsten lassen, obwohl dieser Siedler vorher wiederholt vorstellig geworden war, daß ihm dieses Land zusätzlich zur Verfügung gestellt würde. Er hat auch bei dem zuständigen Forstbeamten vorgesprochen, der die Anordnung des Oberfinanzpräsidenten nicht verstehen konnte. Die Besichtigung ergab, daß der Siedler das Gelände dringen benötigt, um Existenzfähig zu werden. Es würde auch ohne weiteres möglich sein, die angelegten Kulturen wieder herauszureissen. Einem weiteren Siedler wurden bei der Übergabe 2 ha altes kultiviertes Land und 22 ha unkultivierte Fläche übergeben. Trotz wiederholter Vorstellungen ist ihm seitens der Landgesellschaft (Dr. Traulsen) der Bau einer Jauchegrube abgelehnt worden. Die Jauche fließt frei ins Gelände und versickert im Morast. Auch der Bau eines Wohnhauses wurde abgelehnt mit der Begründung, daß seine Familie zu klein ist. Der Siedler hat aber 3 Kinder. Es ist der Landgesellschaft auch mitgeteilt worden, daß ein anderer Siedler, der erst kürzlich geheiratet und keine Kinder hat, ein Wohnhaus erhalten hat; dieser Siedler soll allerdings noch seine Eltern bei sich haben. Die vor 3 Jahren erbaute Scheune weist bereits heute solche erheblichen Mängel auf, daß die Frage zu prüfen ist, ob sie nicht baupolizeilich gesperrt werden muss. Auf Befragen, ob der Siedler wegen der für jeden Laien an der Scheune sichtbaren Mängel bei der Landgesellschaft, insbesondere bei der Bauleitung, vorstellig geworden wäre, erklärte er, daß dies der Fall gewesen sei. Der Bauleiter sei auch wiederholt auf der Nachbarsiedlung gewesen, habe sich aber bei ihm nie sehen lassen. Unser Kreisbauamt stellt hierzu fest: "Bei den bereits erstellten Gebäuden, insbesondere bei den Stallscheunen, wurde festgestellt, daß der Scheunenraum an allen Stellen starke bauliche Mängel aufwies. Die hölzernen Giebelwände waren durchweg nach aussen durchgebogen, die Dächer windschief, sodass dadurch die Dacheindeckung undicht geworden war und die Traufen sich verbogen hatten. Diese Erscheinungen sind auf mangelhafte Konstruktionen zurückzuführen. Die Dachkonstruktion der Scheune besitzt nicht die erforderliche Querverbindung zur Aufnahme der auftretenden Zugkräfte. Teilweise haben die Siedler durch Selbsteinbau dieser fehlenden Hölzer helfen müssen, damit die Scheune vor dem drohenden Zusammensturz gerettet wurde. Der Längsverband der Scheune ist durchaus mangelhaft, Windrispen sind nicht vorhanden, obwohl dieses altbewährte Konstruktionsmittel von Anfang an hätte eingebaut werden können." Meine Dame, meine Herren! Ich hatte veranlasst, daß von den Siedlungen einige photographische Aufnahmen gemacht werden; sie können nur ein kleines Spiegelbild der Zustände wiedergeben, wie sie tatsächlich sind. Es kann und muss dabei festgestellt werden, daß die von allen möglichen Seiten eingelaufenen Klagen durchaus berechtigt waren und dass es unverständlich ist, daß diese Zustände überhaupt solange anhalten konnten. Die Landgesellschaft führt

in

67

in dem Falle Wentorr, wie in den anderen Fällen an: Geldmangel, Regierungskrise, Ausbleiben der Bonner Förderungsmittel, insbesondere hinsichtlich der verstärkten Grundförderung. Diese Argumente können keineswegs als stichhaltig anerkannt werden. Wenn die Landgesellschaft eigenen Kapitalmangel anführt, so ist demgegenüber festzustellen, dass sie seit 1946 bis 1947 am laufenden Band Siedlungen durchgeführt hat, nicht nur in unserem Kreise. Es kann nicht angehen, dass immer wieder neue Siedlungsvorhaben in Angriff genommen werden, ohne dass man es für nötig fand, die alten so zu Ende zu führen, wie es sich gehört und wie es die Allgemeinheit verlangen kann. Dabei ist es uns vollkommen klar, dass eine Siedlung bei der Übergabe nie vollständig sein wird und dass der Siedler zur Vervollständigung noch das Seine dazu beitragen muss und zwar in einem ganz gehörigen Masse. Das wissen wir genau wie die Siedler selbst. Man kann aber nicht Siedlungen, wie z.B. die Wentorfer, hinstellen, die ein derartig schlechtes Aushängeschild für den Siedlungsgedanken sind, um dann erklären zu müssen, dass keine Gelder mehr da sind. Wenn die Landgesellschaft sagt, dass sie von den Geldern abhängig sei, die von anderen Stellen ihr zufließen, so ist dazu zu sagen, dass jeder ordnungsmässige Wirtschaftler und Kaufmann, jeder Bauunternehmer und jeder Handwerker eine Massnahme erst dann in Angriff nimmt, wenn ihre Durchführung auch tatsächlich gesichert ist. Ist alles nicht der Fall, so hat die Landgesellschaft den Mut aufzubringen, von der Durchführung Abstand zu nehmen, anderenfalls man den Eindruck haben muss, dass sie vornehmlich ihrer selbst willen da ist. Wenn heute Dr. Traulsen in Bezug auf die Siedlung in der erwähnten ausserordentlichen K.A.-Sitzung erklärt hat, dass er zugeben müsse, diese Siedlung wäre nicht gerade glücklich gelaufen, so ist das ein sehr schwaches Eingeständnis. Es ist unsere Pflicht, ob Behörde oder Volksvertreter, uns dagegen mit aller Deutlichkeit zu wenden, wenn, wie festgestellt, öffentliche Mittel unzweckmässig oder nicht mit der erforderlichen Sparsamkeit angewendet werden, wobei es völlig unerheblich ist, wer für diese Dinge verantwortlich ist. Das ist ein Punkt, der jeden Staatsbürger angeht und die politischen Parteien haben dabei die Verpflichtung - denn dazu sind sie hauptsächlich da - sich zum Sprachrohr der Bevölkerung zu machen. Wir haben gehört, dass z.B. die Planungen in Neuhorst und Kehrsen zweckmässiger und damit billiger hätten durchgeführt werden können, wenn man die Siedlungen möglichst an bereits vorhandene Strassen gelegt hätte. Viele Zehntausende von Mark hätten dann gespart werden können. Grundsätzlich muss auch noch festgestellt werden, dass, bevor man zu bauen anfängt, mit der Aufschliessung des Geländes, also mit dem Bau der Strassen und Drainagen, beginnt. Die Landgesellschaft hat demgegenüber eingewendet, dass dann die Wege durch die Fuhren zerfahren worden wären. Insofern hat sie Recht, wenn man jetzt sieht, was sie unter Wegeausbau versteht. Im übrigen aber ist die vorherige Erschliessung des Geländes eine alte Erfahrungstatsache. Das sollte hier nicht geschehen und ergibt sich neben den Ausführungen der Herren Krüger und Becker auch aus einem Schreiben der Landgesellschaft vom 30.7.51, in dem es hiess, dass im Auftrage des Ernährungsministers die Siedlung ohne Zwischenbewirtschaftung durchgeführt werden musste. Was man sich sonst bei dem Ausbau der Siedlungen geleistet hat, das ist heute genügend zur Sprache gekommen. Wenn derartige Baumängel bereits jetzt zutage treten, muss man sich fragen, wie es die Landgesellschaft an der erforderlichen Bauaufsicht fehlen lassen konnte. Die zu unserer aller Überraschung nunmehr eindeutig festgestellten Mängel sind nach unserer Auffassung umso beachtlicher, als bislang von seiten der Landgesellschaft die Auffassung vertreten wurde, dass gerade die im Kreis Herzogtum Lauenburg innerhalb des 30 000 ha - Programms durchgeführten Siedlungen als vorbildlich anzusehen seien. Wenn man bedenkt, dass dieses gesamte Agrarprogramm Schleswig-Holsteins einen Kostenaufwand von bisher 50 Mill. DM erfordert hat, dem nur die Sesshaftmachung von etwa 500 Flüchtlingsbauern gegenüber steht und darüber hinaus noch ein Investitionsbedarf in den besichtigten Siedlungen festzustellen war, so muss man zu der Überzeugung kommen, dass hier

etwas

etwas nicht richtig ist, und dass vor allen Dingen die aufgewendeten Mittel in keinem Verhältnis zu dem erhofften und von jedem gewünschten Ziel, möglichst vielen Flüchtlingsbauern eine Existenz zu schaffen, stehen. Grundsätzlich müssen wir daher m.E. in unserem Kreise auf dem Standpunkt stehen, dass zunächst den Alteingesessenen Siedlern zu ihrem Rechte verholfen werden muss. Wenn Gelder für die Agrarreform zur Verfügung stehen, sind sie zunächst hier unter allen Umständen einzusetzen und zweckmässig anzuwenden, damit die Schäden beseitigt werden. Darüber hinaus muss der Kreis aus den Erkenntnissen, insbesondere der Betriebe Neuhorst und Kehrsen, wo Inhaber der Landarbeiter- und Heimstättensiedlungen in grossem Umfange arbeitslos sind und von öffentlichen Unterstützungen leben, fordern, dass bei einer Aufsiedlung die beschäftigten Landarbeiter in ihrer Existenz nicht gefährdet werden. Wenn man bedenkt, dass über das Flüchtlingsiedlungsgesetz über 800 Familien mit einem Kostenaufwand von nur 4,5 Mill. DM angesetzt wurden, so dürfte damit der Weg gewiesen sein, wie man in erster Linie mit weit geringeren Mitteln eine beachtlich grössere Zahl von Siedlern ansetzen kann, ohne eine grössere Anzahl von Landarbeitern, unter denen sich vornehmlich zahlreiche Flüchtlinge befinden, brotlos zu machen. Namens meiner Fraktion habe ich Ihnen abschliessend daher folgende Entschliessung zu unterbreiten: 1. Der Kreistag bejaht durchaus den Gedanken der Sesshaftmachung von Flüchtlingen, soweit er in einer Weise durchgeführt wird, die jeder objektiven Kritik standhält. 2. Während der Fleiss und die Mühe, die die einzelnen Siedler in ihren Siedlungen angewandt haben, die vollste Anerkennung finden muss, steht auf der anderen Seite fest, dass die von Siedlern bei infragekommenden Behörden und Organisationen vorgebrachten Klagen gegen die Landgesellschaft und sonstige infragekommenden Stellen vollaufberechtigt sind. 3. Der Herr Kreispräsident und der Herr Landrat werden beauftragt, im Einvernehmen mit dem Agrarausschuss oder einem Unterausschuss des Agrarausschusses unverzüglich bei der Landesregierung vorstellig zu werden und unter Darlegung der festgestellten Mängel deren Beseitigung durch die Landgesellschaft zu verlangen, insbesondere einen Wegeausbau, der den infragekommenden Gemeinden die Übernahme ermöglicht. 4. Von der Landesregierung ist zu fordern, dass im Interesse des Ansehens des Siedlungsgedankens dieses Mängel verantwortlichen Personen zur Verantwortung gezogen werden. 5. Von der Landesregierung ist zu fordern, dass unverzüglich die vor kurzem abgesagte Siedlerversammlung durchgeführt wird, damit die Siedler selbst die Möglichkeit haben, ihre berechtigten Wünsche vorzutragen.

/für

Der Kreispräsident: Ich danke Ihnen für den Bericht. Liegen Wortmeldungen vor?

Abg. Wendicke: Wir sind dem Herrn Berichterstatter dankbar für den sehr objektiv gegebenen Bericht. Ich selbst habe an einem Teil der Besichtigungen teilgenommen und kann bestätigen, dass wesentliche Mängel vorhanden sind. Es liegt mir vollkommen fern, hier als Verteidiger der Landgesellschaft aufzutreten. Was die Landgesellschaft dazu zu äussern hat, das können wir im Augenblick leider nicht selbst hören. Was sie aber bereits geäussert hat, in der ausserordentlichen K.A.-Sitzung, hat nach meinem Eindruck das Bild ergeben, dass vieles, was ihr vorgeworfen wird, zum Teil eine natürliche Erklärung hat, ohne dass man sich dahinter zu stellen braucht. Es mag den zuständigen Instanzen überlassen bleiben festzustellen, wie dieses Tauziehen über Schuld oder Unschuld, über vorteilhaftes oder unvorteilhaftes Siedeln ausgeht. Auch das endgültige Urteil mag einer späteren Zeit überlassen bleiben. Ein Mangel ist festzustellen, und das ist der, dass wir leider nicht gleich heute hier den Vertreter der Landgesellschaft hören konnten. In der ausserordentlichen K.A.-Sitzung hatte ich den Eindruck, dass manches, was als Vorwurf erhoben wurde, eine ganz natürliche Aufklärung fand. Ich hatte auch den Eindruck, dass wir

auch

auch hier wie in vielen anderen Dingen immer nur die Symptome ansehen. Es ist selbstverständlich, dass man auch nach der Schuld fragen musste, und da habe ich den Eindruck gewonnen, dass es dafür hauptsächlich eine Quelle gibt. Hätten wir den Krieg gewonnen und hätten wir aus dem Vollen schöpfen können, dann wäre manches anders gewesen. Wenn die Mittel nicht ausreichen, dann kann immer wieder nicht einmal unsere Landesregierung dafür verantwortlich gemacht werden, sondern es muss wie in vielen anderen Fällen eben doch die Tatsache als unumstößlich herausgestellt werden, dass dem armen Lande Schleswig-Holstein immer noch die Mittel vorenthalten werden von seiten der übrigen Länder und von seiten des Bundes, die ihm zustehen, um den grässen Notstand zu beseitigen, der daraus entstanden ist, dass dem Lande zuviel Not, zuviel Elend und zuviele Flüchtlinge aufgehalst worden sind, ohne dass dafür entsprechende Entschädigungen in Form von Geld geflossen wären. Nach dem Eindruck, den selbst dieser objektive Bericht gibt, kann man nicht anders folgern. Ich möchte aber auch mit Befriedigung feststellen, dass Sie nicht durch eine Malerei schwarz in schwarz dazu beitragen wollten, den Siedlungsgedanken zu schädigen. Im Gegenteil, Sie haben es ganz besonders unterstrichen, dass der Siedlungsgedanke nicht geschädigt werden soll. Das stelle ich mit ausdrücklicher Befriedigung fest. Gewagt wird aber die Sache, wenn man von dieser Berichterstattung abweicht und sich ins Politische begibt, und das ist leider in der Öffentlichkeit geschehen. Nicht hier mit dem Bericht, sondern an anderer Stelle, so als wenn das Siedeln und das Ansetzen von Heimatvertriebenen aus dem Osten eben eine parteipolitische Massnahme gewesen wäre, etwa so, dass man siedeln wollte und siedeln musste und sogar übereilt siedeln wollte aus wahlpropagandistischen Gründen. Ich muss mich dagegen verwahren, auch namens meiner Fraktion und meiner Partei! Es ist heute leicht festzustellen, dass hier Schäden vorhanden sind oder eine Art der Siedlung vorgenommen worden ist, die man lieber hätte nicht machen sollen. Es könnte der Eindruck entstehen, als wollte man damit sagen, wir hätten noch ein paar Jahre warten sollen, um dann etwas Vollkommenes hinzusetzen, wobei mir fraglich erscheint, ob wir heute mit mehr Mitteln ausgestattet sind, um etwas Vollkommenes hinzusetzen zu können, wie es im Interesse der Siedler vielleicht wünschenswert gewesen wäre. Ich möchte dagegen sagen: Vor 2 und 3 Jahren war es eine zwingende Notwendigkeit hier etwas zu tun getrieben von den Forderungen der Menschen, die auch hier Anspruch auf Landerwerb, auf Grund und Boden erhoben. Es ist durchaus nicht der Eindruck bei mir entstanden bei der Bereisung der Siedlungen, als ob dort lauter bedauernswerte Menschen sässen, die froh wären, wenn sie wieder von ihren Stellen weg könnten. Im Gegenteil, ich habe den Eindruck gewonnen, dass trotz der Mängel doch das Gefühl vorherrscht, lieber etwas zu haben und wieder Grund und Boden zu haben und wieder freier Mensch auf eigener Scholle als Landarbeiter oder arbeitslos oder Vertriebener ohne Glauben und Hoffnung zu sein. Den Eindruck habe ich gehabt und den möchte ich festgehalten wissen. Meine Dame, meine Herren! Mag das Eine eine Entgleisung gewesen sein in Bezug auf die politische Seite hin, so ist es für uns doch selbstverständlich, dass wir heute hinter diesen Forderungen stehen und verlangen, dass diese Mängel schleunigst beseitigt werden. Ob sie dazu in der Lage sein werden, ganz gleich, wer sich an der Regierung befindet, ist eine mehr als zweifelhafte Frage. Siedlungen und Siedeln erfordern Geld. Wir sollten alle Kraft dahin wenden, dass uns dieses Geld, was uns zusteht, nun endgültig wird, und ich würde mich freuen, wenn auch Sie als politische Parteien bei Ihren Parteifreunden in Bonn dafür wirken würden, bis einmal dieses Geld hierher nach Schleswig-Holstein fließt. Es ist nicht ganz einfach zu sagen, wie die Verhältnisse beispielsweise in Wentorf zu beurteilen sind. Ich

habe

habe da einen merkwürdigen Eindruck gewonnen: Als die entscheidende Frage gestellt wurde: Willen Sie umgesiedelt werden, um aus dieser Misere herauszukommen? wurde sie verneint. Man verlangt mehr Land, mehr Mittel, wäre aber durchaus nicht geneigt, die Stelle zu verlassen, und gerade dieses Beispiel zeigt uns wie so etwas entstehen kann. Dort wurden vor 5 Jahren Gärtnerbetriebe vorgesehen, und da waren es die Siedler, die darauf drängten. Sie sind herangegangen, haben von dem Land Besitz ergriffen: Da sind wir und da bleiben wir! und sie glaubten auch damals, eine gute Zukunft zu haben. Sie brauchten garnicht ihre Erzeugnisse nach Hamburg zu bringen, die Käufer kamen und sie haben keine schlechten Geschäfte gemacht. Heute ist das Bild ein wesentlich anderes. Heute sind sie mit ihren Gärnerieiaa nicht mehr existenzfähig aus den Gründen, die der Berichtstatter gesagt hat. Es ist eine Verdrehung zu sagen, dass man dort grundsätzlich Unsinn begangen hätte, indem man Menschen mit 24 Morgen angesiedelt hätte, die keine Existenzgrundlage dadurch haben. Sie hatten die Existenzgrundlage in der RM-Zeit! Etwas anderes ist noch, dass gesagt wurde: Wir wollen nicht weiter siedeln, bevor wir nicht alle Schäden an diesen Stellen, die jetzt besichtigt worden sind, behoben haben. Ich möchte einmal hören, was die Siedler, die noch kein Land haben, dazu sagen werden, wenn wir feststellen wollten, keine Siedlung mehr zu errichten, bevor die alten nicht ausstaffiert sind. Ich glaube nicht, dass wir diese Feststellung treffen. Auch in Bezug auf die Siedlungen allgemein im Kreise und in Schleswig-Holstein ist festzustellen, dass die Menschen geradezu danach drängen, dass etwas getan wird, und wir stehen auf dem Standpunkt: Trotz aller vorgebrachten Mängel, die Zeit zwingt uns dazu festzustellen, lieber etwas zu tun im Interesse der Menschen, lieber Siedler auf Grund und Boden bringen, auch wenn nicht alle Vollkommenheiten da sind, als nichts zu tun! Ich möchte wissen, was die Siedler sagen würden, wenn wir solange gewartet hätten, bis alle Voraussetzungen erfüllt waren, dann hätten wir noch nicht eine Siedlung errichten können. Ich weiss nicht, ob das den Beifall derer gefunden hätte, die unter Nr. 26000 in den Listen stehen? Zu dem Bericht könnte man noch vieles sagen, eins aber möchte ich doch feststellen, dass man diese Sache nicht möchte auf eine politische Ebene schieben, denn das wäre äusserst gefährlich. Man könnte sonst leicht daraus sagen: es ist vielleicht notwendig zu einer Offensive überzugehen und festzustellen, dass man über ein Jahr jetzt hat verstreichen lassen, in dem man in der Siedlungsbewegung auch nicht einen Schritt vorwärts gekommen ist. Ich glaube aber, Herr Dr. Jüttner, dass es eine einmalige Feststellung gewesen ist, die Sie vielleicht im Grunde bedauern, es mag vergessen sein. Ich nehme an, dass wir Gelegenheit haben werden über kurz oder lang, die Siedler selbst zu hören. Die Siedler sollen selbst Stellung nehmen in einer Siedlerversammlung. Ich bedauere, dass die Regierung nicht schon eher auf den Gedanken gekommen ist, eine Siedlerversammlung abzuhalten. Dass die Siedlerversammlung erst Ende nächsten Monats sein soll; müssen wir bedauern und verlangen, dass diese Versammlung so schnell wie möglich stattfindet, damit wir uns ein Bild verschaffen können, denn das bisherige ist nicht eindeutig. Ein früherer Vogt gab die Auskunft, er möchte die Stelle wieder aufgeben und wieder Vogt werden. Das ist verständlich! Die übrigen Siedler aber sind zufrieden, dass sie Herr auf eigener Scholle sind trotz vieler und berechtigter Mängel. Lieber selbständig sein als wieder Melker!, sagte eine Melkersfrau aus Hakendorf, und ich glaube auch, dass das die Grundeinstellung und Grundmeinung der Siedler ist. Nun zu meinem Parteifreund Dr. Müller. Der Name wurde erwähnt in einem etwas zweifelhaften Zusammenhang. Man wirft ihm vor, dass er mit einem Restgut bedacht worden ist. Meine sehr

ver-

verehrten Herren! Wenn nun schon mal darüber gesprochen werden soll, ich möchte garnicht, dass Herr Dr. Müller erst selbst Stellung nimmt, denn das ist ausgestanden: Wenn wir mal die Zahl derer vergleicht, die von unserer und von Ihrer Seite mit solchen Restgütern bedacht sind, dann dürfte der Fall Dr. Müller der einzige gegen viele auf der anderen Seite sein. Wir erheben keinen Vorwurf! Wir wissen, dass sogar Verwandte der Gutsbesitzer Restgüter erhalten haben, und ich glaube, dass es hier etwas abwegig gewesen ist, dem Herrn Dr. Müller daraus, dass er eine solche Stelle bekommen hat und weil er Sozialdemokrat ist, einen Vorwurf zu machen. Im übrigen, glaube ich, ist es noch etwas früh, dazu abschliessend Stellung zu nehmen. Ich wäre vielleicht der Meinung, dass man zunächst die Siedlerversammlung abwarten sollte und dann der Landgesellschaft die Möglichkeit gibt, zu den Vorwürfen, die zunächst einmal oberflächlich gesehen anscheinend eine Berechtigung haben, Stellung zu nehmen. Man sollte den heutigen Bericht der Landgesellschaft übermitteln und dann die Stellungnahme entweder schriftlich oder durch Beauftragte anhören und sich darauf dann ein objektives Bild machen. Wesentliche Mängel müssen im Interesse der Siedler, soweit es möglich ist, behoben werden. Vor allem möchte ich bitten, dass eine Frage in Bezug auf Wentorf geklärt wird, und wir haben eine 2. gleiche Frage in Mölln, dass überall da, wo der Fiskus über Land verfügt, die Rechtsverhältnisse geklärt werden. Die Landgesellschaft weigert sich, weitere Mittel in diese Siedlung hineinzugeben, bevor nicht die bodenrechtlichen Verhältnisse restlos geklärt sind. Dasselbe gilt für das Industriegelände in Mölln. Auch dort ist es bisher nicht gelungen klarzustellen, wie werden die Eigentumsverhältnisse am Grund und Boden sein. Hier bitte ich, dass dies von seiten der Verwaltung vorangetrieben wird, damit der Fiskus, das ist der Oberfinanzpräsident als Nachfolger für die Vermögensteile, die dem früheren Reich gehörten, endlich erklärt, ob er uns das Gelände verkaufen will oder nicht. Wir müssen hier endlich einen Schritt vorankommen. Das wären die wesentlichsten Punkte, zu denen ich etwas sagen wollte.

Abg. Dr. Müller: Meine Dame, meine Herren! Ich spreche nicht im Auftrage der Landgesellschaft, sondern ich spreche lediglich aus der Kenntnis der Dinge heraus, in deren unmittelbarer Umgebung ich mich befinde. Ich bin von der Landgesellschaft lediglich beauftragt gewesen, die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der Betriebe bis zur Ansiedlung durchzuführen. Die Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft hat diese im Kreise Herzogtum Lauenburg liegenden Betriebe im Zuge des 30 000 ha-Abkommens zugewiesen erhalten. Sie wurde mit der Siedlung beauftragt. Jede Siedlung bedarf der Pflanzung. Sobald diese Planungen fertiggestellt sind, wird der Planprüfungstermin abgehalten und der Plan mit allen Einzelheiten vorgelegt und durchgesprochen. An diesem Planprüfungstermin, der im Herbst 1949 stattgefunden hat, haben Vertreter der Landesregierung, des Kulturamts, der Kreisverwaltung, der Kreisbauernkammer usw. usw. teilgenommen. Der Plan ist genehmigt worden und nach diesem Plan ist gesiedelt worden. Es ist verkehrt zu sagen, es sei verkehrt geplant worden. Das hätte man damals zum Ausdruck bringen müssen. Zur Bauweise: Für jede Bauernstelle steht ein gewisser Baukostenbetrag zur Verfügung, der bei Neubauernstellen um 25.000 DM gelegen hat. Für diese 25.000 DM muss das errichtet werden, was für die Siedlung, für den Stall usw. unbedingt notwendig ist. Es ist klar, dass man mit diesem Betrag nicht eine schlüsselfertige Siedlung hinstellen kann, die nur noch mit Gehrock und Zylinder übergeben zu werden braucht, sondern dass man nur eine primitiv-Siedlung schaffen kann, wobei der Siedler einen wesentlichen Teil der Arbeiten, die noch fehlen, selbst durchführen muss. So können z.B. diese Stellen nicht so übergeben werden, dass der Grund und Boden planiert oder so

her-

hergerichtet ist, dass das Regenwasser nach allen Richtungen ablaufen kann. Der Siedler muss sich den Hofplatz selbst einrichten und Kies heranzufahren, den Garten anlegen und die Einzäunung schaffen. Das Regenwasser muss vom Hause wegbleiben und darf nicht an die Grundmauern kommen, dann werden die Keller auch trocken sein. Die Landgesellschaft ist davon ausgegangen, dass für diesen Betrag von 25.000 DM der Stallteil der Siedlungen so gebaut werden muss, dass er für die Siedlerstellen in jeder Beziehung ausreicht, damit der Siedler das notwendige Vieh halten kann. Der Wohnteil ist bewusst beschränkt gehalten worden. Er kann aber noch ausgebaut werden. Man hat ihn dort ausgebaut, wo die Familie so gross war, dass ein Unterkommen in den vorhandenen Wohnräumen nicht möglich war. Das ist geschehen. Es wurde vorhin gesagt, dass in der Stammstelle in Neuhorst der Holzbock festgestellt wurde. Der ist aber nicht erst 1949 eingezogen, sondern muss schon früher drin gewesen sein, sonst könnte das Holz nicht so schlecht sein. Es gilt für die Stammstelle dasselbe wie für eine Umbaustelle. Lediglich ein gewisser Betrag steht zur Verfügung. Was darüber hinaus geht, muss aus besonderen Mitteln herausgenommen werden oder vom Siedler selbst geleistet werden. Im Falle Neuhorst stehen gewisse Mittel vom Eigentümer zur Verfügung. Sie reichen aber nicht aus, höchstens für ein Flachdach, das möchte aber der Eigentümer nicht haben. Das ist der Grund, weshalb dort bisher noch nichts geschehen ist. Es ist dann über die Stromversorgung gesprochen worden. Mir ist aus Kiel bekannt, dass wegen der Stromversorgung überall mit der Schleswag langwierige Verhandlungen geführt werden mussten und dass die Schleswag 800.000 DM hierfür beantragte. So ging das geraume Zeit, und nachdem die Mittel bewilligt waren, wurden die Arbeiten nicht im Kreise Herzogtum Lauenburg durchgeführt, sondern erst in anderen Landesteilen. Die Landgesellschaft hatte jedenfalls keinen Einfluss auf die Verwendung dieser Mittel durch die Schleswag. Jetzt ist festzustellen, dass die Massnahmen in allen Betrieben durchgeführt worden sind. Die Siedler waren auch darüber aufgeklärt worden, dass das erste Jahr für sie ein besonders schweres Jahr sein würde und dass Elektrifizierung und Wegebau etwas länger dauern würden. Sie waren zunächst auch mit dieser Aussicht einverstanden. Beschwerden sind erst später gekommen, nachdem sie erkennen mussten, wie schwer der Anfang auf ihren Stellen war. Die Siedler mussten wissen, dass es besonders schwer für sie sein würde. Das ist nicht in Monaten zu beseitigen, dazu gehören Jahre. Es wurde die verschiedene Festsetzung der Renten angeschnitten. Die Renten werden nicht von der Landgesellschaft festgesetzt, sondern von der Siedlungsabteilung der Landesregierung. Die Landgesellschaft kann also von sich aus nicht die Renten für die einzelnen Betriebe feststellen, sondern ist hier auf die von der Siedlungsabteilung der Landesregierung festzusetzende Höhe angewiesen. Im allgemeinen muss die Rente tragbar sein. Sie muss sich in gewissen Grenzen halten, die es dem Siedler ermöglichen, von seiner Stelle nur auch diese Rente zu tragen. Es kann sich also nur immer um die tragbare Rente handeln. Die Drainage wird nach Bewilligung der Mittel in allen Betrieben durchgeführt. Die laufenden Arbeiten sind auch in der Zeit der Zwischenbewirtschaftung, so weit es möglich war, durchgeführt worden. Urschwerend hat sich ausgewirkt, dass keinerlei Drainagepläne vorhanden waren und die Leitungen erst gesucht werden mussten. Dadurch sind auch bestehende Drainagen durchschnitten worden. Ich habe aber dafür gesorgt dass sie umgeleitet wurden. Ein Siedler soll gesagt haben: Lieber wieder Gutsarbeiter sein! Ein Mann, der früher Verwalter war, sagt, er wolle lieber wieder an seine alte Stelle. Der Betreffende hat sich aber trotzdem entschlossen, diese Siedlerstelle zu übernehmen. Ich bin auch überzeugt, dass er weiss, warum

warum er es getan hat. Zu den Landarbeiterstellen: Mir ist bekannt, dass eine grosse Anzahl von Landarbeiterstellen in diesem Jahr 80 - 90 Zentner Getreide gedroschen haben. Das ist für einen 2½ ha Betrieb eine ausserordentlich beachtliche Menge. Im Augenblick sind die Besitzer der Landarbeiterstellen in Arbeit, allerdings beim Strassenbau und später werden sie weiterbeschäftigt bei den Drainagearbeiten. Dass sie zum Teil arbeitslos sind, ist gewiss ein bedauerlicher Zustand, aber wir hoffen, dass sich im Laufe der Zeit zwischen Bauern und Siedlern ein Verhältnis herausbilden wird, das dem Landarbeiter Beschäftigung auf den Bauernstellen ermöglicht. Der Strassenbau: Im Termin zur Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse wurden die Pläne über den Strassenbau vorgelegt. Dieser Termin hat vor 5/4 Jahren in Hollenbek stattgefunden. Die gleichen Instanzen haben an diesem Termin teilgenommen wie an dem Planungstermin. Die Beschwerden, die jetzt geführt werden, hätten damals zur Sprache gebracht werden müssen. Damals aber ist dieses Protokoll von allen Beteiligten unterschrieben und damit anerkannt worden. Es lässt sich darüber streiten, ob der vorgesehene Strassenbau stark genug ist für einen starken Verkehr. Die Strassen sind auch nicht für den Durchgangsverkehr, sondern für den Verkehr von der Feldmark zur Hofstelle gedacht. Ich muss zusammenfassend feststellen, dass die Lage der Siedler heute bedeutend günstiger ist als z.B. vor einem Jahr. Das geht daraus hervor, dass zahlreiche Maschinen angekauft werden jetzt nach der Ernte, dass jetzt Vieh hinzugekauft wird usw., alles aus den Ernteergebnissen, die die Siedler auf ihren Stellen erzielt haben. Ganz allgemein ist dazu zu sagen, dass sich der Rindvieh- und Kuhbestand der Siedlerstellen zusammengenommen im Vergleich zum Bestand vor der Besiedlung verdoppelt hat und dass sich dadurch auch die Milchleistung bedeutend erhöht hat. Der Schweinebestand hat sich sogar verzehnfacht. Es ergibt sich bei einer Besichtigung in Wentorf ein wenig schönes Bild, das muss anerkannt werden. Man darf aber nicht vergessen, unter welchen Voraussetzungen diese Siedlung 1946 erstellt wurde. In der RM-Zeit herrschte bekanntlich ein grosser Mangel an Baumaterial usw. Eine Nissenhütte war ein begehrtes Objekt. Die für diese Siedlung zur Verfügung gestellten Mittel waren mit der Währungsreform erschöpft. Die Siedlung wurde errichtet auf Grund und Boden, der nicht der Zuständigkeit der Siedlungsgesellschaft sondern der Zuständigkeit des Oberfinanzpräsidenten unterliegt. Es ist hier eine Trennung zwischen Gebäuden und Grund und Boden, so dass eine Sicherstellung der hineingesteckten Mittel nicht durchführbar ist. Welche Mittel weiter hineingesteckt werden können, schwebt dadurch völlig in der Luft. Die Verhältnisse in Wentorf müssen so schnell wie möglich bereinigt werden, und ich glaube nicht, dass es hier jemanden gibt, der nicht bereit wäre, gern mitzuarbeiten. Das ist in kurzen Worten das, was ich zu sagen habe.

Abg. Fränkl: Meine Dame, meine Herren! Zu der in Rede stehenden Frage wäre noch sehr viel zu sagen, insbesondere in puncto Verhalten der Landgesellschaft gegenüber den Gemeinden, aber wir haben gehört, dass demnächst eine Siedlerversammlung stattfinden soll und dass dann festgestellt werden soll, wer schuldig ist. Ich erachte es nicht für richtig, wenn wir die Debatte noch länger fortsetzen, denn es ist auch nicht parlamentarische Gepflogenheit, gewissermassen in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Aus diesem Grunde beantrage ich Schluss der Debatte.

Der Kreispräsident: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Ich bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben, Gegenprobe, Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Es liegt nun noch der Entschliessungsentwurf vor, den Herr Dr. Jüttner verlesen hat.

Abg. Lamp': Der ist durch den Antrag auf Schluss der Debatte auch erledigt.

Abg. Dr. Jüttner: Ich sehe nicht ein, warum nicht trotzdem wenigstens die Entschliessung angenommen werden soll. Wir müssen verlangen, dass die erforderlichen Untersuchungen durchgeführt werden und dass die Wege ausgebaut werden. Das hat auch mit einem Eingriff in ein schwebendes Verfahren nichts zu tun.

Der Kreispräsident: Ich halte das auch für richtig. Nach Ihren Ausführungen, Herr Wendicke, haben Sie ja für Ihre Fraktion den in der Entschliessung enthaltenen Feststellungen und Forderungen grundsätzlich auch zugestimmt. Hier muss etwas getan werden, weiter will die Entschliessung nichts bedagen. Der Landrat, ich und ein Ausschuss sollen beauftragt werden, alles zu tun, um etwas zu erreichen. Werden noch Widersprüche gegen die Abstimmung erhoben? Ich schlage vor, dass Herr Dr. Jüttner die Entschliessung noch einmal Punkt für Punkt vorliest, damit wir uns schlüssig werden können.

Abg. Dr. Jüttner: 1. Der Kreistag bejaht durchaus den Gedanken der Sesshaftmachung von Flüchtlingen, soweit er in einer Weise durchgeführt wird, die jeder objektiven Kritik standhält. Diese Feststellung dürfte zweckmässig sein, um zu betonen, dass der Kreistag nicht siedlungsfeindlich eingestellt ist. 2. Während der Fleiss und die Mühe, die die einzelnen Siedler in ihren Siedlungen angewandt haben, die vollste Anerkennung finden muss, steht auf der anderen Seite fest, dass die von den Siedlern bei infragekommenden Behörden und Organisationen vorgebrachten Klagen gegen die Landgesellschaft und sonstige infragekommenden Dienststellen vollauf berechtigt sind. 3. Der Herr Kreispräsident und der Herr Landrat werden beauftragt, im Einvernehmen mit dem Agrarausschuss oder einem Unterausschuss des Agrarausschusses unverzüglich bei der Landesregierung vorstellig zu werden und unter Darlegung der festgestellten Mängel deren Beseitigung durch die Landgesellschaft zu verlangen, insbesondere einen Wegeausbau, der den infragekommenden Gemeinden die Übernahme ermöglicht. 4. Von der Landesregierung ist zu fordern, dass im Interesse des Ansehens des Siedlungsgedankens die für diese Mängel verantwortlichen Personen zur Verantwortung gezogen werden. 5. Von der Landesregierung ist zu fordern, dass unverzüglich die vor kurzem abgesagte Siedlerversammlung durchgeführt wird, damit die Siedler selbst die Möglichkeit haben, ihre berechtigten Wünsche vorzutragen. Wir können, glaube ich, auch diesen letzten Punkt lassen, denn ich glaube nicht eher an das Erscheinen eines Vertreters der Landesregierung, bis der betreffende Herr da ist.

Abg. Wendicke: Bis auf Punkt 2. könnten wir die Entschliessung annehmen.

Abg. Dr. Jüttner: Ich bin mit der Streichung des Punktes 2. einverstanden.

Der Kreispräsident: Ich bringe dann den Entschliessungsentwurf mit Ausnahme des Punktes 2. zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die hiermit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst einstimmig folgendes:

1. Der Kreistag bejaht durchaus den Gedanken der Sesshaftmachung von Flüchtlingen, soweit er in einer Weise durchgeführt wird, die jeder objektiven Kritik standhält.
2. Der Herr Kreispräsident und der Herr Landrat werden beauftragt, im Einvernehmen mit dem Agrarausschuss oder einem Unterausschuss des Agrarausschusses unverzüglich bei der Landesregierung vorstellig zu werden.

werden und unter Darlegung der festgestellten Mängel deren Beseitigung durch die Landgesellschaft zu verlangen, insbesondere einen Wegeausbau, der den infragekommenden Gemeinden die Übernahme ermöglicht.

3. Von der Landesregierung ist zu fordern, dass die Interesse des Ansehens des Siedlungsgedankens die für diese Mängel verantwortlichen Personen zur Verantwortung gezogen werden.
4. Von der Landesregierung ist zu fordern, dass unverzüglich die vor kurzem abgesagte Siedlerversammlung durchgeführt wird, damit die Siedler selbst die Möglichkeit haben, ihre berechtigten Wünsche vorzutragen.

Punkt 18 Anfragen, Anträge, Verschiedenes.

c) Baumassnahmen an Landstrassen II. Ordnung im Rechnungsjahr 1951.

Der Kreispräsident: Herr Buhl, würden Sie bitte hierüber berichten.
Kämm. Buhl: Die Verhandlungen mit dem Strassenbauamt Lübeck über die für das Rechnungsjahr 1951 vorgesehenen Baumassnahmen für Landstrassen II. Ordnung hat dazu geführt, daß der K.A. folgende Reihenfolge festlegte: 1. Brunsmark-Mölln, 2. Kühsen-Nusse und 3. Kühsen-Berkenthin. Die Massnahmen sind auch in der genannten Reihenfolge der Landesregierung zwecks Bewilligung der Förderungsmittel und der Zuschüsse vorgelegt worden. Der für 1951 ursprünglich von der Landesregierung vorgesehene Fonds ist restlos verteilt. Die Landesregierung will jedoch dem Kreis 156.500,-- DM als Zuschuss für den Ausbau der L.II.O. 2 Brunsmark-Mölln zur Verfügung stellen. Die Zusage eines Zuschusses von 65.500,-- DM für die L.II.O. 12 Kühsen-Berkenthin wurde leider widerrufen. Um die Schwarzarbeiten - Legung der Strassendecke - noch in der warmen Jahreszeit unter Dach und Fach zu bringen, mußte die Planung von der L.II.O. 2 auf die L.II.O. 12 umgestellt werden. Die bei der L.II.O. 12 vorgesehenen Arbeiten sollen nun sofort nach dem in der Vorlage aufgeführten Finanzierungsplan in Angriff genommen werden. Die Vorarbeiten für den Ausbau der L.II.O. 2 sollen im Winter soweit gefördert werden, daß im Rechnungsjahr 1952 bei Beginn der warmen Jahreszeit die Legung der Schwarzdecke durchgeführt werden kann. Der Beschlussentwurf ist Ihnen mit der Vorlage zugegangen. Bei den Darlehen handelt es sich um die Förderungsmittel seitens des Arbeitsamts. Der ausserordentliche Haushaltsplan muss in Wege des Nachtrags den geänderten Verhältnissen angepasst werden.

Der Kreispräsident: Die Vorlage haben Sie alle bekommen. Wird noch das Wort gewünscht?

Abg. Jungmann: Ich vermisste in der Vorlage die Fertigstellung des restlichen Strassenteils der Strasse Neuhorst-Sterley vom Bahnübergang bis zur Strasse I. Ordnung in Sterley. Mir ist bekannt, daß die Fertigstellung des kurzen Stückes ebenfalls für 1951 geplant war, da sie im vergangenen Jahr infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit nicht mehr beendet werden konnte. In der Vorlage ist nur von der Strasse Brunsmark-Mölln die Rede. Wie steht es mit dieser Angelegenheit?

Kämm. Buhl: Dieser Strassenteil ist seinerzeit nicht wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit nicht ausgebaut worden, sondern weil die Mittel für den Ausbau nicht ausgereicht haben. Das hat mehrere Ursachen: Während der Planungsarbeiten und während des Ausbaus wurden die Mittel knapp, da Arbeitslöhne und Materialpreise stiegen. Die Gemeinde Sterley hat entgegen ihrer ursprünglichen Zusage, sich mit 2.000,-- DM an dem Projekt zu beteiligen, bis heute auch erst

1.000,-- DM

1.000,— DM gezahlt. Das hat aber nichts damit zu tun, daß die Sache heute nicht aufgenommen ist. Die Strassenplanung umfasst alle Projekte und soweit wir die Strassen ausbauen können, bauen wir sie aus. Ich hoffe, daß Herr Jungmann seine Zusage hier mündlich wiederholt und dass wir auch die restlichen 1.000,— DM* von der Gemeinde Sterley mit der größten Beschleunigung bekommen werden. Der Ausbau dieses Stücks wird im vollem Umfange erfolgen.

Der Kreispräsident: Weitere Wortmeldungen sind nicht. Der Beschlussentwurf liegt Ihnen vor. Wer für diesen Beschlussentwurf ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Gegenprobe, Stimmenthaltungen?

Beschluss:

Der Kreistag beschliesst einstimmig,

- a) die Vorarbeiten für den Ausbau der L.II.O. 2 soweit zu fördern, daß im Frühjahr 1952 mit den Arbeiten an der Schwarzdecke begonnen werden kann.
Die für das Rechnungsjahr 1951 vorgesehenen Ausgabemittel in Höhe von DM 208.000,— werden bis zum Erlass der Nachtragshaushaltssatzung 1951 zur Verfügung gestellt. Die Genehmigung zur Aufnahme eines Darlehens in Höhe von DM 47.500,— aus der verstärkten Förderung wird erteilt.
- b) mit den Arbeiten an der L.II.O. 12 sofort zu beginnen. Die im Finanzierungsplan vorgesehenen Mittel in Höhe von DM 118.000,— werden bis zum Erlass der Nachtragshaushaltssatzung 1951 zur Verfügung gestellt. Die Genehmigung zur Aufnahme eines Darlehens in Höhe von DM 12.500,— aus der verstärkten Förderung wird erteilt.

Die Arbeiten sind jeweils soweit zu fördern, wie über die Mittel des Kreises hinaus die beantragten Beträge vom Arbeitsamt bzw. der Strassenbauverwaltung der Landesregierung beim Kreise eingehen.

Der Kreispräsident: Meine Damen und Herren! Wollen wir die einzelnen Anfragen, die Ihnen in der Vorlage zugegangen sind, noch alle behandeln? 2 Anfragen sind bereits zurückgezogen worden, nämlich die über die Regiearbeiten und die über die Ausstellung Europa-Union. Die Anfrage über die Sonderzuteilung von Heizmaterial für Behelfsheime ist bereits bei Punkt 14 der Tagesordnung beantwortet worden.

Abg. Scheibe: Die Anfrage wegen der Brennstoffbeihilfen muss noch behandelt werden.

- d) Anfrage der DS.-Kreistagsfraktion betr. Brennstoffbeihilfen.

Der Kreispräsident: Hierzu kann ich Ihnen mitteilen, daß der Landesregierung ein Telegramm aus Bonn vorliegt, wonach mit einer kurzfristigen Entscheidung über den Antrag der Landesregierung betr. Feuerungsbeihilfen für Empfänger von Alu- und Alfu zu rechnen sein wird. Ausserdem hat die Landesregierung beim Bundesrat einen Dringlichkeitsantrag in dieser Angelegenheit eingebracht. Es sind also die notwendigen Schritte unternommen. Wir müssen abwarten.

- e) Kreistagsvorlagen.

Abg. Scheibe: Vor wenigen Tagen ging eine beunruhigende Nachricht durch die Presse hinsichtlich einer Bevormundung der Presse durch den Kreisausschuss. Der Kreisausschuss soll beschlossen haben, der Presse die Tagesordnung für die Kreistagssitzung jeweils erst einen Tag vor der Sitzung zuzuleiten. Ich bin der Auffassung, daß der Kreistag dieser Geschichte nicht zustimmen kann. Es besteht ein berechtigtes Interesse der Kreisbevölkerung, daß sie schnellstens und richtig

77
richtig über das, was im Kreistag zur Beratung ansteht, informiert wird. Es ist notwendig, ein besseres Einverständnis zwischen Kreisausschuss und Presse zu erzielen.

Der Kreispräsident: Die Dinge liegen etwas anders. Der Kreisausschuss hat sich lediglich dagegen gewährt, daß eine Tagesordnung in die Presse gekommen ist, die noch gar nicht feststand. Wir können aber im Kreisausschuss vielleicht noch darüber sprechen.

- f) Dringlichkeitsantrag der BHE.-Fraktion betr. Bereitstellung von Schulland zur Ansetzung von Heimatvertriebenen.

Der Kreispräsident: Mir liegt noch ein Dringlichkeitsantrag der BHE.-Fraktion vor: Der Kreistag möge beschliessen, daß die Verwaltung beauftragt wird, umgehend Verhandlungen mit dem Kultusministerium mit dem Ziel aufzunehmen, daß der ablehnende Standpunkt des Kultusministeriums geändert und Schulland zur Ansetzung von Heimatvertriebenen zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube, daß die Dringlichkeit des Antrags bejaht werden kann. Wird das Wort dazu gewünscht?

Abg. Fränkl: Mit diesem Antrag werden wir nicht erreichen. Das Schulland kann nicht ohne weiteres weggegeben werden. Ich würde sehr empfehlen, daß der Landrat zunächst die Rechtslage klärt und daß wir dann Beschluss fassen. Wir können keinen Beschluss fassen, der nach den bestehenden Bestimmungen nicht durchführbar ist.

Abg. Aue: Es ist doch selbstverständlich, daß die Schulbehörde das Land für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt. Ich habe mein Schulland restlos aufgesiedelt. Die Schulen brauchen heute kein Land mehr. Die Schulen können es in Erbpacht weggeben und den Siedlern geben. Dieser alte Schwanz muss mal abgesägt werden.

Abg. von Ketelhodt: Ich möchte zur Begründung sagen, daß öffentliche Ländereien am allerersten herangezogen werden sollen für die Ansetzung der Heimatvertriebenen. Dies besonders im Hinblick darauf, daß das Schulland ja heute nicht mehr für den Lehrer da ist, sondern daß es sich hier um einen alten Zopf handelt und daß das Land sehr viel besser verwendet wird, wenn Siedler angesetzt werden und dadurch zu Grund und Boden kommen. Es liegt keine Veranlassung vor, diesen alten Zopf noch zu unterstützen.

Abg. Lamp'l: Ihre erste Aufgabe, Herr Kreispräsident, ist es, daß die Kreissatzung innegehalten wird. Ein Dringlichkeitsantrag kann nur behandelt werden, wenn er vor Eintritt in die Tagesordnung eingebracht wird und der Kreistag die Zuständigkeit und Dringlichkeit des Antrags bejaht hat. Wenn wir über diesen Antrag abstimmen, laufen Sie Gefahr, daß jede Partei für sich in Anspruch nimmt, in Zukunft am Ende der Sitzung Dringlichkeitsanträge einzubringen.

Der Kreispräsident: Ich wollte nur wegen der Eilbedürftigkeit so verfahren. Ich frage nun, ob die Dringlichkeit des Antrags anerkannt wird.

Abg. Lamp'l: Das ist zu spät. Beauftragen Sie die Verwaltung oder den Landrat damit.

Der Kreispräsident: Der Antrag wird dann der Verwaltung zugeleitet.

- e) Kreistagsvorlagen (Fortsetzung).

Abg. Scheibe: Die Presse hat doch nur die Mitteilung gebracht, daß der Kreistag heute hier tagt, und das war bekannt. Ihre Antwort, Herr Kreispräsident, ist unklar. Ich möchte gern eine klare Antwort darauf haben.

Der Kreispräsident: Was soll ich für eine Antwort geben? Der Kreisausschuss hat sich wohl überlegt, was er getan hat. Der Kreisausschuss kann sich nicht gefallen lassen, daß eine Tagesordnung veröffentlicht wird, die der Kreisausschuss selber noch nicht genehmigt hat. Kein Mensch will der Presse ihre Rechte beschneiden. Der

Kreisausschuss

Kreisausschuss hat ebenfalls ein Interesse daran, daß die Öffentlichkeit an der Arbeit des Kreistags interessiert wird. Etwas anderes war es nicht. Ich glaube, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung.

Abg. Scheibe: Es ist nicht der Notstandskredit für Geesthacht zur Sprache gekommen!

Der Kreispräsident: Herr Scheibe! Wir unterhalten uns laufend darüber. Wenn wir jetzt noch in eine Debatte hierüber eintreten wollen, dann wollen wir uns hier ruhig häuslich einrichten. Dieser Punkt steht nicht auf der Tagesordnung. Die Fraktionen sind auch nicht in Kenntnis gesetzt worden.

Abg. Lamp'l: Es sollten die Fraktionen klären, ob sie geschlossen die Sache befürworten oder nicht. Darüber sollten sie sich unterhalten.

Abg. Scheibe: Wir können uns darüber unterhalten oder ganz kurz einen Beschluss fassen, daß die Landesregierung den weiteren Kredit geben soll.

Abg. Borchert: Der Einwand ist berechtigt. Der Abg. muss die Möglichkeit haben, zu Dingen Stellung zu nehmen, die mal in dieser Form den Fraktionen zugeleitet worden sind. Es ist nun in Anbetracht der äusserst vorgeschrittenen Zeit und in Anbetracht dessen, daß vorgesehen ist, daß die Kreistagsabgeordneten noch die Eröffnung der Kreiskulturwoche, die sich leider nicht mehr vermeiden läßt, mitmachen sollen, vorgeschlagen, daß diese Sache bei anderer Gelegenheit besprochen wird im Kreisausschuss unter Hinzuziehung von den Vertretern aus Geesthacht oder irgendwie sonst. Allgemein aber ist zu sagen, daß es nicht ratsam ist, wenn der Kreistag alle 4 Monate zusammentritt, der Sitzung einen Trennungsstrich nach hinten zu geben. Das heisst soviel, nun müsst Ihr fertig sein. Es geht nicht, daß man mit der Peitsche hinter uns steht. In der Zukunft dürfen wir es nicht so machen.

Abg. Scheibe: Meine Damen und Herren! Die Zusammenberufung des Kreistags gehört zu den seltenen Dingen des Lebens. Ich möchte Sie, Herr Kreispräsident bitten, uns die Glückwünsche für ein frohes Weihnachtsfest und ein besseres neues Jahr schon heute mit auf den Weg zu geben.

Der Kreispräsident: Diese Wünsche werde ich weitergeben an Ihren Fraktionsvorsitzenden. Der ist Mitglied des Kreisausschusses und beschliesst mit über die Termine der Kreistagssitzungen. Ich möchte Ihnen empfehlen, sich über die Gepflogenheiten des Kreisausschusses und des Kreistags gründlicher zu informieren. Bitte wenden Sie sich an Ihren eigenen Fraktionsvorsitzenden und an die Mitglieder Ihrer Fraktion, die mit beschliessen. Wir sind damit am Ende der Tagesordnung, ich schliesse den Kreistag und bitte Sie nunmehr zur Eröffnung der Kreiskulturwoche in der Aula der Lauenburgischen Gelehrtenschule.

Ende der Sitzung: 16.35 Uhr.

Der Kreispräsident:

gez. Drews

Kreistagsabgeordneten:

gez. Kammacher

Protokollführer:

gez. Schürmacker

der
ge-
ent-

r-
n-
gen